

dr. klaus mauerer
(natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB)

Die "BRD" - GmbH

oder

zur völkerrechtlichen Situation in Deutschland
und den sich daraus ergebenden
Chancen für ein neues Deutschland



Erste Auflage
2012

dr. klaus mauerer
(natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB)

Die "BRD" - GmbH

oder

zur völkerrechtlichen Situation in Deutschland
und den sich daraus ergebenden
Chancen für ein neues Deutschland

erste Auflage

2012

Die "BRD"-GmbH - erste Auflage 2012

von Dr. Klaus Maurer

Copyright © sunflower-Verlag 2012
Inh. Dr. Klaus Maurer
sunflower-verlag-dr-klaus-maurer@gmx.net
dr-klaus-maurer@web.de

ISBN: 978-3-00-040229-6

Printed in Germany

Meinen Kindern

Jonathan, Antonia und Raphael

verbunden

- *mit dem Wunsch, daß es Ihnen dereinst vergönnt sein möge, in rechtsstaatlichen Verhältnissen zu leben,*

- *mit dem Versprechen, hierfür das Menschenmögliche zu tun.*

Oktober 2012

Vorwort

In der vorliegenden Abhandlung wurde versucht, eine komplexe rechtliche Sachlage auf leicht verständliche Weise darzustellen.

Wie der interessierte Leser leicht feststellen kann, geht es in dieser Abhandlung nicht um Politik. Deshalb sind die konstruierten politischen Kategorien wie beispielsweise "Links" oder "Rechts" hierauf nicht anwendbar.

Es geht ausschließlich um die Darstellung rechtlicher Zusammenhänge. Mit dieser Abhandlung spricht sich der Verfasser lediglich für die Einhaltung von Recht und Gesetz, und die Weitergabe der Wahrheit aus. Weiter nichts.

Obgleich im Zusammenhang mit der vorliegenden Abhandlung selbstredend überflüssig, distanziert sich der Verfasser an dieser Stelle ausdrücklich von jeder Form von Gewalt.

Beim Lesen dieser Abhandlung wird der Leser feststellen, daß die Welt von den Herrschenden völlig verdreht, ja geradezu auf den Kopf gestellt wurde, und das gegenwärtige weltweite Herrschaftssystem nur funktioniert, weil man es geschafft hat, die Menschen ebenfalls auf den Kopf zu stellen.

Neuerdings wachen jedoch mehr und mehr Menschen auf, fallen auf die Füße, können die Lügen und Manipulationen der letzten Jahrzehnte erkennen, und ihr Handeln danach ausrichten.

Wir werden von Zwergen regiert und sind uns dessen nicht bewußt, weil wir uns selbst klein machen und geradezu mit einem Buckel herumlaufen.

Es wird endlich Zeit, dies zu ändern!

Dr. Klaus Maurer

Oktober 2012



"Man kann einige Menschen alle Zeit, alle Menschen einige Zeit, aber nie alle Menschen alle Zeit zum Narren halten."

(Abraham Lincoln, 16. Präsident der U.S.A. (1809 bis 1865))

Inhalt

1.	Einleitung	9
2.	Die fehlende Staatlichkeit der "BRD"	10
2.1.	"BRD" ohne Staatsgewalt	10
2.2.	"BRD" ohne Staatsgebiet	18
2.3.	"BRD" ohne Staatsvolk	21
3.	Welche Staatsangehörigkeit haben wir?	25
4.	Nebenaspekte der Ereignisse von 1990	30
4.1.	Der sogenannte "Einigungsvertrag"	30
4.2.	Der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin" von 1990	31
4.3.	Der sogenannte "2+4-Vertrag" und das Fehlen einer Friedensregelung	31
4.4.	Der frühere und gegenwärtige rechtliche Status von Berlin	35
4.5.	Der gegenwärtige rechtliche Status von Mitteldeutschland	37
4.6.	Die neue Präambel des sogenannten "Grundgesetzes"	38
4.7.	Der neue Artikel 146 des sogenannten "Grundgesetzes"	39
4.8.	Die Lüge, das "Grundgesetz" sei eine Verfassung	40
5.	Die internationalen Zusammenhänge der Deutschen Frage	41
6.	Der Firmencharakter der "BRD" und die Konsequenzen	45
6.1.	Der rechtliche Trick zur Versklavung	52
6.2.	Das Fehlen von Hoheitszeichen	56
6.3.	Ungültigkeit von "BRD"-Pässen und Ausweisen	58
6.4.	Rechtsstellung von "BRD"-Bediensteten und der "Bundes"- "Regierung" gegenüber dem Ausland	59
6.5.	Rechtsstellung von "Polizisten" im "BRD"-System	60
6.6.	Rechtsstellung der Firma "BUNDESWEHR"	62
6.7.	Rechtsstellung von Akteuren des "BRD"- "Rechtssystems"	64
6.7.1.	Rechtsstellung von "BRD"- "Richtern" und "Gerichten"	65
6.7.2.	Rechtsstellung von "BRD"- "Staatsanwälten"	69
6.7.3.	Rechtsstellung von "BRD"- "Rechtsanwälten"	69
6.7.4.	Rechtsstellung von "BRD"- "Gerichtsvollziehern"	70
6.8.	Schlußbemerkungen	72
7.	Die sogenannten "Bereinigungsgesetze"	73
8.	Einige Worte zum Finanzsystem	75
8.1.	Entstehung und gegenwärtige Struktur	75
8.2.	Betrugscharakter	77
8.3.	Komplizenschaft von Politikern	79
8.4.	Zusammenhänge zu Krieg und Verbrechen	82
8.5.	Die gegenwärtige "Krise"	85
8.6.	Kuriositäten	87
8.7.	Schlußfolgerungen	88
9.	Die Rolle der Medien und Schulen	89
10.	Das "BRD"-System und der Kaufman/Morgenthau-Plan	98
11.	Zwischenfazit	102
12.	Welche Zukunftschancen bestehen?	104
13.	Mustertexte und Beispielanschreiben	116

1. Einleitung

Glauben auch Sie, daß die "BRD" ein Staat ist, daß Sie Staatsbürger der "BRD" sind, daß der Polizist, der Sie in einer Verkehrskontrolle begrüßt, oder der Richter, der Ihr Scheidungsverfahren bearbeitet, oder nach einem Verkehrsunfall die Umstände aufklärt, Beamte des Staates "BRD" sind?

Glauben Sie, daß Sie als Staatsbürger des Staates "BRD" steuerpflichtig gegenüber diesem "Staat BRD" sind und daß es sich noch dazu bei der "BRD" um einen "Rechtsstaat" handelt?

Ihnen ist noch nicht aufgefallen, daß in Ihrem "Personalausweis" und in Ihrem Reisepaß gar keine Staatsangehörigkeit angegeben ist? Sie finden dort unter der Rubrik »Staatsangehörigkeit« den Eintrag "DEUTSCH", aber einen Staat namens "DEUTSCH" gibt es bekanntermaßen doch gar nicht!

Und überhaupt, wieso haben sie einen Personalausweis? Wessen Personal sind Sie? Die Vertreter der älteren Generation werden sich vielleicht erinnern, daß es früher Personenausweise oder Identitätskarten gab.

Sie wissen vielleicht auch nicht, daß es von den Verantwortlichen des "BRD"-Systems im Jahre 1990 gezielt unterlassen wurde, eine Verfassung für Deutschland zu verabschieden, und daß das "Grundgesetz" alles Andere als eine Verfassung ist. Ihnen ist vielleicht auch nicht bekannt, welche Ziele damit verfolgt wurden und welche Konsequenzen dies für jeden einzelnen von uns hat?

Vielleicht glauben Sie auch noch, daß die "BRD" ein souveräner Staat sei, daß das Besatzungsrecht längst nicht mehr gelte, und daß die obersten Repräsentanten des "BRD"-Systems die Interessenvertreter des "kleinen Mannes" in Deutschland seien? Ebenso gut können Sie an den Weihnachtsmann, den Osterhasen, oder auch an die Märchen der Gebrüder Grimm glauben, nichts von alledem ist nämlich wahr.

Selbstverständlich finden sich im Buchhandel und auf entsprechenden Internetseiten inzwischen zahlreiche Werke, welche sich dieses Themenkomplexes angenommen haben, vielleicht sind Sie bereits auf das eine oder andere Werk gestoßen. Allerdings ist es praktisch nicht möglich, kurz gefaßte, gut strukturierte, sachliche, juristisch zitierfähige, und dennoch leicht verständliche Literatur zu diesem Thema zu finden. Diese Lücke soll mit der vorliegenden Abhandlung geschlossen werden.

Im Übrigen handelt es sich bei den vorliegend dargestellten rechtlichen Zusammenhängen nicht etwa um ein juristisches Geheimwissen - im Gegenteil. Jeder der Lesen kann, kann alle dargestellten Sachverhalte nachlesen und auf einfachste Weise nachvollziehen.

An dieser Stelle möchte der Verfasser seinen Wunsch zum Ausdruck bringen, daß der interessierte Leser nichts von alledem, was in der vorliegenden Abhandlung beschrieben wird, glaubt. Es wird vielmehr ausdrücklich darum gebeten, daß der Leser möglichst alles Behauptete selbst nachrecherchiert und selbst überprüft.

Aufgrund des Zieles der leichten Verständlichkeit dieser Thematik erhebt diese Abhandlung selbstverständlich keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr darf man getrost davon ausgehen, daß die vorliegende Abhandlung lediglich die berühmte Spitze des berühmten Eisberges beschreibt.

2. Die fehlende Staatlichkeit der "BRD"

Um zu beurteilen, ob es sich bei der "BRD" um einen Staat im völkerrechtlichen Sinne handelt, hilft es, sich zu vergewissern, was ein Staat überhaupt ist. Hierfür gibt es ganz klare, eindeutige, völkerrechtlich verbindliche Kriterien.

Die Definition für einen Staat wurde von führenden Rechtswissenschaftlern am Ende des 19ten Jahrhunderts entwickelt.

Damals gab es neben Staaten noch staatsähnliche Gebilde wie Kolonien oder Schutzgebiete und andere staatsähnliche Gebilde. Um festzulegen, welche Kriterien ein Verwaltungskonstrukt erfüllen muß, um nicht nur als Rechtssubjekt, das heißt, als Träger von Rechten und Pflichten, sondern auch als Staat zu gelten, wurde die Definition für einen Staat geschaffen. Schließlich machte es ja kaum Sinn, mit staatsähnlichen Konstrukten Verhandlungen zu führen oder Verträge zu schließen, für die sich im Nachhinein herausstellte, daß sie völkerrechtlich ungültig sind, da eine der verhandelnden Seiten vielleicht gar nicht berechtigt war, in eigener Sache zu verhandeln und Verträge abzuschließen.

In jener Zeit wurde die "Drei-Elemente-Lehre" entwickelt, die bis heute die völkerrechtliche Grundlage für die Beurteilung bestehender Staatlichkeit bildet.

Von erheblicher Bedeutung ist dabei, daß durch die Konvention von Montevideo vom 26.12.1933 die Drei-Elemente-Lehre zum elementaren Bestandteil des Völkerrechtes geworden ist.

Nach der Drei-Elemente-Lehre müssen folgende drei Merkmale erfüllt sein, um die Existenz eines Staates feststellen zu können:

- Staatsgewalt,
- Staatsgebiet,
- Staatsvolk.

(vgl. Jellinek, Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl., 1900, sowie Konvention von Montevideo vom 26. Dezember 1933)

Aus den genannten völkerrechtlichen Regelungen ergibt es sich, daß, wenn nur ein einziges der genannten Kriterien nicht erfüllt ist, von einem Staat dementsprechend nicht gesprochen werden kann.

Interessanterweise erfüllt die "BRD" dabei noch nicht einmal ein einziges dieser drei notwendigen Kriterien:

2.1. "BRD" ohne Staatsgewalt

Mit der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches im Jahre 1945 haben die Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernommen. Dies ergibt sich aus der sogenannten "Berliner Erklärung vom 05.06.1945".

(völkerrechtlich korrekte Zitierweise: "Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 05.06.1945), in:

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7-9

sowie

documentArchiv.de [Hrsg.], URL:

www.documentarchiv.de/in/1945/niederlage-deutschlands_erkl.html

Bekanntermaßen ist die höchste Rechtsnorm in der Welt das Völkerrecht. Für den Spezialfall des Krieges gilt das Kriegsvölkerrecht in Gestalt der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konvention.

Gemäß Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung ist eine Besatzungsmacht verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben in einem besetzten Gebiet wieder herzustellen, und zwar, sofern kein zwingendes Hindernis besteht, auf der Basis der jeweiligen Landesgesetze. **(vgl. Haager Landkriegsordnung, Art. 43 vom 18.10.2007; RGBl. 1910, S. 107)**

Aus diesem Grunde wurde zunächst von den Besatzungsmächten die Einrichtung sogenannter "Länder" als deutsche Selbstverwaltungsstrukturen verfügt. Diese "Länder", beziehungsweise späteren "Bundesländer" entsprechen nicht der rechtmäßigen Gebietsgliederung des Deutschen Reiches, es handelt sich dabei um von den Besatzungsmächten per Militärbefehl verfügte, künstliche Konstrukte.

Im Folgenden ist die jeweilige Entstehung einzelner Länder nachvollzogen:

- Gründung des "Landes Niedersachsen" durch die Verordnung Nr. 55 der Britischen Militärregierung vom 01.11.1946, (bestehend aus dem Gebiet der Reichsländer Hannover, Schaumburg-Lippe, Oldenburg und Braunschweig)
- Gründung des "Landes Schleswig-Holstein" durch die Verordnung Nr.46 der Britischen Militärregierung vom 23.08.1946,
- Gründung des "Landes Rheinland-Pfalz" durch die Verordnung Nr. 57 der französischen Militärregierung,
- Gründung des "Landes Großhessen" durch die Proklamation Nr. 2 der Militärregierung der Amerikanischen Zone vom 19. September 1945, (Großhessen: umfaßt Kurhessen und Nassau (ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt Goarshausen) und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines gelegenen Teil von Rheinhessen). Die von Hessen fortgefallenen Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen sowie Rheinhessen westlich des Rheins kamen zur französischen Besatzungszone und bildeten seit dem 23. August 1946 einen Teil des Landes Rheinland-Pfalz. Ebenfalls nicht mit einbezogen wurde die Gemeinde Wimpfen, die zum hessischen Kreis Heppenheim (zu Hessen-Starkenburg gehörig) gehörte, aber seit 1945 faktisch von Württemberg-Baden registriert wurde.
- Gründung des "Landes Württemberg-Baden" durch die Proklamation Nr. 2 der Militärregierung der Amerikanischen Zone vom 19. September 1945,
- Gründung des "Landes Bayern " durch die Proklamation Nr. 2 der Militärregierung der Amerikanischen Zone vom 19. September 1945, (umfaßt ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau. Bei der Errichtung von Bayern nach dieser Proklamation wurde "vergessen", daß auch die Pfalz (als Bayern links des Rheins) 1933 zu Bayern gehörte, jedoch zur französischen Besatzungszone gehörte und somit nicht mehr zu Bayern gezählt wurde; bereits seit 1940 gehörte die Pfalz nicht mehr zum Zuständigkeitsbereich des Reichsstatthalters von Bayern sondern zum Reichskommissar für die Saarpfalz, ab 1941 zum Reichsstatthalter der Westmark. Der Kreis Lindau

- gehörte bis 1955 zur französischen Besatzungszone (als Landbrücke zur französischen Besatzungszone in Österreich),
- Gründung des "Landes Sachsen" durch Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 9. Juli 1945 (umfaßt das Gebiet Sachsens einschließlich des Teiles Schlesiens, welcher östlich der Oder-Neiße-Linie liegt, ausschließlich der Region um die Gemeinde Tiefengrün, die zum künstlichen Bundesland Bayern gekommen ist, da die Grenze der Besatzungszonen von den Alliierten auf den Verlauf der Saale bestimmt wurde)

etc. etc..

Es handelt sich somit bei den sogenannten "Ländern" und späteren "Bundesländern" nachweislich um künstliche Konstrukte, die von den Besatzungsmächten per Militärbefehl verfügt wurden, sie sind somit als solche unmittelbares Besatzungsrecht.

Bis zum Jahre 1949 haben sich die drei westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien und Frankreich) einerseits, und die Besatzungsmacht Sowjetunion andererseits, in Meinungsverschiedenheiten über die weitere Verwaltung Deutschlands verstrickt.

Die drei westlichen Besatzungsmächte haben hierauf in den drei westlichen Besatzungszonen eine deutsche Selbstverwaltung namens "BRD" ins Leben gerufen. Dies sollte für die Besatzungsmächte den Vorteil haben, daß sie sich nicht mehr selbst um notwendige Verwaltungsangelegenheiten sorgen mußten, und sie andererseits die oberste Regierungsgewalt in ihrem jeweiligen Besatzungsgebiet weiterhin ausüben konnten.

Zur Grundlage des deutschen Selbstverwaltungsconstructes "BRD" wurde das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" erstellt, und in Kraft gesetzt. Dabei heißt es nicht "Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland", da die "BRD" sich dieses Grundgesetzes nicht selbst gegeben hat. Schließlich wurde es von den Besatzungsmächten per Militärbefehl verfügt!

Zur Erstellung dieses "Grundgesetzes" hatten die drei westlichen Besatzungsmächte willkürlich deutsche Politiker ausgewählt, und zu "Parlamentarischen Räten" ernannt. Diese wurden mit der Abfassung eines "Grundgesetzes" beauftragt, was sie auch befolgten. Während der Ausarbeitung dieses Grundgesetzes sind diese "Parlamentarischen Räte" insgesamt 36 Mal auf den Petersberg (nahe Bonn) zu den Vertretern der westlichen Besatzungsmächte zitiert worden. Dort haben die Besatzungsmächte in den "Grundgesetz-Entwürfen dieser "Parlamentarischen Räte" herumredigiert.

Der bekannte Staatsrechtlicher und stellvertretende Vorsitzende des sogenannten "Parlamentarischen Rates", Professor Dr. Carlo Schmid, hat nach Angaben von Zeitzeugen zu diesem Verfahren geäußert:

"Wir durften beim Grundgesetz nur noch Punkt und Komma setzen, der Rest wurde von den Alliierten diktirt".

In diesem Zusammenhang paßt ein Zitat von Herrn Willy Brandt:

Zitat:

"Dieses Grundgesetz haben uns die Amerikaner, um es vorsichtig zu sagen, anempfohlen. Man könnte auch sagen, auferlegt."

(vgl. BUNTE; 14.02.1991; S. 94)

Als das "Grundgesetz" im Sinne der westlichen Besatzungsmächte ausformuliert war, wurde es von diesen genehmigt.

Aber auch in dem diesbezüglichen Genehmigungsschreiben machten sie von ihren Vorbehaltsrechten umfassend Gebrauch und verfügten erhebliche Einschränkungen:

So zum Beispiel unter anderem:

- *"daß die dem Bunde durch das Grundgesetz übertragenen Vollmachten ebenso wie die durch die Länder und örtlichen Verwaltungskörper ausgeübten Vollmachten den Bestimmungen des Besatzungsstatuts unterworfen sind,"*
- *"daß die Polizeigewalt nicht ausgeübt werden kann, bis dies durch die Besatzungsbehörden ausdrücklich genehmigt ist und daß in gleicher Weise die sonstigen Polizeifunktionen des Bundes sich nach dem Schreiben der westlichen Besatzungsmächte vom 14. April 1949 zu richten haben,"*
- *"daß Berlin nicht Stimmberechtigung im Bundestag oder Bundesrat eingeräumt wird, und auch nicht von der Bundesregierung regiert werden kann,"*
- *"daß die Grenzen aller Länder, ausgenommen Württemberg-Baden und Hohenzollern so "wie sie jetzt festgelegt sind", bis zu einem Friedensschluß bleiben,"*
- *"daß nichts in den Verfassungen der Länder als eine Einschränkung der Bestimmungen der Bundesverfassung ausgelegt werden dürfte; daß Konflikte zwischen den Länderverfassungen und der vorläufigen Bundesverfassung deshalb zugunsten der letzteren entschieden werden müssen,"*
- *"daß nach der Einberufung der in dem Grundgesetz vorgesehenen gesetzgebenden Körperschaftendas Besatzungsstatut in Kraft treten wird."*

(vgl. Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz in der Übersetzung des Parlamentarischen Rates, VOBIZ S. 416, Frankfurt am Main, den 12. Mai 1949)

Nach dieser Genehmigung durfte das "Grundgesetz" von den sogenannten "Parlamentarischen Räten" in Kraft gesetzt werden.

(vgl. BGBl. I S. 1ff)

Dabei wurde im "Grundgesetz" gewährleistet, daß sonstige Bestandteile des Besatzungsrechts nicht durch die oberen Repräsentanten der sogenannten "BRD" oder durch deren Mittelbau umgangen werden können, sondern unmittelbar ausgeführt werden müssen.

Hierzu wurde im "Grundgesetz" verankert

- *daß die Kosten der Besatzung von der sogenannten "Bundesrepublik Deutschland" ohne wenn und aber an die drei westlichen Besatzungsmächte gezahlt werden, (vgl. Artikel 120 "Grundgesetz")*
- *daß keine Vorschriften des übrigen Besatzungsrechts durch die sogenannte "Bundesrepublik Deutschland" eingeschränkt werden könne, (vgl. Artikel 139 "Grundgesetz")*
- *daß die dem Bunde durch das Grundgesetz übertragenen Vollmachten ebenso wie die durch die Länder und örtlichen Verwaltungskörper ausgeübten Vollmachten den Bestimmungen des Besatzungsstatuts unterworfen sind. (vgl. Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz in der Übersetzung des Parlamentarischen Rates, VOBIZ Scholz-Wiegand 416, Frankfurt am Main, den 12. Mai 1949)*

Ab dem Inkrafttreten des "Grundgesetzes" galt somit gleichzeitig das "Besatzungsstatut".

Dieses "Besatzungsstatut" beinhaltete, daß es für jedes "Bundesland" einen alliierten Landeskommissar gab, der die oberste Regierungsgewalt in dem jeweiligen "Bundesland" ausübte. Für die Ausübung der obersten Regierungsgewalt für die Bundesebene war die "Alliierte Hohe Kommission" ("AHK") zuständig. Jede Verordnung und jedes Gesetz auf Bundesebene mußte demnach der Alliierten Hohen Kommission vorgelegt werden. Für die Entscheidung, ob sie ein Gesetz oder eine Verordnung genehmigten, ließen sich die drei westlichen Besatzungsmächte die international übliche Frist von 21 Tagen Zeit.

Erst nach Ablauf dieser Frist durfte der sogenannte "Bundespräsident" die jeweilige Gesetzes- oder Verordnungsvorlage unterzeichnen, was dann zur Folge hatte, daß sie im sogenannten "Bundesgesetzblatt" veröffentlicht werden durfte. Schließlich sind sämtliche Gesetze der "Bundesländer" und der "BRD", insbesondere auch alle Lehrinhalte beziehungsweise Lehrpläne und Lehrbücher des Schulsystems der "BRD" von den Besatzungsmächten verfügt. Auf die Konsequenzen dieser Tatsachen wird an andere Stelle noch eingegangen.

Aus dem Geschilderten folgt, daß durch die Gründung der "Länder" und der "BRD" das Besatzungsrecht selbstverständlich nicht aufgehoben wurde.

Es wird von "BRD"-Machthabern immer wieder behauptet, die drei westlichen Besatzungszonen seien in eine "Bundesrepublik Deutschland" umgewandelt worden. Dies ist jedoch falsch. In der Realität wurde lediglich das Besatzungsrecht angewandt und ein fremdbestimmtes deutsches Selbstverwaltungskonstrukt namens "BRD" im Gebiete der drei westlichen Besatzungszonen installiert.

Die Besatzungszonen und das übrige Besatzungsrecht wurden hierdurch nicht berührt, geschweige denn "aufgehoben".

Das Gegenteil ist der Fall:

Die sogenannten "Bundesländer" sowie die sogenannte "BRD" sind selbst reines Besatzungsrecht!

Würde beispielsweise das Besatzungsrecht aufgehoben werden, wären die sogenannten "Bundesländer" sowie die sogenannte "BRD" augenblicklich nicht mehr existent!

Wenn also ein "BRD"-Machthaber behauptet, das Besatzungsrecht sei nicht mehr in Kraft, behauptet er damit gleichzeitig, daß es eine sogenannte "BRD", und damit seine Position im "BRD"-System gar nicht gibt!

Daß mit dem Besatzungsrecht auch die Besatzungszonen nach wie vor existieren, zeigt sich darin, daß die Truppen der jeweiligen Besatzungsmächte sich mit ihren Stationierungsorten nach wie vor an die jeweiligen Grenzen ihrer eigenen Besatzungszonen halten.

Weitere rechtliche Basis für die gegenwärtige Ausübung der obersten Regierungsgewalt im Besatzungsgebiet ist der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin" von 1990.

In Artikel 2 heißt es dort:

Zitat:

"Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in Bezug auf Berlin begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind."

(siehe Verordnung zu dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25. September 1990 (BGBl Teil II - 1990 - Nr. 36 vom 02.10.1990))

Die Formulierung "in oder in bezug auf Berlin" ist dabei bedeutsam! Da alle alliierten Verfügungen sämtlich in Berlin verkündet und verabschiedet worden sind, bleiben damit auch alle, nicht nur Berlin, sondern auch das übrige Deutschland betreffenden Rechte der Alliierten in Kraft.

Zudem findet sich im Notenwechsel aus dem Jahre 1990 Entsprechendes:

Zitat:

Folgende Teile des Überleitungsvertrages bleiben weiterhin in Kraft:

Teil I - Artikel 2:

Zitat:

(1) Alle Rechte der Besatzungsbehörden sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind.

Teil VI - Artikel 3

Zitat:

(1) Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen (!), das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden (!).

(vgl. Notenwechsel aus dem Jahr 1990 (BGBl. 1990 Teil II Seite 1386 ff.))

Ein anschauliches Beispiel dafür, daß das Besatzungsrecht weiterhin in Kraft ist, ist die Verurteilung des DDR-Devisenbeschaffers Schalck-Golodkowski im Jahre 1996 zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung.

Er ist nicht etwa nach dem StGB verurteilt worden, sondern nach dem SHAEF-Gesetz Nr. 53 (Besatzungsrecht), was belegt, daß dieses Recht im Jahre 1996 noch galt und bis heute noch gilt.

Das sogenannte "Bundesverfassungsgericht" hatte die "Verfassungsbeschwerde" von Herrn Schalck-Golodkowski nicht angenommen, da ein Einspruch deutscher Gerichte gegen alliiertes Recht nicht möglich ist.

Um zu gewährleisten, daß die Interessen der drei westlichen Besatzungsmächte im Besatzungsgebiet umgesetzt werden, hatten diese zudem eine besondere Verfügung getroffen, die im Polit-Jargon als "Kanzlerakte" bekannt geworden ist. Dabei wurde von den Besatzungsmächten hinter dem Rücken der Öffentlichkeit verfügt, daß der sogenannte "Bundeskanzler" im Zusammenhang mit seiner Vereidigung sich bei den Alliierten einfindet, um von diesen die Anweisungen derselben entgegenzunehmen (sogenannte "Antrittsbesuche").

Interessanterweise ist in dieser "Kanzlerakte" auch geregelt, daß bis zum Jahre 2099 die Alliierten die Medienhoheit im Besatzungsgebiet inne haben.

Darüber hinaus ist in diesem Dokument die Pfändung der Goldreserven des Deutschen Reiches (ca. 4.000 Tonnen) durch die Alliierten dokumentiert.

Beim sogenannten "Bundeskanzler" handelt es sich somit lediglich um den obersten Statisten, der die Interessen der Besatzungsmächte gegenüber dem deutschen Staatsvolk durchzusetzen hat.

VS-Verschlusssache
 NUR FÜR DEN VERSEHRTEBEN

Handwritten signature

BUNDESNACHRICHTENDIENST
 Kontroll-Abt. II/OP

Handwritten initials

NUR FÜR MINISTER

Strengste Vertraulichkeit

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom
 21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Handwritten mark

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

*Original
 bitte vernichten!*

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099,
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

Hochachtungsvoll

Handwritten signature
 Dr. Rickermann
 Staatsminister

*Original
 bitte vernichten!*

Original erhalten am:
 Z.d.A. am: 14.9.92
 Wvl am:

Geheimdienstliches Dokument über den Verlust eines Exemplars der sogenannten "Kanzlerakte".

Auch ist hierdurch ersichtlich, weshalb es im Besatzungsgebiet nur gleichgeschaltete "BRD"-Medien mit alliierterem Maulkorb geben kann, und keine freie Presse.

Das dargestellte geheimdienstliche Dokument ist durch eine Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangt, es ist deshalb als Quelle juristisch nicht zitierfähig. Sofern der interessierte Leser Zweifel an der Echtheit dieses Dokumentes hat, möge er dies aus seinem Gedächtnis streichen.

Es sei jedoch darauf verwiesen, daß die Existenz dieser "Kanzlerakte" in den Memoiren des BND-Generals Komossa, sowie in den Memoiren von Willi Brandt und Egon Bahr bestätigt wird:

(vgl. Geheimer Staatsvertrag vom 21.Mai 1949; General a.D. Gerd-Helmut Komossa; Die Deutsche Karte; Ares Verlag, Graz 2007, Seite 21 ff.)

sowie

(Egon Bahr "Mein Deutschland" in der Zeitung "Die Zeit" vom 14. Mai 2009)

sowie

(Egon Bahr "Lebenslüge der Bundesrepublik" in der Zeitung "Junge Freiheit" vom 16.10.2011)

Interessanterweise ist in den vergangenen Jahrzehnten die Ausübung der obersten Regierungsgewalt durch die drei westlichen Besatzungsmächte mehr und mehr in irgendwelchen Hinterzimmern praktiziert worden, um diese Praxis der Öffentlichkeit gezielt vorzuenthalten.

Dennoch ist ersichtlich, daß der sogenannte "Bundespräsident" nach wie vor 21 Tage Zeit verstreichen lassen muß, bis er ein Gesetz oder eine Verordnung unterzeichnen darf. Dies ist die Frist, in der die Besatzungsmächte entscheiden, ob sie zustimmen oder ablehnen.

Ein relativ aktuelles Beispiel für die Ausübung der obersten Regierungsgewalt im Besatzungsgebiet durch die drei westlichen Besatzungsmächte ist die Verfügung der sogenannten "Bereinigungsgesetze" in den Jahren 2006, 2007 und 2010. Diese Gesetze sind weder im sogenannten "Bundestag", noch im sogenannten "Bundesrat" diskutiert oder beschlossen worden, sie wurden von den drei westlichen Besatzungsmächten lediglich verfügt, und anschließend im sogenannten "Bundesgesetzblatt" veröffentlicht.

Über die Entscheidungswege hinsichtlich dieser sogenannten "Bereinigungsgesetze" ist die Öffentlichkeit gezielt uninformatiert gelassen worden.

Mit den sogenannten "Bereinigungsgesetzen" machten die drei westlichen Besatzungsmächte deutlich, daß die sogenannte "BRD" von ihnen regiert wird, und daß die oberste Regierungsgewalt von den Besatzungsmächten somit auch praktisch ausgeübt wird.

Durch diese "Bereinigungsgesetze" wurden mehrere hundert Gesetze aufgehoben. Auf weitere Details wird in einem späteren Abschnitt noch eingegangen.

Darüber hinaus ist zu erwähnen, daß alleine die Besatzungsmacht USA noch offiziell 74.000 bis 250.000 US-Soldaten im deutschen Besatzungsgebiet stationiert hat. Die Besatzungskosten werden auch heute noch von der "BRD", das heißt, von uns allen gezahlt. Zudem steht die sogenannte "Bundeswehr" unter dem Oberbefehl der USA. Des weiteren befinden sich unzählige Atomwaffen der USA in Deutschland, wogegen keine "BRD"-Bediensteten etwas ausrichten können. Schließlich hatte sich der sogenannte "Bundestag" im März 2011 mit großer Mehrheit für den Abzug der US-Atomwaffen ausgesprochen, was jedoch völlig bedeutungslos geblieben ist.

(vgl. ZEIT online vom 05.09.2012)

In diesem Zusammenhang werden sich die meisten Leser erinnern, daß im Rahmen des Irak-Krieges ab dem Jahre 2003 in Deutschland US-Militärflüge und CIA-Flüge über Deutschland durchgeführt, und CIA-Foltergefängnisse in Deutschland unterhalten wurden, wogegen keine "BRD"-Bediensteten etwas ausrichten konnten, obwohl es hierzu im sogenannten "Bundestag" durchaus Initiativen gegeben hat. Schließlich hatte man früher einmal postuliert, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen solle.

Zusammenfassung

Zusammenfassend muß man feststellen, daß die oberste Regierungsgewalt im Besatzungsgebiet nach wie vor von den drei westlichen Besatzungsmächten ausgeübt wird.

Das hierzu geschaffene Verwaltungskonstrukt "BRD" ist dabei ein Organ (beziehungsweise der verlängerte Arm) der drei westlichen Besatzungsmächte. Die oberen Repräsentanten der "BRD" sind die Erfüllungsgehilfen und Interessenvertreter dieser Besatzungsmächte.

Es handelt sich bei der "Regierung" der "BRD" somit lediglich um eine Scheinbeziehungsweise Marionettenregierung. Sie sind Angestellte der Besatzungsmächte - weiter nichts.

Es muß deshalb zwingend geschlossen werden, daß das Kriterium einer eigenen Staatsgewalt von der "BRD" nicht erfüllt wird.

Die "BRD" ist somit allein wegen des Fehlens dieses völkerrechtlich notwendigen Merkmales der Drei-Elemente-Lehre nicht als ein Staat anzusehen!

2.2. "BRD" ohne Staatsgebiet

Um zu verstehen, daß die "BRD" über kein staatliches Territorium verfügt, und welche Konsequenzen dies hat, lohnt sich ein kleiner Ausflug in das Körperschaftsrecht:

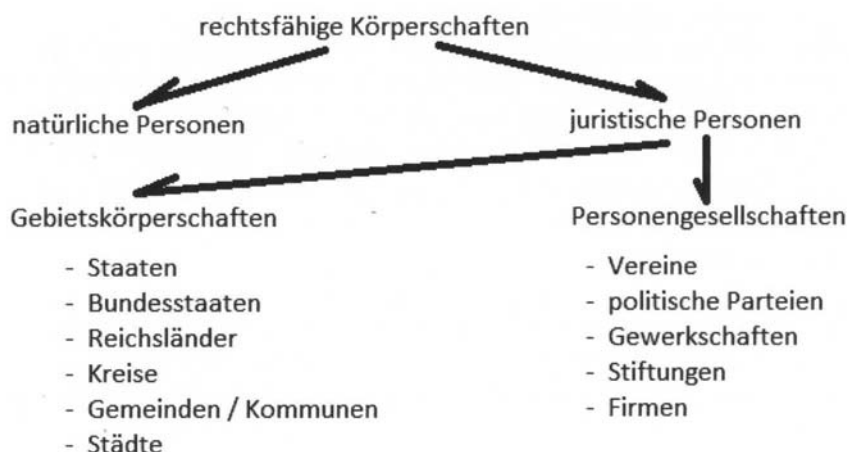
Die Juristen unterscheiden zwei Arten von Körperschaften, auch "Personen" genannt. Einerseits gibt es natürliche Personen und andererseits juristische Personen.

Eine natürliche Person ist ein Mensch (als beseeltes Wesen) ab dem Zeitpunkt seiner Geburt in seiner Rolle als Rechtssubjekt, d. h. als Träger von Rechten und Pflichten.

Eine juristische Person hingegen ist eine Vereinigung von Personen oder eine Vermögensmasse, die aufgrund gesetzlicher Anerkennung rechtsfähig ist, das heißt selbst Träger von Rechten und Pflichten sein kann, dabei aber keine natürliche Person ist.

Es gibt zwei Arten von juristischen Personen:

1. Gebietskörperschaften (Staaten, Bundesstaaten, Reichsländer, Gemeinden, Kommunen, Landkreise etc.)
2. Personengesellschaften (Firmen, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Stiftungen etc.).



definieren ihr Recht für ein bestimmtes Territorium und wenden dieses nur in ihrem Territorium an. Das heißt, das Recht einer Gebietskörperschaft gilt für alle Menschen, solange sie sich im Territorium dieser Gebietskörperschaft befinden, und muß deshalb gegenüber Jedermann in diesem Territorium angewendet werden ("ohne Ansehen der Person").

Man bezeichnet das Handeln einer Gebietskörperschaft auch als "hoheitliches Handeln". "Hoheitliches Handeln" ist immer gebietsbezogenes Handeln. Man spricht auch von der Ausübung von Hoheitsgewalt, da das Handeln einer Gebietskörperschaft nicht immer im Einverständnis mit den betreffenden Personen stehen muß, die sich im definierten Territorium der jeweiligen Gebietskörperschaft befinden.

Personengesellschaften

definieren demgegenüber ihr Recht für einen bestimmten Personenkreis, unabhängig vom Aufenthaltsort, also unabhängig von einem Territorium. Das Recht einer Personengesellschaft hat mit Gewaltausübung nichts zu tun, da sich natürliche Personen immer freiwillig einer Personengesellschaft anschließen.

Ist man beispielsweise Mitglied in einem Sportverein (Personengesellschaft), muß man das Recht dieses Vereins einhalten, egal wo man sich befindet.

Reisen Mitglieder des Vereines beispielsweise von Deutschland nach Italien (um an Sportwettkämpfen teilzunehmen), und ein Mitglied verstößt gegen irgendeine Regel des Vereins, die zum Ausschluß aus dem Verein führen kann (beispielsweise Doping), so kann sich dieses Vereinsmitglied nicht darauf berufen, daß sich der Vorfall im Ausland ereignet habe, und deshalb keine vereinsrechtlichen Folgen haben könne.

Ein weiteres Beispiel ist der Abschluß von Verträgen durch Vertreter von verschiedenen Firmen (Personengesellschaften). Es ist völlig unerheblich, in welchem Land Firmenvertreter sich treffen und Verträge abschließen, beispielsweise könnten zwei in Deutschland ansässige Firmen auch am Südpol oder auf dem Mond Verträge abschließen, es kann sich im Nachhinein niemand darauf berufen, der Vertrag sei ungültig, weil er nicht in Deutschland abgeschlossen worden sei.

Etwas anderes ist es jedoch mit dem Recht einer Gebietskörperschaft. Wenn beispielsweise jemand irgendeine Tat begeht, die nach dem Recht einer Gebietskörperschaft (beispielsweise eines Staates) einen Straftatbestand erfüllt, ist für die rechtlichen Konsequenzen absolut entscheidend, auf welchem Territorium sich der Vorfall ereignet hat.

Man stelle sich einmal vor, daß zwei Franzosen in den Alpen wandern gehen. Plötzlich geraten sie in Streit und der eine bringt den anderen um.

Nun stellt sich heraus, daß sich der Vorfall bereits auf dem Territorium Italiens ereignet hat, was den Beteiligten nicht bewußt war, da sie sich verlaufen hatten.

Es sind für diesen Fall nun ganz eindeutig die italienische Polizei und italienische Gerichte zuständig. Es kann somit nicht einfach ein französischer Polizist oder ein französischer Richter daher kommen, und reklamieren, daß er den Fall behandeln werde, weil es sich etwa bei den beiden Beteiligten um Franzosen handelte, oder sich der Vorfall nur wenige Meter jenseits der Grenze ereignet habe.

Es leuchtet jedem Leser sofort ein, daß hier entscheidend ist, in welchem Territorium sich unser Beispielfall ereignet hat.

Eine besondere Kuriosität stellt der Umstand dar, daß seit dem Jahre 1990 die höchste Rechtsnorm im "BRD"-System, das sogenannte "Grundgesetz", seinen territorialen Geltungsbereich nicht mehr definiert.

Zuvor gab es noch den Artikel 23 (alte Fassung) in dem der territoriale Geltungsbereich definiert wurde.

Artikel 23 "Grundgesetz" alte Fassung (1990 durch die Alliierten aufgehoben):

Zitat:

"Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

Die Aufhebung des Artikels 23 (alte Fassung) ist im sogenannten "Bundesgesetzblatt" vom 23. September 1990 bekanntgegeben worden.

(siehe: BGBl. 1990, Teil II, Seite 885, 890 vom 23.09.1990)

Seitdem ist kein territorialer Geltungsbereich mehr für das sogenannte "Grundgesetz" beziehungsweise für die "BRD" definiert.

Zwar wird von "BRD"-Machhabern immer wieder behauptet, daß der territoriale Geltungsbereich nunmehr in der Präambel des "Grundgesetzes" geregelt sei. Allerdings hat eine Präambel keinerlei Rechtsverbindlichkeit, da es sich, wie jedem Juristen bekannt ist, bei einer Präambel lediglich um ein freundliches Vorwort handelt. Jedwede Normen, die Rechtswirksamkeit entfalten sollen, müssen in Artikeln und Paragraphen gelistet sein.

Aber selbst unter der wahrheitswidrigen Rechtsbehauptung, daß in einer Präambel ein territorialer Geltungsbereich rechtsverbindlich überhaupt definiert werden könne, fällt beim genauen Lesen zwingend auf, daß auch in der Präambel des sogenannten "Grundgesetzes" lediglich ein Personenkreis definiert wird, für den das beschriebene Gesetzeswerk gelten soll, und nicht ein Territorium, in dem dieses Recht gegenüber Jedermann angewendet werden muß (wie es der Definition einer Gebietskörperschaft entspricht).

Präambel "Grundgesetz":

Zitat:

....."hat sich das Deutsche Volk dieses Grundgesetz gegeben.

"Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk."

Somit wird in der Präambel des "Grundgesetzes" auch wieder nur ein Personenkreis definiert, für den dieses Recht gelten möge, und kein Territorium, in dem dieses Recht dann gegenüber Jedermann ("ohne Ansehen der Person") angewendet werden muß. Beispielsweise haben laut dieser Präambel sich die Türken, Italiener, Griechen, Russen etc. die hierzulande leben, dieses "Grundgesetz" nicht gegeben und können somit vermutlich selbst entscheiden, ob sie sich diesem Recht unterordnen wollen oder nicht.

Durch die Behauptung diverser "BRD"-Machhaber, daß der territoriale Geltungsbereich des "Grundgesetzes" in dessen Präambel rechtsverbindlich geregelt werden könne und darin auch tatsächlich geregelt sei, soll offenbar der Öffentlichkeit suggeriert werden, daß es sich bei der "BRD" um eine Gebietskörperschaft beziehungsweise um einen Staat handelt.

Derartige Lügen sind ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie von Seiten der "BRD"-Machhaber versucht wird, die Menschen hierzulande zu desinformieren und zu manipulieren.

Zusammenfassung

Spätestens seit dem Jahre 1990 ist die sogenannte "BRD" nur noch eine Personengesellschaft und keine Gebietskörperschaft mehr. Die "BRD" hat kein Territorium, weshalb auch dieses völkerrechtlich notwendige Merkmal eines Staates nach der Drei-Elemente-Lehre nicht erfüllt ist.

2.3. "BRD" ohne Staatsvolk

Ob Sie es glauben oder nicht, es gibt auf der ganzen Welt keinen einzigen Menschen, der die Staatsangehörigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" besitzt. Es gibt somit Niemanden, der Staatsbürger der "Bundesrepublik Deutschland" wäre. Es gibt genauer gesagt, auf der ganzen Welt keinen einzigen "Bundesbürger".

Auch Bedienstete der so genannten "BRD", wie der so genannte "Bundespräsident", der so genannte "Bundestagspräsident", die so genannte "Bundeskanzlerin", Angehörige der so genannten "Bundesregierung", Angehörige des so genannten "Bundestages", ferner so genannte "Richter", "Polizeibedienstete" oder "Verwaltungsbedienstete" etc. besitzen keine Staatsangehörigkeit der "Bundesrepublik Deutschland".

Dies folgt zwingend aus der Tatsache, daß es innerhalb des "BRD"-Systems kein Staatsbürgerschaftsrecht der "BRD" gibt.

Schaut man sich die Regelungen des "BRD"-Systems an, in denen die Bedingungen für die Zugehörigkeit zur "BRD" benannt sind, vermißt man Sätze wie:

"Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland ist, wer (diese und jene Voraussetzungen erfüllt)"

Die Zugehörigkeit zur "BRD" wird im Artikel 116 des "Grundgesetzes" sowie im sogenannten "Staatsangehörigkeitsgesetz" beschrieben.

Grundgesetz Art. 116 (1):

Zitat:

"Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat".

(vgl. Art 116 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland)

Wie im Artikel 116 des "Grundgesetzes", so wird auch im sogenannten "Staatsangehörigkeitsgesetz" nicht etwa eine Staatsangehörigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" definiert, sondern lediglich die des Deutschen Reiches beschrieben. Dies ist auch völlig folgerichtig.

Da es sich bei der sogenannten "Bundesrepublik Deutschland" völkerrechtlich nicht um einen Staat handelt, kann die "BRD" auch keine eigene Staatsangehörigkeit definieren oder vergeben.

Auch in den sogenannten "Personaldokumenten" der "BRD" wie beispielsweise im sogenannten "Bundespersonalausweis" oder "Reisepaß" findet sich unter der Rubrik "Staatsangehörigkeit" nicht etwa der Eintrag "Bundesrepublik Deutschland", wie man es erwarten dürfte, sofern die "BRD" tatsächlich ein Staat wäre. Es findet sich dort vielmehr lediglich der Eintrag "DEUTSCH". Wie Jedem bei weiterem Überlegen sofort einleuchtet, gibt es einen Staat namens "DEUTSCH" jedoch nicht. Oder kennen Sie einen Staat namens "DEUTSCH"?

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Antwort die man bekommt, wenn man eine entsprechende "BRD"-Stelle anschreibt:

LANDKREIS DEMMIN DER LANDRAT



Landkreis Demmin · Der Landrat · PF 12 54 · 17102 Demmin



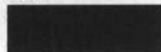
HAUPTDIENSTGEBÄUDE

Hausanschrift:
Adolf-Pompe-Straße 12 - 15
17109 Demmin

Postfachanschrift:
Postfach 12 54 ☎ Vermittlung (0 39 98) 4 34-0
17102 Demmin ☎ Telefax (0 39 98) 4 34-2 30

NEU: www.landkreis-demmin.de

Frau



17153 Stavenhagen

Amt	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns	☎ Tel.-Nr.:
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

Ort

Datum

33.30.20

Demmin

1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau ,

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besaßen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordre public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AUSSENSTELLE ALTENTREPTOW
Brunenstr. 6 Postfach 15 69
17087 Altentreptow 17081 Altentreptow
☎ Vermittlung (0 39 61) 2 70-0
Telefax (0 39 61) 2 70-2 00

AUSSENSTELLE MALCHIN
Fritz-Reuter-Platz 9 Postfach 12 62
17139 Malchin 17132 Malchin
☎ Gesundheitsamt (0 39 94) 2 99 98 84
Jugendamt (0 39 94) 23 98 99
Telefax (0 39 94) 23 99 79

KONTO DER KREISKASSE
Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Kto.-Nr. 310007305
(BLZ 150 502 00)

Ein Antrag auf Einbürgerung kann nur ein Ausländer stellen, also eine Person, die nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz ist. Ihrer Antragstellung nach zu beurteilen, ist dies bei Ihnen offensichtlich nicht der Fall.

Es wird Ihnen hiermit Gelegenheit gegeben Ihren gestellten Antrag schriftlich zurückzunehmen.

Dieses Schreiben ist gleichzeitig eine Anhörung im Sinne des § 28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag

J. Affeldt
Affeldt

Die Übereinstimmung der vorstehenden/umstehenden Abschrift/Vervielfältigung mit

dem Antrag auf Einbürgerung v. 24. November 2005
(genaue Bezeichnung des Schriftstückes)

wird hiermit amtlich beglaubigt.

Die amtliche Beglaubigung dient zur Vorlage bei

Leit
(Behörde)
10. August 2007
Demmin, den
Landkreis Demmin
Der Landrat
im Auftrag
i.A. Resbeck
(Unterschrift)



Anschreiben des "Landkreises Demmin", im Blatt 1 den beiden untersten Zeilen wird klar gesagt, daß es eine Staatsangehörigkeit der "Bundesrepublik Deutschland" nicht gibt.

Man sieht hier gleichzeitig ein Beispiel für eine mögliche Vorgehensweise für sich selbst. Um vom Unwissen zum Wissen zu gelangen, kann ein Jeder die "BRD"- "Behörden" selbst anschreiben.

Man könnte dabei beispielsweise 1. eine Frage, 2. eine Aufforderung und 3. eine Bitte zum Ausdruck bringen:

1. "Teilen sie mir bitte rechtsverbindlich mit:
Wie genau heißt der Staat (bitte als Substantiv) dem ich angehöre?"
2. "Erbringen Sie mir für diesen Staat Ihre Legitimation als Behörde und Amtsinhaber!"
3. Auf diese Bezeichnung stellen Sie mir bitte neue Ausweisdokumente aus, denn den Staat "DEUTSCH" gibt es offenkundig nicht.

Egal welche Antworten Sie bekommen, man wird Ihnen keine der drei Fragen beantworten, sondern nur alle möglichen Textbausteine an den Kopf werfen.



"BRD"- "Personalausweis" mit falschem Eintrag der Staatsangehörigkeit.

Zum Thema Staatsangehörigkeitseintrag in Pässen kann man sich international zu diesem Thema etwas anschauen: In Reisepässen der USA beispielsweise findet sich unter der Rubrik »Staatsangehörigkeit« nicht etwa der Eintrag "AMERICAN", sondern korrekterweise der Eintrag "United Staates of America", weil dieser Staat nun einmal so heißt.

Auch in Großbritannien ist unter der Rubrik »Staatsangehörigkeit« völlig korrekt der Name des Staates, nämlich "United Kingdom" zu finden, und nicht etwa der Eintrag "BRITISH". Gleichermassen ist auf der gesamten Welt die Staatsangehörigkeit im jeweiligen Paß angegeben, nur nicht in "BRD"-Pässen.

Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, daß "BRD"-Stellen für durchaus nennenswerte "Euro"-Beträge auch "Staatsangehörigkeitsurkunden" ausstellen, allerdings wird in diesen Urkunden auch keine gültige Staatsangehörigkeit beurkundet, sondern lediglich "DEUTSCH".

Zusammenfassung

Es gibt auf der ganzen Welt keinen einzigen "Bundesbürger". Die sogenannte "BRD" hat kein eigenes Staatsvolk, weshalb auch dieses völkerrechtlich notwendige Merkmal eines Staates entsprechend der Drei-Elemente-Lehre nicht erfüllt ist.

Wie dargelegt wurde, erfüllt die sogenannte "BRD" keines der drei völkerrechtlich notwendigen Kriterien für einen Staat. Sie hat weder ein Staatsvolk, noch ein Staatsgebiet, noch eine eigene Staatsgewalt.

3. Welche Staatsangehörigkeit haben wir?

In der vorliegenden Abhandlung werden häufig historische Zusammenhänge erörtert. Es ist dabei unvermeidlich, daß der Begriff Deutsches Reich verwendet wird. Vielfach wird aus Unkenntnis das Deutsche Reich und das sogenannte "Dritte Reich" gleichgesetzt. Hier gilt es jedoch zu differenzieren!

Das Deutsche Reich und das sogenannte "Dritte Reich" sind zwei Dinge, die unter gar keinen Umständen gleichgesetzt werden können.

Der Begriff Deutsches Reich ist die völkerrechtlich korrekte Bezeichnung für einen Staat - weiter nichts.

Der Begriff "Drittes Reich" ist demgegenüber kein völkerrechtlicher Begriff, er ist eher als Bezeichnung aus dem Polit-Jargon anzusehen und bezeichnet die Zeit des nationalsozialistischen Unrechtsregimes und der nationalsozialistischen Gesetzgebung in der Zeit von 1933 bis 1945.

Das sogenannte "Dritte Reich" hatte zudem keine staatsrechtliche Grundlage, es basierte auf der rechtswidrigen Außerkraftsetzung der verfassungsmäßigen Ordnung des Deutschen Reiches.

Somit verhalten sich Deutsches Reich und sogenanntes "Drittes Reich" zueinander wie Feuer und Wasser. Letztlich haben sie nichts miteinander zu tun! Das Deutsche Reich, gibt es bereits seit vielen Jahrhunderten (auch wenn es früher zeitweise anders genannt wurde, beispielsweise "Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation" etc.). Das sogenannte "Dritte Reich" bestand lediglich zwölf Jahre.

Die nationalsozialistische Gesetzgebung des sogenannten "Dritten Reiches" wurde von den Alliierten Siegermächten des zweiten Weltkrieges auf der Potsdamer Konferenz sowie im SHAEF-Gesetz Nr. 1 aufgehoben.

Der Staat Deutsches Reich wurde demgegenüber von den Alliierten Besatzungsmächten durch die Verhaftung der letzten Regierung am 23.05.1945 lediglich handlungsunfähig gestellt.

Es wird von den "BRD"-Machthabern wiederholt versucht, das Deutsche Reich und das sogenannte "Dritte Reich" gleichzusetzen, um eine Entfremdung beziehungsweise negative Emotionen gegenüber der völkerrechtlich korrekten Bezeichnung Deutsches Reich zu bewirken.

Für das Verständnis des Themas ist ferner von Bedeutung, daß die Hauptsiegermacht des zweiten Weltkrieges, die USA, in ihrer Sieger-Rechtssetzung im Jahre 1944, einen völkerrechtlich neuen Begriff eingeführt hat, den es bis dahin nicht gab. Um die Deutschen von ihrem Staat, dem Deutschen Reich, zu entfremden, haben sie den Begriff "Deutschland" eingeführt. Dieser Begriff war zuvor lediglich ein geographischer Begriff.

Um zu einem völkerrechtlichen Begriff zu werden, mußte er zunächst definiert werden. In den entsprechenden Siegerrechtsregelungen im Rahmen der SHAEF-Gesetzgebung tun die USA dies auch:

Zitat:

"Deutschland" bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31.Dezember 1937 bestanden hat.

(vgl. SHAEF-Gesetz Nr. 52, Artikel VII "Begriffsbestimmungen" Absatz (e))

Dies bedeutet, wann immer der Begriff "Deutschland" in völkerrechtlichen Zusammenhängen verwendet wird, ist das Gebiet des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 gemeint, und zwar genau deshalb, weil die alliierten Siegermächte dies so wollten und noch immer so wollen. Bis heute haben sie für diesen Begriff keine neue Definition ersonnen.

Das Völkerrecht, insbesondere das Kriegsvölkerrecht in Gestalt der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konvention, sieht im Falle einer militärischen Niederlage das Verschwinden des unterlegenen Staates definitiv nicht vor. Es hat schließlich in der Geschichte schon sehr viele Kriege gegeben, wenn die jeweils unterlegenen Staaten hierdurch verschwunden wären, gäbe es auf der Welt nur noch eine Hand voll Staaten.

Das Verschwinden eines Staates wäre nur möglich, wenn das Staatsgebiet vollständig annektiert (von den Siegerstaaten einverleibt) würde, oder das gesamte Staatsvolk bis auf den letzten einzelnen Staatsbürger verschleppt oder umgebracht würde.

Bereits im Londoner Protokoll vom 12.09.1944 wurde von den Siegermächten des zweiten Weltkrieges festgelegt, daß Deutschland nicht annektiert und nicht ausgelöscht wird, sondern lediglich innerhalb seiner Grenzen vom 31.12.1937 in Besatzungszonen eingeteilt, und ein besonderes Berliner Gebiet geschaffen werde.

(vgl. Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12.09.1944, letzte Fassung vom 13.08.1945)

Auch in der "Berliner Erklärung vom 05.06.1945" wurde klargestellt, daß die künftigen Besatzungsmächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernehmen, es jedoch nicht annektieren werden, und daß eventuelle Grenzänderungen in einer späteren Friedensregelung festzulegen seien.

Zitat:

"Die Regierungen übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland Die Übernahme bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands. Die Regierungen werden später die Grenzen Deutschlands festlegen."

("Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands..... vom 05.06.1945), in:

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 7-9

sowie

documentArchiv.de [Hrsg.], URL:

http://www.documentArchiv.de/in/1945/niederlage-deutschlands_erkl.html.

Im Weiteren wurde in der Potsdamer Konferenz vom 17.07.1945 bis zum 25.07.1945 bestätigt, daß eventuelle Grenzänderungen des Deutschen Reiches einer Friedensregelung mit dem Deutschen Reich vorbehalten bleiben. Die Gebiete des Deutschen Reiches, welche östlich der Oder-Neiße-Linie liegen, wie beispielsweise Ostpreußen, Großteile Pommerns und Schlesiens wurden unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt, blieben jedoch völkerrechtlich Teile des deutschen Reiches:

Zitat:

"Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die deutschen Gebiete östlich der Linie unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen....."

(vgl. Potsdamer Protokoll vom 02.08.1945)



Karte der in Deutschland von den Alliierten eingerichteten Besatzungszonen

Beispielsweise konnte weder die "Regierung" Brandt 1970, noch die "Regierung" Kohl 1990 Gebiete des Deutschen Reiches an Polen abtreten, sondern nur die Potsdamer Protokolle vom 02.08.1945 bestätigen. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß eine Grenzbestätigung keine Gebietsabtretung darstellt.

Folgerichtig stellte die "Regierung" Brandt 1970 klar, daß sie ausschließlich im Namen der "BRD" handeln kann (*und eben nicht im Namen des Deutschen Reiches oder für das Deutsche Reich - Anm. d. Verf.*).

Zitat:

"Im Laufe der Verhandlungen, die zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen geführt worden sind, ist von der Bundesregierung klargestellt worden, daß der Vertrag die Rechte und Verantwortlichkeiten der Französischen Republik, des Vereinigten Königreiches der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten.....nicht berührt, und nicht berühren kann.

Die Bundesregierung hat ferner darauf hingewiesen, daß sie nur im Namen der Bundesrepublik Deutschland handeln kann."

(vgl. Warschauer Vertrag vom 07.12.197)

sowie

(Verbalnote des Bundesdeutschen Botschafters in Bonn vom 19.11.1970)

Ebenfalls folgerichtig hat das sogenannte "Bundesverfassungsgericht" auch im Jahre 1992, in dem das "Gericht" über den Inhalt des deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrages der "Regierung" Kohl zu befinden hatte, klargestellt, es sei

Zitat:

"nur der reine Wortlaut des Vertrages maßgebend, irgendwelche Gebietsabtretungen dürften nicht hineininterpretiert werden."

(vgl. Grenzbestätigungsvertrag vom 14.11.1990

sowie

BVGU 2 BvR 1613/91)

Bereits wenige Jahre zuvor hat das sogenannte "Bundesverfassungsgericht" Folgendes klargestellt:

Zitat:

"... Das Inkrafttreten des Grundgesetzes und der Verfassung der DDR änderte am Fortbestand des deutschen Staates nichts; beide Vorgänge erfüllten nicht einen völkerrechtlichen Tatbestand des Staatsunterganges "

(vgl. BVGU 2 BvR 373/83)

Schließlich wurde bereits in einem Grundsatzurteil aus dem Jahre 1973 des sogenannten "Bundesverfassungsgerichtes" folgende Ausführungen gemacht:

Zitat:

"Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation, noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte, noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363]), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. [...] Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert (vgl. Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates - StenBer. S. 70). Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches"

(vgl. BVGU 2 BvF 1/73)

Präziser kann man es nicht formulieren. Dieser Satz steht deshalb für sich selbst.

Dabei gibt es Juristen im "BRD"-System, die behaupten, die "BRD" sei "identisch" mit dem Deutschen Reich. Auch hierbei handelt es sich nicht nur um völligen Unsinn, sondern noch dazu um eine dreiste Lüge.

Wenn die "BRD" mit dem Deutschen Reich "identisch" wäre, hätte sie logischerweise auch die Rechte und Pflichten des Deutschen Reiches. Die "BRD" wäre dann logischerweise Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.

Aber genau dies ist in sämtlichen internationalen Gerichtsurteilen wie auch in sämtlichen Gerichtsurteilen des "BRD"-Systems, insbesondere in sämtlichen Urteilen des sogenannten "Bundesverfassungsgerichtes" immer wieder ausgeschlossen worden.

Somit kann die sogenannte "BRD" unter keinen Umständen als mit dem Deutschen Reich "identisch" angesehen oder bezeichnet werden!

Nun ergibt sich die Frage, wenn es einen Staat namens "Deutsches Reich" mit einem definierten, und international anerkannten Territorium gibt, gibt es dann auch ein

Staatsvolk, also Menschen, die die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches besitzen?

Daß die "BRD" als fremdbestimmtes Verwaltungskonstrukt keine eigene Staatsangehörigkeit vergeben kann, wurde bereits umfassend dargelegt. In den Regelungen der "BRD" wird in Artikel 116 "Grundgesetz" sowie im "Staatsangehörigkeitsgesetz" für "Deutsche im Sinne des Grundgesetzes" eindeutig die Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches beschrieben, mit Bezugnahme auf die Grenzen vom 31.12.1937.

Fazit:

Wir Deutschen sind Staatsbürger des Deutschen Reiches! Es gibt keine "Bundes"- "Bürger"!

Das Deutsche Reich erfüllt also derzeit zwei der drei völkerrechtlich notwendigen Merkmale eines Staates nach der Drei-Elemente-Lehre. Es hat ein

- Staatsgebiet und ein
- Staatsvolk.

Es ist lediglich nicht handlungsfähig, kann also gegenwärtig die

- Staatsgewalt nicht ausüben.

Somit ist damit das Deutsche Reich jedoch auch gegenwärtig viel mehr Staat, als es die sogenannte "BRD" je gewesen ist, die keines der drei völkerrechtlich notwendigen Merkmale eines Staates (der Drei-Elemente-Lehre) erfüllt.

Zur Präzisierung

Gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 (RuStaG) ist jeder Deutsche Staatsangehöriger eines Bundesstaates (Bayern, Preußen, etc.) und hat hierüber die Reichsangehörigkeit (mittelbar).

Die Menschen in den Kolonien und Schutzgebieten haben demgegenüber die unmittelbare Reichsangehörigkeit.

Zum Thema "Staatsangehörigkeit" finden sich noch zwei interessante Artikel in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in den Artikeln 15 und 20:

AEM Artikel 15:

Zitat:

- (1) *"Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit,"*
- (2) *"Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen, noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln."*

AEM Artikel 20:

Zitat:

"Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören."

(AEM (Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember 1948))

Zu keinem Zeitpunkt wurden die Menschen in diesem Lande gefragt, ob sie ihre Staatsangehörigkeit des Deutschen Reiches in das "DEUTSCH", einer Vereinigung namens "BRD" wechseln wollten.

Das durch die Verwaltungsorganisation "BRD" unrechtmäßig verursachte, diesbezügliche Verwirrspiel ist ein eindeutiger Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, insbesondere der beiden genannten Artikel 15 und 20.

Zusammenfassung

Wir Deutschen sind Staatsbürger des Deutschen Reiches (und des Bundesstaates in dem wir geboren wurden). Es gibt keine "Bundes"- "Bürger".

Obgleich bereits an vorausgegangener Stelle ausgeführt, sei wegen der Bedeutsamkeit an dieser Stelle nochmals betont, daß das Deutsche Reich und das sogenannte "Dritte Reich" zwei Dinge sind, die nicht gleichgesetzt werden können. Es wird von den Drahtziehern des "BRD"-Systems immer versucht, das Deutsche Reich und das sogenannte "Dritte Reich" gleichzusetzen, um die Personen, denen die Rechtslage um ihre Staatsbürgerschaft bekannt ist, und dies auch bekunden, als "Rechtsradikale", "Neonazis" oder im harmloseren Falle als "Sektierer" oder ähnliches zu diffamieren.

4. Nebenaspekte der Ereignisse von 1990

In diesem Abschnitt werden die juristischen Aspekte der Ereignisse von 1990 näher beleuchtet.

Im Jahre 1990 sind die sowjetischen Truppen aus Mitteldeutschland abgezogen. Im Wesentlichen wurden drei Vertragswerke geschaffen, mit deren Hilfe eine Vereinheitlichung der Verhältnisse von West- und Mitteldeutschland erreicht werden, und die rechtliche Stellung des deutschen Volks nach innen und außen hin geklärt werden sollte.

Es sind dies die folgenden drei Verträge

1. der sogenannte "Einigungsvertrag",
2. der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin aus dem Jahre 1990",
3. der sogenannte "2+4-Vertrag".

Darüber hinaus sind jedoch auch folgende weitere Aspekte zum Verständnis der Rechtslage wichtig, und werden nachfolgend entsprechend erörtert:

4. das Fehlen einer Friedensregelung für Deutschland,
5. der frühere und gegenwärtige rechtliche Status von Berlin,
6. der gegenwärtige rechtliche Status von Mitteldeutschland,
7. die neue Präambel des sogenannten "Grundgesetzes",
8. der neue Artikel 146 des sogenannten "Grundgesetzes",
9. die Lüge, das "Grundgesetz" sei eine Verfassung.

4.1. Der sogenannte "Einigungsvertrag"

Durch den sogenannten "Einigungsvertrag" sollten die inneren Aspekte der Vereinheitlichung der Verhältnisse im Besatzungsgebiet geregelt werden.

Interessant ist hierbei, daß der "Grundgesetz"-Artikel 23 (alte Fassung), nach dem der Beitritt der "neuen Länder" erfolgt sein soll, durch die westlichen Besatzungsmächte bereits im Juli 1990 aufgehoben wurde. Dies wurde folgerichtig im "Bundesgesetzblatt" am 28.09.1990 veröffentlicht.

(vgl. BGBl. 1990, Teil II, Seite 885, 890 vom 23.09.1990)

Die Regeln des "BRD"-Systems beinhalten, daß ein Gesetz einen Tag nach Veröffentlichung im sogenannten "Bundesgesetzblatt" in Kraft tritt, sofern keine anderslautende Regelung im Einzelfall getroffen wird.

Somit war der "Grundgesetz"-Artikel 23 (alte Fassung) ab dem 29.09.1990 nicht mehr rechtsgültig!

Ein weiterer interessanter Aspekt ist, daß die sogenannten "neuen Länder" erst zum 14.10.1990 gebildet wurden.

(vgl. GBl. der DDR vom 14. August 1990, Teil I Nr. 51)

Dabei stellt sich abschließend die Frage, wie können die "neuen Länder" nach dem "Grundgesetzes"-Artikel 23 (alte Fassung) am 03. Oktober 1990 beitreten, obwohl dieser Artikel zu jenem Zeitpunkt längst nicht mehr existierte?

Und weiter: Wie können die "neuen Länder", bereits am 03. Oktober zu etwas beitreten, obgleich sie erst am 14. Oktober gebildet wurden?

Juristen kennen den Begriff der "Unmöglichkeit". So sind Vereinbarungen oder Verträge nichtig, die Bestandteile oder Voraussetzungen enthalten, die unmöglich sind. Und so ist der sogenannte "Einigungsvertrag" als rechtsungültig beziehungsweise nichtig anzusehen, da er gleich mehrere Unmöglichkeiten enthält!

4.2. Der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin" von 1990

Der sogenannte "Überleitungsvertrag von Berlin" ist eine besondere juristische Delikatesse, weshalb es sehr verwundert, daß dieses Übereinkommen nicht nur der Öffentlichkeit, sondern selbst Juristen an den Universitäten, verschwiegen wird. In Artikel 2 heißt es dort:

Zitat

"Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in Bezug auf Berlin begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind."

(vgl. Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 02.10.1990 (BGBl. 1990 Teil II Seite 1274 ff.))

Die Formulierung "in oder in bezug auf Berlin" ist dabei von besonderer Bedeutung. Da alle alliierten Verfügungen sämtlich in Berlin verkündet und verabschiedet worden sind, bleiben damit auch alle, nicht nur Berlin, sondern auch das übrige Deutschland betreffenden Rechte der Alliierten in Kraft.

Soviel zur immer wieder behaupteten Lüge, mit den Verträgen von 1990 sei "die volle Souveränität Deutschlands" hergestellt worden.

4.3. Der sogenannte "2+4-Vertrag" und das Fehlen einer Friedensregelung

Durch den sogenannten "2+4-Vertrag" sollten die äußeren Aspekte der Vereinheitlichung der Verhältnisse im Besatzungsgebiet geregelt werden.

In diesem "2+4-Vertrag" haben die vier Besatzungsmächte einen neuen völkerrechtlichen Begriff eingeführt, namentlich "Vereintes Deutschland". In Artikel 1 Absatz (1) definieren sie diesen Begriff.

Dabei beschreiben sie eindeutig, daß es sich bei dem "Vereinten Deutschland" um eine Gebietskörperschaft handeln soll, die das Gebiet der früheren "Bundesrepublik Deutschland", der "Deutschen Demokratischen Republik" und ganz Berlins umfassen sollte.

Dem Wortlaut dieses Vertrages ist eindeutig zu entnehmen, daß dieses "Vereinte Deutschland" nicht souverän sein sollte.

Es findet sich nämlich unter anderem ein Verbot von:

"Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen".

(vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland Artikel 3 Abs. (1))

Zudem wurden für dieses "Vereinte Deutschland" Auflagen zur Obergrenze der Zahl der Truppen gemacht (maximal 345.000 Mann).

(vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland Artikel 3 Abs. (2))

Darüber hinaus wurden umfangreiche Auflagen bezüglich der Inhalte der "Verfassung" dieses "Vereinten Deutschland" gemacht, die die Regierungen der "BRD" und der "DDR" sicherzustellen hätten.

(vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland Artikel 1 Abs. (4))

sowie Artikel 2, BGBl. Jahrgang 1990 Teil II Seite 1318 ff)

(Man darf sich fragen, wie können Besatzungsmächte sowie deren Angestellte in den beiden deutschen Selbstverwaltungskonstrukten "BRD" und "DDR" die Verfassung eines angeblich "souveränen Staates" bestimmen, wenn doch in einem legitimen Staat der oberste Souverän, der über die Verfassung entscheidet, das Staatsvolk ist, und eben nicht Marionettenregierungen der Besatzungsmächte ?).

Die Sachverhalte sind dabei sehr simpel:

Der sogenannte "2+4-Vertrag" wurde lediglich auf der Ebene des Besatzungsrechtes geschlossen, und nicht auf der Ebene des Siegerrechtes.

Die vier Besatzungsmächte USA, Frankreich, Großbritannien und UdSSR hatten sich in diesem "2+4-Vertrag" lediglich auf ein neues deutsches Selbstverwaltungskonstrukt namens "Vereintes Deutschland" geeinigt.

Dieses "Vereinte Deutschland" wäre nach den Bedingungen dieses Vertrages kein souveräner Staat gewesen, und schon gar nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Es hätte sich bei dem "Vereinten Deutschland" des "2+4-Vertrages" lediglich um ein neues Selbstverwaltungskonstrukt der Besatzungsmächte gehandelt.

Das Besondere an diesem Vertrag ist nun, daß das "Vereinte Deutschland" niemals hergestellt worden ist.

Sofern es hergestellt worden wäre, hätte es sich dabei um eine Gebietskörperschaft gehandelt, und zwar mit dem in diesem Vertrag definierten Territorium und den entsprechenden Außengrenzen.

Wie in den vorausgegangenen Kapiteln nachgewiesen, gibt es eine solche Gebietskörperschaft jedoch nicht.

Wäre sie existent, würde heute in unseren "Ausweisen" und "Reisepässen" stehen, daß diese von dem "Vereinten Deutschland" ausgestellt worden seien, und nicht von einer "BRD"!

Nicht nur, daß das "Vereinte Deutschland" des "2+4-Vertrages" niemals hergestellt wurde, es konnte dieser Vertrag auch von keiner der verhandelnden Seiten jemals

rechtswirksam ratifiziert werden, wobei in diesem Vertrag genauestens festgelegt wird, wie die Ratifikation zu erfolgen hat.

Zitat:

"Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das Vereinte Deutschland."

(vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland Artikel 8, Abs. (1))

"Die Ratifikations- oder Annahmearkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt."

(vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland Artikel 8, Abs. (2))

, BGBl. Jahrgang 1990 Teil II Seite 1318 ff)

"Dieser Vertrag tritt am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmearkunde in Kraft."

(vgl. Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland Artikel 9, BGBl. Jahrgang 1990 Teil II Seite 1318 ff)

Da das besagte "Vereinte Deutschland" bis heute nicht existiert, hat es niemanden gegeben, der rechtmäßig irgendwelche Ratifikationsurkunden hätte entgegennehmen und hinterlegen können.

Deshalb konnte der sogenannte "2+4-Vertrag" von keiner verhandelnden Seite nach den Bedingungen dieses Vertrages ratifiziert werden. Er ist somit nie in Kraft getreten.

Das Fehlen einer Friedensregelung

Von "BRD"-Machthabern wird immer wieder behauptet, bei dem sogenannten "2+4- Vertrag" handele es sich um einen Friedensvertrag. Dies ist jedoch nicht nur völliger Unsinn, sondern eine dreiste Lüge!

Ein Friedensvertrag wird zwischen Siegern und Besiegten geschlossen.

Die Siegermächte des zweiten Weltkrieges sind:

1. USA (als Hauptsiegermacht)
2. Großbritannien
3. UdSSR (Rechtsnachfolger Rußland).

Frankreich war niemals Siegermacht sondern nur Besatzungsmacht. Deshalb hätte Frankreich einen Friedensvertrag niemals aushandeln und unterzeichnen können! Auch an diesem Fakt ist ersichtlich, daß der sogenannte "2+4-Vertrag" lediglich auf der Ebene des Besatzungsrechtes und nicht auf der Ebene des Siegerrechtes geschlossen wurde.

Folglich hätte es sich bei einem Friedensvertrag doch eher um einen 2+3 Vertrag handeln müssen!

Allerdings könnte ein Friedensvertrag auch kein "2+3-Vertrag" sein. Schließlich sind die beiden Selbstverwaltungskonstrukte "BRD" und "DDR" zu keiner Zeit Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gewesen, und haben am zweiten Weltkrieg nicht teilgenommen. Sie hätten somit niemals für das Deutsche Reich einen Friedensvertrag aushandeln oder unterzeichnen können.

Ein Friedensvertrag kann nur zwischen den drei Siegermächten einerseits, und dem Deutschen Reich (oder einem Rechtsnachfolger) andererseits ausgehandelt und geschlossen werden.

Ein solcher Friedensvertrag müßte deshalb ein "3+1-Vertrag" sein, den es, wie jedermann weiß, bis heute nicht gibt!

Entgegen allen anderslautenden Behauptungen, sind sich die Verantwortlichen des "BRD"-Systems durchaus bewußt, daß eine Friedensregelung bis heute nicht besteht. Sie war von den Vertretern des "BRD"-Systems auch nie gewollt: Während der Beratungen über den sogenannten "2+4-Vertrag" im Rahmen der Außenministerkonferenz am 17.07.1990 in Paris hat der mit anwesende damalige polnische Außenminister Skubiszewski protestiert. Er hatte geltend gemacht, daß durch diesen "2+4-Vertrag" keine Friedensregelung realisiert werde und demzufolge eine Grenz- und Gebietsgarantie für die Republik Polen hierdurch nicht gewährleistet sei.

Man beachte dabei die diesbezügliche Stellungnahme der Vertreter der "BRD" und der "DDR" im Protokoll des französischen Vorsitzenden:

Zitat:

"Die BRD unterstreicht,daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu."

(vgl. Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier am 17.07.1990, Protokoll des französischen Vorsitzenden Nr. 354 B, Anlage 2, Deutsche Einheit, S. 1369-1370, 4096 Oldenbourg Verlag)

An dieser Stelle passt ein interessantes Zitat:

"Ironischerweise ist Deutschland keine souveräne Nation, ohne Friedensvertrag und mit über 70.000 US-amerikanischen Besatzungstruppen noch immer auf seinem Boden. Die U.S.A. und Großbritannien könnten die Bundestagswahl annullieren unter Deutschlands tatsächlicher Verfassung, dem Londoner Abkommen vom 08. August 1945."

("American Free Press" vom 07. Oktober 2002)

Zusammenfassung

Der sogenannte "2+4-Vertrag" ist lediglich auf der Ebene des Besatzungsrechts geschlossen worden, und nicht auf der Ebene des Siegerrechts. Die vier Besatzungsmächte haben sich in diesem Vertrag lediglich auf die Herstellung eines neuen deutschen Selbstverwaltungsstruktes namens "Vereintes Deutschland" geeinigt.

Das im sogenannten "2+4-Vertrag" beschriebene "Vereinte Deutschland" ist jedoch nie hergestellt worden.

Sofern es hergestellt worden wäre, hätte es sich um eine Gebietskörperschaft mit dem darin definierten Territorium und den darin definierten Außengrenzen gehandelt. Zudem wäre dieses "Vereinte Deutschland" alles andere als souverän gewesen, es hätte sich nicht um einen souveränen Staat auf deutschem Boden und nicht um einen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches gehandelt.

Es ist deshalb völlig ausgeschlossen, den sogenannten "2+4-Vertrag" als Friedensvertrag zu interpretieren.

Aufgrund dessen, daß das darin beschriebene "Vereinte Deutschland" nicht hergestellt worden ist, konnte der sogenannte "2+4-Vertrag" nicht rechtswirksam ratifiziert werden. Er ist somit nie in Kraft getreten.

Im Ergebnis der Vorgänge von 1990 besteht bis zum heutigen Tage keine Friedensregelung zwischen den Siegern des zweiten Weltkrieges und dem Deutschen Reich. Somit ist völkerrechtlich der Kriegszustand nie beendet worden.

Die Tatsache, daß die "BRD"-Machthaber, einschließlich die gleichgeschalteten "BRD"-Medien gebetsmühlenartig herumposaunen, und auch in Schulen unseren Kindern vorgelogen wird, der "2+4-Vertrag" sei ein Friedensvertrag, ist ein sehr

anschauliches Beispiel dafür, wie die Menschen in Deutschland gezielt verdummt und manipuliert werden.

4.4. Der frühere und gegenwärtige rechtliche Status von Berlin

Nach geltendem Völkerrecht muß die oberste Regierungsgewalt in einem Staat immer von der Hauptstadt ausgehen. Das heißt, das, was in der Hauptstadt gilt, gilt auch im übrigen Land.

Deshalb haben die Alliierten bereits vor der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um gemeinsam von der Hauptstadt Berlin aus, auch das übrige Deutschland im Rahmen des Besatzungsrechtes zu regieren.

Es sollte schließlich keine Besatzungsmacht das Recht haben, alleine über die Reichshauptstadt zu herrschen, weil sie damit die Herrschaft über das gesamte Deutsche Reich hätte völkerrechtlich geltend machen können.

Folglich wurde gemäß dem Londoner Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12.09.1944 das Berliner Gebiet der gemeinsamen Besatzungshoheit der künftigen Besatzungsmächte unterworfen. Und im Londoner Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland vom 14. November 1944 verfügten die Siegermächte in Artikel 3, daß Groß-Berlin von den Alliierten gesondert zum übrigen Gebiet des Deutschen Reiches verwaltet wird, daß Berlin also einen Sonderstatus erhalten wird.

Im Genehmigungsschreiben zum sogenannten "Grundgesetz" haben die Alliierten folgerichtig unter Punkt 3 folgenden Vorbehalt gemacht:

Zitat:

".... daß Berlin nicht von der Bundesregierung regiert werden kann".

(vgl. Genehmigungsschreiben der Militärgouverneure zum Grundgesetz in der Übersetzung des Parlamentarischen Rates, VOBIZ Scholz-Wiegand 416, Frankfurt am Main, den 12. Mai 1949)

Auch in späteren Verfügungen haben die drei westlichen Besatzungsmächte den Sonderstatus von Berlin immer wieder bekräftigt:

Im vormals ausgearbeiteten Text für die Verfassung von Berlin sollte es zunächst heißen:

Zitat:

Artikel 1 Absatz 2

"Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland."

und Artikel 1 Absatz 3

Zitat:

"Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend."

Diese beiden Absätze wurden im Genehmigungsschreiben für die Verfassung von Berlin vom 29.08.1950, durch die westlichen Besatzungsmächte jedoch "zurückgestellt" in dem sie im Punkt 2b verfügten:

Zitat:

"Absätze 2 und 3 (der Verfassung von Berlin - Anm. d. Verf.) werden zurückgestellt."

(vgl. BK/O (50) 75 vom 29.08.1950, VOB I S. 440)

Folgerichtig heißt es im Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin vom 8. Oktober 1951:

Zitat:

Punkt 1

- (a) *"das Abgeordnetenhaus von Berlin darf Bundesgesetze mit Hilfe eines Mantelgesetzes, das die Bestimmungen des betreffenden Bundesgesetzes in Berlin für gültig erklärt, übernehmen..."*
- (e) *"das Mantelgesetz muß festlegen, daß alle Hinweise in den Bundesgesetzen, Verordnungen und Bestimmungen auf irgendeine Bundesstelle oder Bundesbehörde als Hinweis auf die zuständige Berliner Stelle oder Behörde ausgelegt werden sollen....."*

Punkt 2

Diese Auslegung berührt Absatz 1 und 2 (a) und (b) der Anordnung BK/O (50) 75 in keiner Weise Solange Artikel 1 Absatz 2 und 3 der Berliner Verfassung zurückgestellt sind, kann Berlin nicht als ein Land der Bundesrepublik Deutschland betrachtet werden."

(vgl. BK/O (51) 56 vom 8. Oktober 1951 Schreiben der Alliierten Kommandantur Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, betreffend die Übernahme von Bundesrecht)

Über 20 Jahre später bekräftigten die Besatzungsmächte im Viermächte-Abkommen über Berlin am 03.09.1971 diese Position:

Art. II B:

Zitat

".. Die Regierungen der französischen Republik, des vereinigten Königreiches und der USA erklären, daß die Westsektoren Berlins kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden."

Hieraus folgt, auch im Jahre 1972 hat Berlin seinen Sonderstatus und darf nicht von der "BRD" regiert werden.

In Berlin gab es daher bis 1990 keine "Bundespersonalausweise", sondern "Behelfsmäßige Personalausweise". Berliner wurden aus diesen Gründen auch nicht zur sogenannten "Bundeswehr" eingezogen.

Aber auch nach den "Wende-Ereignissen" von 1990 ist Berlin kein Teil der "BRD"!!:

Man beachte die "Bekanntmachung des Schreibens der Drei Mächte vom 8. Juni 1990:

Zitat:

".... Die Haltung der Alliierten, "daß die Westsektoren Berlins wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden, bleibt unverändert....."

(vgl. BGBl. Teil I 1990 S. 1068)

Auch im sogenannten "Einigungsvertrag", wird diesem Umstand Rechnung getragen in dem es dort heißt:

Zitat

Artikel 1

"Länder"

- (1) *"Mit dem Wirksamwerden des Beitritts werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland....."*
- (2) *"Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin".*

Wie man beim genauen Lesen feststellen kann, ist in diesen Sätzen mit keinem einzigen Wort gesagt, daß Berlin ein Land der "BRD" wird!

Im Artikel 2 findet sich dann der Satz

Zitat:

(2) "*Hauptstadt Deutschlands ist Berlin.*"

(vgl. BGBl. 1990, Teil II, Seite 885, 890 vom 23.09.1990)

In diesem Satz wird lediglich die völkerrechtliche Tatsache festgestellt, daß Berlin die Hauptstadt des Deutschen Reiches ist (*in den Grenzen vom 31.12.1937 - gemäß SHAEF-Gesetz Nr.52 Artikel VII Absatz e*) - weiter nichts.

Hätte man ausdrücken wollen, daß Berlin ein Land der "BRD" wird, müßte dort stehen, daß Berlin ein Land der "BRD", und die Hauptstadt der "BRD" werde. Dies ist jedoch eben nicht so formuliert worden, zudem hat Berlin den sogenannten Einigungsvertrag auch nicht unterschrieben, aus gutem Grund!

Die Tatsache, daß sich Berlin als Gebietskörperschaft nicht dem Recht der "BRD" unterordnen kann, (das heißt unter allen Umständen exterritorial zur "BRD" steht), hätte weitreichende Konsequenzen, sofern die "BRD" ein Staat wäre. Ein Staat kann nämlich nur von der Hauptstadt aus regiert werden, und unter keinen Umständen von einem Territorium, welches nicht zu diesem Staatsgebiet gehört, welches also zu diesem Staat exterritorial steht. Und Berlin steht zur sogenannten "Bundesrepublik Deutschland" nun einmal exterritorial, weil die drei westlichen Besatzungsmächte dies so wollten und bis heute immer noch so wollen.

Die "BRD" ist jedoch nur eine Personengesellschaft. Wie im Weiteren noch nachgewiesen wird, ist sie eine Firma.

Einen Staat kann man nur von der Hauptstadt aus regieren. Eine Firma kann man jedoch von überall aus leiten.

Wo die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" fabriziert werden, und wo die Geschäftsführung ihren Sitz hat, ist schließlich bedeutungslos.

Für die Bevölkerung von Berlin bedeutet dies, daß die Ausübung von Hoheitsgewalt durch Organe der "BRD" auch unter diesem Aspekt ohne jede Legitimation ist.

4.5. Der gegenwärtige rechtliche Status von Mitteldeutschland

Da der sogenannte "Einigungsvertrag" ungültig ist und der sogenannte "2+4-Vertrag" nicht rechtswirksam ratifiziert, und dessen Inhalt nicht realisiert wurde, somit nicht zustande gekommen ist, gibt es keinen Vertrag, nach dem sich das Gebiet Mitteldeutschlands als Gebietskörperschaft dem "BRD"-Recht untergeordnet hätte. Dies bedeutet, daß die Ausübung von Hoheitsgewalt durch "BRD"-Stellen im Gebiete Mitteldeutschlands auch unter diesem Aspekt ohne jede Rechtsgrundlage ist.

Da es bis heute keine Friedensregelung gibt und das Besatzungsrecht für Deutschland weiterhin in vollem Umfang in Kraft ist, ist für das Gebiet Mitteldeutschlands (abzüglich der drei westlichen Sektoren von Berlin) nach wie vor die Besatzungsmacht Rußland (als Rechtsnachfolger der UdSSR) Hoheitsmacht und für alle Geschehnisse in diesem Territorium endverantwortlich.

Dies gilt, auch wenn dieses Recht derzeit von Rußland nicht wahrgenommen wird.

4.6. Die neue Präambel des sogenannten "Grundgesetzes"

Im Jahre 1990 wurde eine umfassende Änderung der Präambel des sogenannten "Grundgesetzes" verfügt.

Beim Lesen dieser Präambel muß sich der interessierte Leser die Frage stellen, weshalb man sich für die Änderung derselben derart viel Mühe gegeben hat, da ja in einer Präambel nichts rechtsverbindlich geregelt werden kann.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß hierbei die Öffentlichkeit belogen und betrogen werden sollte.

Und genau dies ist es, worum sich der ganze Inhalt der "Präambel" dreht, nämlich um die Frage:

Wie viele Lügen kann man in drei Sätzen unterbringen ?

Präambel "Grundgesetz":

Zitat:

"Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet.

Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk".

Lüge Nr. 1:

"... hat sich das Deutsche Volk..... dieses Grundgesetz gegeben".

Das Deutsche Volk hat sich nichts dergleichen gegeben! Es hat nie eine Abstimmung, weder eine Volksabstimmung, noch eine Abstimmung von Delegierten oder Repräsentanten zu diesem "Grundgesetz" gegeben. Wie sollte sich auch ein Volk ein Gesetzeswerk selbst geben, welches nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung von den Besatzungsmächten als ein Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Besatzungsgebiet verfügt wurde?

Lüge Nr. 2:

"... kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt..... "

Im "BRD"-System gibt es keine "verfassungsgebende Gewalt". Es ist kein Organ definiert, welches über eine Verfassung abstimmen könnte, weder eine Nationalversammlung, noch eine Volksabstimmung, noch gibt es nach "BRD"-Recht irgendeine anderweitig definierte, einzuberufende Körperschaft, die über eine Verfassung befinden könnte.

Lüge Nr. 3:

"Die Deutschen..... haben in freier Selbstbestimmung..... "

Wie Jedermann weiß, haben die Deutschen in politischen Dingen seit 1933 gar nichts mehr entschieden ! Insbesondere nichts in freier Selbstbestimmung!

Lüge Nr. 4:

"Die Deutschen.....haben die Einheit..... Deutschlands vollendet."

Wie vorliegend nachgewiesen, ist eine staatliche Einheit Deutschlands bis heute nicht hergestellt worden, zudem bestehen überhaupt keine staatlichen Verhältnisse. Wie im weiteren noch ausgeführt, ist die "BRD" nicht unser rechtmäßiger deutscher Staat, dieser ist nämlich, wie wir noch sehen werden, nach wie vor handlungsunfähig.

Lüge Nr. 5:

"Die Deutschen.....haben die..... Freiheit..... Deutschlands vollendet".

Da Deutschland nachweislich besetzt ist und das Besatzungsrecht nicht nur formalrechtlich voll umfänglich in Kraft ist, sondern insbesondere auch umfassend angewendet wird, ist die Unterstellung, es gebe eine "Freiheit Deutschlands" reiner Zynismus.

Lüge Nr. 6:

"Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk".

Wie in diesem Buch im Weiteren noch nachgewiesen wird, ist dieses "Grundgesetz" lediglich Teil der allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" und nur für Menschen bindend, die eine Geschäftsbeziehung mit der Firma "BRD" eingegangen sind.

Zusammenfassung

Die neue Präambel (des sogenannten "Grundgesetzes") ist ein Konglomerat von zahlreichen Lügen. Wer mit dieser Präambel für irgendetwas rechtlich argumentiert, disqualifiziert sich damit automatisch selbst.

4.7. Der neue Artikel 146 des sogenannten "Grundgesetzes"

Im Verlaufe der Ereignisse von 1990 wurde auch der Artikel 146, in dem seit 1949 die Möglichkeit einer verfassungsmäßigen Ordnung im Besatzungsgebiet offen gehalten worden ist, einer Änderung unterzogen.

Der frühere Wortlaut bis 1990 lautete:

Zitat:

"Dieses Grundgesetz, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Dieser Artikel wurde jedoch im Jahre 1990 geändert. Hier nun der aktuelle Wortlaut (mit Kennzeichnung der Satzeinschiebung):

Zitat:

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Was soll uns diese Änderung des Art. 146 "GG" sagen?

Übersetzen wir diesen Text in die Sprache der "BRD"-Machthaber, die immer wieder behaupten, das Grundgesetz sei eine Verfassung.

Dann lautete dieser Artikel 146:

"Diese "Verfassung", die nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands (das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937 - Anm. d. Verf.) für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert ihre Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Mit diesem Satz bringen die Drahtzieher des "BRD"-Systems nur zum Ausdruck, daß das "Grundgesetz" eben nicht in freier Selbstbestimmung beschlossen worden ist. Damit widersprechen sie sich hinsichtlich ihrer Aussagen in der Präambel selbst. Zudem enthält der Artikel 146 nunmehr die sehr merkwürdige Aussage, die staatliche Einheit und Freiheit Deutschlands sei in den Grenzen vom 31.12.1937 hergestellt worden.

Unzweifelhaft kann dem Artikel 146 "GG" jedoch entnommen werden, daß das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, sobald eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Die Weimarer Verfassung von 1919 wurde niemals außer Kraft gesetzt. Daraus kann geschlossen werden, daß das "Grundgesetz" noch nie gültig gewesen ist.

4.8. Die Lüge, das "Grundgesetz" sei eine Verfassung

Um der Öffentlichkeit vorzugaukeln, die "BRD" sei ein Staat, wird von "BRD"-Machthabern immer wieder behauptet, das "Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland" sei eine Verfassung.

Dies ist jedoch nicht nur kompletter Unsinn, sondern eine dreiste Lüge!

Ausganggrundlage für die Schaffung des "Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland" ist die Haager Landkriegsordnung Art. 43:

Zitat:

"Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze."

(vgl. Haager Landkriegsordnung, Art. 43 vom 18.10.2007; RGBl. 1910, S. 107 ff.)

Ein Grundgesetz

wird von einer Besatzungsmacht verfügt.

Es ist somit ein besatzungsrechtliches Mittel (auf der Basis des Artikels 43 der Haager Landkriegsordnung).

Es dient der Organisation eines Besatzungsgebietes.

Eine Verfassung

gibt sich ein Staatsvolk in freier Selbstbestimmung und konstituiert damit seinen Staat.

Auch an diesem Beispiel kann man erkennen, wie die Drahtzieher des "BRD"-Systems versuchen, die Menschen hierzulande zu manipulieren und zu verdummen, indem von ihnen und den von ihnen kontrollierten "BRD"-Medien gebetsmühlenartig behauptet wird, ein Grundgesetz und eine Verfassung seien Ein und das Selbe!

Interessanterweise wurde das "Grundgesetz" seit seiner Existenz genau 156 mal geändert (Stand 06/12).

Im Gegensatz hierzu wurde beispielsweise die Verfassung der USA, die als eine der besten Verfassungen in der Welt gilt, in demselben Zeitraum ein einziges Mal geändert!

Abgesehen einmal davon, daß das permanente Herummanipulieren am sogenannten "Grundgesetz" aber auch gar nichts mit Rechtssicherheit zu tun haben kann, kann man auch hierin den Unterschied zwischen einem Grundgesetz und einer Verfassung unmittelbar erkennen.

Wie sich einige Leser möglicherweise erinnern, ist mit der Besetzung des Irak im Jahre 2003 durch die USA ebenfalls ein Grundgesetz in Kraft gesetzt worden.

Bereits im Jahre 2005 konnten die Iraker über eine Verfassung abstimmen.

Im Irak ist man mit der Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse offenbar viel weiter als in Deutschland.

Man beachte dabei das folgende Zitat von Herrn Grass:

"Nach wie vor ist einzuklagen, daß der Schlußartikel des alten Grundgesetzes, Artikel 146, der zwingend vorgeschrieben hat, im Fall der deutschen Einheit dem deutschen Volk eine neue Verfassung vorzulegen, nicht eingehalten worden ist!

Ich bin sicher, daß wir alle einen ungeheuren und kaum auszugleichenden Schaden erleben, wenn wir weiterhin mit diesem Verfassungsbruch leben!"

(Nobelpreisträger Günter Grass in seinem Buch "Fragen zur Deutschen Einheit")

Aufgrund des Fehlens einer verfassungsmäßigen Ordnung und aufgrund der Handlungsunfähigkeit des legitimen Staates, des Deutschen Reiches, hat das deutsche Volk eine ähnliche Rechtsstellung wie das palästinensische Volk. Auch dort regiert eine Besatzungsmacht, der Staat ist handlungsunfähig und die dortige "Autonomiebehörde" hat (genau wie in Deutschland die sogenannte "BRD") lediglich Firmencharakter.

Wegen des weiterhin bestehenden Besatzungsrechtes in Deutschland mit der nach wie vor rechtsgültigen Beschlagnahme durch die USA ist es Deutschen grundsätzlich bis heute nicht möglich, Eigentum überhaupt zu bilden. Jederzeit kann ein alliierter Militärpolizist einem Deutschen hierzulande alles wegnehmen, und dies wäre dann auch völlig rechtmäßig.

Gemäß der im Besatzungsgebiet als oberste Rechtsnorm geltenden Haager Landkriegsordnung kann eine Besatzungsmacht jede Handlung mit jeder Strafe belegen, einschließlich der Todesstrafe.

Jederzeit könnte ein Deutscher von einem alliierten Militärgericht zum Tode verurteilt werden.

Damit ist das Deutsche Volk das rechtloseste Volk auf der ganzen Welt.

Die einzigen die das nicht wissen, sind die Deutschen!

5. Die internationalen Zusammenhänge der Deutschen Frage

Um die USA zu bewegen, in den zweiten Weltkrieg einzutreten, und eine zweite Front im Westen zu eröffnen, haben die europäischen Mächte bereits im Jahre 1943 den USA den Titel der Hauptsiegermacht zugestanden.

Damit haben diese Staaten eingewilligt, daß der oberste Befehlshaber der US-Streitkräfte (damals General Dwight D. Eisenhower) gleichzeitig weltweit der oberste

Befehlshaber aller alliierten Streitkräfte war (beispielsweise auch der Streitkräfte der damaligen Sowjetunion).

Dies beinhaltete das Recht, in sämtlichen alliierten Staaten beispielsweise Truppen zu stationieren, Kampfhandlungen in diesen Ländern auszuführen, auf die Ressourcen der jeweiligen Länder zuzugreifen, Sach- und Geldwerte zu beschlagnahmen etc..

(vgl. SHAEF-Proklamation Nr. 1 der U.S.A. vom 12.09.1944

sowie

SHAEF-Gesetz Nr.3 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe A))

Gleichzeitig haben diese Staaten den USA damit das Recht eingeräumt, das Besatzungsrecht für das gesamte Deutsche Reich (einschließlich Mitteldeutschlands und Ostdeutschlands) zu verfügen. Dies gab den USA gleichzeitig das Recht, das gesamte Deutsche Reich zu beschlagnahmen, was sie dann auch rechtswirksam gemacht haben.

(vgl. SHAEF-Gesetz Nr.52 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe A))

Diese enorme Machtfülle ermöglichte es den USA später, die Sowjets auf die Palme zu bringen, indem sie 1948 (rechtmäßig) verfügten, daß die D-Mark auch in Mitteldeutschland und im sowjetischen Sektor von Berlin gelten solle.

(vgl. SHAEF-Gesetz Nr. 60, 61 und 67 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausgabe A))

Dies beantworteten die frustrierten Sowjets mit der Berlin-Blockade, es führte ferner zur Einrichtung der beiden deutschen Selbstverwaltungsstrukture "BRD" und "DDR" und beförderte den anschließenden "Kalten Krieg".

Bereits als sich die militärische Niederlage des Deutschen Reiches in den frühen vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts abzeichnete, haben noch sehr schnell sehr viele Staaten dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Möglicherweise haben diese Staaten sich von der Überlegung leiten lassen, daß sie bei einer Friedensregelung mit dem Deutschen Reich für sich dann noch einiges mehr herauschlagen könnten, als ohne Kriegserklärung. Im Mai 1945 waren es insgesamt 46 Staaten, die dem Deutschen Reich den Krieg erklärt haben.

Alle diese Staaten haben die USA als Hauptsiegermacht anerkannt. Sie haben die Charta der Vereinten Nationen vom 01. Januar 1942 unterzeichnet und haben sich dem Joch der SHAEF-Gesetzgebung der USA unterworfen.

Sie alle bleiben solange völkerrechtlich Knechte der USA, bis die USA einen Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich abschließen.

Da die drei Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion beschlossen haben, in Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen, gemeinsam zu handeln, wäre ein Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich von den drei Siegermächten einerseits und dem Deutschen Reich andererseits zu schließen.

Wie bereits geschildert, wäre ein solcher Friedensvertrag demzufolge ein "3+1 Vertrag" (und eben nicht ein "2+4-Vertrag").

Aus den vereinten Kriegsgegnern des Deutschen Reiches sind die "Vereinten Nationen" geworden, inzwischen gehören ihr 193 Staaten an.

Jeder Staat, der den "Vereinten Nationen" beigetreten ist, hat die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnet.

Damit befindet sich das Deutsche Reich heute völkerrechtlich mit 193 Staaten im Kriegszustand, alle Mitgliedsstaaten haben die USA als Hauptsiegermacht und obersten militärischen Befehlshaber sowie die SHAEF-Gesetzgebung anerkannt, und sind damit dem Willen der USA im völkerrechtlichen Sinne ausgeliefert.

In der Charta der Vereinten Nationen finden sich zwei Artikel, die die sogenannte "Feindstaatenklausel" verkörpern. Es sind dies die Artikel 53 und 107.

Artikel 53 der UNO-Charta:

Zitat:

(1) "... Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen..... nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat..... "

(2) "Der Ausdruck "Feindstaat" in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war."

Artikel 107 der UNO-Charta:

Zitat:

"Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt."

(vgl. Charta der Vereinten Nationen BGBl. 1973, Teil II, S. 431 ff.)

sowie u.a.

n-tv online 22. September 2012)

Die Existenzgrundlage der UN ist der nach wie vor bestehende Kriegszustand mit dem Deutschen Reich!

Laut Verfassung der USA ist der jeweilige Präsident der USA der Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

(vgl. Verfassung der U.S.A. Artikel 2 Abschnitt 2)

Unabhängig hiervon ist nur der US-Kongreß berechtigt, Krieg zu erklären.

(vgl. Verfassung der U.S.A. Artikel 1 Abschnitt 8)

Da der Kriegszustand nie beendet wurde, muß der Präsident der USA den Kongreß nicht fragen, ob er Kriegshandlungen ausführen lassen darf.

Der Präsident der USA kann dies nach eigenem Gutdünken entscheiden, und das alles, weil ja der Kriegszustand als solcher in der Welt nach wie vor besteht. Damit kann der US-Präsident in der Welt praktisch machen was er will, er kann Foltergefängnisse im Ausland unterhalten, er kann in jedem Land Truppen einmarschieren, und Kampfhandlungen ausführen lassen, er kann Gelder von angeblichen "Schurkenstaaten" einfrieren lassen, er kann die CIA mit Sabotage und "false-flag-Aktionen" beauftragen usw. usw..

Der Präsident der USA handelt in jedem Falle rechtskonform nach dem Buchstaben der genannten völkerrechtlichen Gesetze, wenn auch nicht nach deren Geiste (da diese Gesetze ja für den Krieg gegen das Deutsche Reich und Japan gemacht wurden, und nicht, um Jahrzehnte später andere Völker zu versklaven).

Dennoch kann niemand den Präsidenten der USA (weder innerhalb noch außerhalb der USA) zur Rechenschaft ziehen, über Handlungen, die er unter dem Recht des noch immer fortbestehenden weltweiten Kriegszustandes ausführt oder ausgeführt hat.

Beispielsweise hat ein Herr Obama nach Verleihung des "Friedens-Nobelpreises" erst einmal sicherheitshalber seine Schergen in Afghanistan zur Vermarktung des zentralasiatischen Öls um 30.000 erhöht.

Auch das weltweit größte US-Foltergefängnis in Guantanamo besteht bis heute, entgegen den markigen Ankündigungen von Obama.

Kaum jemand weiß, daß es zwei Todeslisten gibt, eine CIA-Todesliste und eine militärische Todesliste, und Herr Obama ("Mister Cool") entscheidet jede Woche persönlich, wer entsprechend dieser Listen umgebracht wird, sei es mittels "Drohnenangriffe" oder sonstiger Methoden im In- oder Ausland.

(vgl. "Die Welt" vom 02. Juni 2012)

sowie

"n-tv - online" vom 29.05.2012

sowie

"Handelsblatt" vom 07.04.2010) u.a.

Aufgrund ihrer Position als Hauptsiegermacht des zweiten Weltkrieges brauchen die USA noch nicht einmal den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anzuerkennen und nehmen sich (völkerrechtlich legitim) das Recht heraus, jederzeit in den Niederlanden militärisch zu intervenieren, sofern Bürger der USA dort für entsprechende Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden sollen.

(vgl. "Spiegel online" vom 12. Juni 2002)

sowie

"De Telegraf" vom 07. Juni 2002)

Und an dieser Stelle schließt sich der Kreis:

Die Hauptsiegermacht des zweiten Weltkrieges, die USA, dürfte wohl kaum ein Interesse daran haben, daß Deutschland einen Friedensvertrag erhält, weil dann die völkerrechtliche Absicherung der Vormachtstellung der USA in der Welt vorbei wäre.

Das Deutsche Reich wird mit Hilfe der Firma "BRD" (somit vorrangig von den USA) handlungsunfähig gehalten.

Nicht zuletzt wird hierfür das Staatsvolk des Deutschen Reiches gezielt mittels Massenmedien mit einem Kollektiv-Schuldkonzept manipuliert, damit es bloß keine rechtsstaatlichen Verhältnisse und keinen Friedensvertrag einfordert.

Mit Friedensschluß wären die USA ihrer völkerrechtlichen Vormachtstellung in der Welt umgehend enthoben. Zudem wären dann auch die UN augenblicklich aufgelöst, da die Existenz der UN und das gesamte Regelwerk der UN auf dem nach wie vor fortbestehenden Kriegszustand mit dem Deutschen Reich (und Japan) basiert.

Mit Auflösung der UN würde wieder der Völkerbund handlungsfähig werden, der wesentlich demokratischer organisiert war als es die UN jemals waren. Dies käme allen Völkern in der Welt sehr zu Gute, da die internationale Gemeinschaft hierdurch endlich demokratisch organisiert werden könnte.

Zudem würden die dreckigen Kriege der USA um Öl und sonstige Rohstoffe oder irgendwelche Privilegien in der Welt, die unter dem Mantel der "Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit" publizistisch verkauft werden, ein Ende haben, zumindest gebe es dann keine völkerrechtliche Absicherung hierfür mehr.

Schließlich ist es auch ein absoluter Anachronismus, daß die fünf Hauptmächte des zweiten Weltkrieges (USA, Großbritannien, Frankreich, China, UdSSR-Rechtsnachfolger Rußland) im sogenannten "Sicherheitsrat" nach wie vor ein Vetorecht haben, und insbesondere die USA als Hauptsiegermacht des zweiten Weltkrieges für jedwede Aggressionen nicht einmal die Zustimmung des Sicherheitsrates einholen müssen.

6. Der Firmencharakter der "BRD" und die Konsequenzen

Bereits bei Gründung der "BRD", das heißt bei der Erarbeitung des "Grundgesetzes" wurde berücksichtigt, daß die "BRD" kein Staat sein kann. Es wurde lediglich eine Verwaltung mit Firmencharakter geschaffen. Dies zeigt sich im Artikel 133 des "Grundgesetzes", in dem es heißt:

Zitat:

Artikel 133 Grundgesetz:

"Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein."

Dies bedeutet, daß die "BRD" von den drei westlichen Besatzungsmächten lediglich wirtschaftliche Verwaltungsbefugnisse zugestanden bekommen hat. Dies bedeutet gleichermaßen, daß die "BRD" nicht in die Rechte und Pflichten des Staates Deutsches Reich eintreten konnte.

Die sogenannte "Bundesrepublik Deutschland" ist somit kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Dies ist insofern sehr bedeutsam, da ein legitimer Staat auf deutschem Boden immer auch Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches wäre.

Im Weiteren hatte man auch in der Abfassung der übrigen Artikel des "Grundgesetzes" den Firmencharakter dieser reinen Wirtschaftsverwaltung berücksichtigt:

Im "Grundgesetz" wird dementsprechend klar geregelt, daß "Minister" keine Politikbereiche sondern "Geschäftsbereiche" leiten, und daß der "Bundeskanzler" nicht die Politik bestimmt, sondern die "Geschäftspolitik". Er regiert nicht sondern leitet "Geschäfte":

Zitat:

Artikel 53 Grundgesetz:

"Der Bundesrat ist von der Bundesregierung über die Führung der Geschäfte auf dem laufenden zu halten."

Artikel 65 Grundgesetz:

*"(Es).....leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig"
Der Bundeskanzler leitet seine Geschäfte nach einer Geschäftsordnung."*

Artikel 69 (3) Grundgesetz:

"Auf Ersuchenist der Bundeskanzler..... oder ein Bundesminister verpflichtet, die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterzuführen."

Darüber hinaus bestehen keine Tätigkeitsregularien sondern "Geschäftsordnungen".

Zitat:

Artikel 40 Grundgesetz:

"Der Bundestag gibt sich eine Geschäftsordnung."

Artikel 42 (2) Grundgesetz:

"Für die kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen."

Artikel 52 (3) Grundgesetz:

"Der Bundesrat gibt sich eine Geschäftsordnung."

Artikel 77 (2) Grundgesetz:

"Der Bundesrat kann verlangen, daß ein Ausschuß einberufen wird. Die Zusammensetzung und das Verfahren dieses Ausschusses regelt eine Geschäftsordnung,"

Artikel 93 (1) Grundgesetz:

"Das Bundesverfassungsgericht über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Bundesorgans oder anderer Beteiligter, die durch dieses Grundgesetz oder in der Geschäftsordnung eines obersten Bundesorgans mit eigenen Rechten ausgestattet sind."

Des Weiteren ist festzustellen, daß die Drahtzieher des "BRD"-Systems im Jahre 1990 eine "Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH" gegründet haben. Diese Firma hat die Aufgabe, die finanziellen Verhältnisse des "BRD"-Systems nach innen und außen zu gestalten.

Hierzu wurde eine insolvente, frühere DDR-Firma umfirmiert und in Frankfurt am Main angemeldet.

Auf der Webseite dieser Gesellschaft findet sich die Behauptung, daß dieses "Unternehmen" im Jahr 2000 gegründet wurde. Auf dem Handelsregisterauszug findet sich jedoch das ausgewiesene Gründungsdatum mit 29.08.1990!

Es stellt sich die Frage, weshalb man versucht, die Öffentlichkeit über das tatsächliche Gründungsdatum bewußt zu täuschen? Vermutlich will man verschleiern, was 1990 wirklich geschehen ist: Die angebliche "Wiedervereinigung". In Wirklichkeit handelte es sich dabei um die endgültige Umwandlung der "Bundesrepublik Deutschland" von einer fremdbestimmten Gebietskörperschaft ohne jede Souveränität in eine Firma der Besatzungsmächte.

In Anbetracht der Milliardenbeträge, die von dieser Firma umgesetzt werden (die Medien berichten von Schulden in Höhe von 2-6 Billionen Euro und Neukreditaufnahmen von bis zu 17 Mrd. Euro täglich) - bei lächerlich kleiner Haftungsdecke - wurden bereits mehrfach Konkursanträge gegen diese Firma gestellt. Einen solchen hätte jede andere Firma nicht überlebt, aber bei der Firma "BRD" scheint das normale Recht nicht zu greifen. Also, schauen wir uns an, wie das zuständige Amtsgericht einem Konkursantrag begegnet ist:

Amtsgericht Darmstadt 02.03.2005 Insolvenzgericht Geschäfts-Nr.: 9 IN 248/05

Beschluß:

Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird als unzulässig zurückgewiesen. Gründe: Gemäß § 12 Abs. 1, Ziffer 1 InsO ist die Durchführung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Bundes unzulässig.

Interessant ist dabei, daß das Gericht als beklagte Partei eine **"Bundesrepublik Deutschland GmbH"** ausweist. Von Seiten des Gerichtes wurde die "Finanzagentur" (bewußt?) unterschlagen (was bei genauerem Überlegen durchaus Sinn macht). Mit diesem Beschluß hat das "Gericht" jedenfalls bestätigt, daß die beklagte GmbH im Besitz des gesamten Vermögens (besser gesagt: der gesamten Schulden) des "Bundes" ist! Damit sind die gesamten "BRD"- Schulden im Besitz einer privaten Körperschaft, welche lediglich mit schlappen 25.500,- Euro haftet!

Hierzu ist noch interessant zu wissen, daß die frühere DDR-Firma, die man zu diesem Zweck für eine Ostmark aufgekauft hat, bereits zum Zeitpunkt des Kaufes insolvent gewesen ist. Somit ist die Firma "BRD"-GmbH bereits insolvent gegründet worden. Da diese Firma schon längst nachweislich insolvent ist, müssen weitere Insolvenzanträge nicht bearbeitet, und noch nicht einmal mehr angenommen werden!

1	2	3	4	5	6	7
Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, persönlich haftende Geschäftsführer, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigta und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Setzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	a) Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung b) Frankfurt am Main c) Die Erbringung von Dienstleistungen für das Bundesministerium der Finanzen bei der Haushalt- und Kassenfinanzierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sondervermögen auf den Finanzmärkten. Hierzu zählen insbesondere Dienstleistungen bei der Einlösung von Bundeswertpapieren, der Kreditaufnahme mittels Schuldensicherheiten, dem Abschluss von Swap-Geschäften sowie den Geldmarktgeschäften (Aufnahme und Anlegen) zum Ausgleich des Kontos der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Bundesbank. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehören auch Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Marktanalyse und der Vorbereitung von Entscheidungsgemeinschaften zur Durchführung der in Absatz (1) und Absatz (2) genannten Geschäfte.	50.000,00 DEM	a) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. b) Geschäftsführer: Schief, Gerhard, Frankfurt am Main, *24.05.1946 Geschäftsführer: Teuchle, Eberhard, Medtzenheim, *26.07.1940	Gesamprokura gemeinsam mit einem Geschäftsführer Dr. Lehr, Christian, Roodgau, *08.10.1965 Dr. Röcker, Andreas, Mörsfeld, *30.06.1969 Weinberg, Thomas, Frankfurt am Main, *02.11.1961	a) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Gesellschaftsvertrag vom 28.08.1990 zuletzt geändert am 08.01.2001 b) Dieses Blatt ist zur Fortführung auf EDY umgeschrieben worden und dabei an die Seite des bisherigen Registrierblattes getreten. Gesellschaftsvertrag Blatt 68 ff. Sonderband	12.10.2004 Scholz

EINGEGANGEN
12. FEB. 2005

Handelsregisterauszug der Firma "BRD"-GmbH im Amtsgericht Frankfurt am Main

Amtsgericht Darmstadt
Insolvenzgericht
Geschäfts-Nr.: 9 IN 248/05
(Bitte stets angeben)

Beschluß

In dem Insolvenzantragsverfahren

Mathias Guthier, Postfach 11 42, 68647 Biblis, - - - - -

- Antragsteller -

g e g e n

Bundesrepublik Deutschland GmbH,

- Antragsgegner -

1. Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wird als unzulässig zurückgewiesen.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller.
3. Der Gegenstandswert wird auf 300,00 EUR festgesetzt.

Gründe:

Gemäß § 12 Abs. 1, Ziffer 1 InsO ist die Durchführung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Bundes unzulässig.

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 4 InsO, 91 ZPO; die Festsetzung des Gegenstandswertes beruht auf § 37 GKG. Sie ergibt sich aus dem Mindestwert.

Kaschel
Richterin am Amtsgericht

Ausgefertigt
Darmstadt, den 02.03.05

Kippor, Justizsekretärin
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Kopie des "Gerichtsbeschlusses" des "Amtsgerichtes Darmstadt" vom 01.03.2005, wie im "BRD"-System üblich:

- ohne richterliche Unterschrift.
- ohne Urteilsbegründung,
- ohne Rechtsmittelbescheid.

Offensichtlich ist, daß die normalen Regeln für die Firma "BRD"-GmbH nicht gelten.

Darüber hinaus werden sämtliche "Organe" der "BRD" inzwischen offen als Unterfirmen präsentiert:

Es haben sämtliche Unterfirmen der "BRD" Ust.-Ident.-Nummern, was es nur für Firmen gibt, jedoch nicht für Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Man kann über die Finanzverwaltungen die Ust.-Ident.-Nummern der Unterfirmen des "BRD"-Systems herausfinden:

Beispielsweise hat die Firma "BUNDESTAG" die USt-IdNr. DE 122119035.

Aufgrund der Tatsache daß die "BRD" lediglich eine Firma und kein Staat ist, werden auch "Personalausweise" von Stellen der "BRD" ausgegeben.

Vor der Gründung der "BRD" gab es Personenausweise.

Die Bezeichnung "Bundespersonalausweis" ist nur folgerichtig, da der Inhaber schließlich Personal der Firma "**Bundesrepublik Deutschland GmbH**" ist!

Wegen des Firmencharakters der sogenannten "BRD" gibt es im "BRD"-System beispielsweise keine Ämter, sondern nur Behörden. Der Unterschied sei im folgenden erklärt:

Ämter

sind staatliche Organe, es arbeiten Beamte in ihnen und diese Beamte üben hoheitliche Befugnisse aus. Ämter sind deshalb befugt, hoheitliche Entscheidungen zu treffen.

Aufgrund ihres Beamtenstatus haben die Beamten, die in einem Amt tätig sind, einen Entscheidungsspielraum in ihren Handlungen. Deshalb sind diese Beamten in diesen Ämtern verpflichtet, rechtsmittelfähige Bescheide zu erstellen.

Letzteres dient dem Schutz des Bürgers, damit ein Beamter seinen Entscheidungsspielraum nicht in destruktiver Weise nutzt. Es steht dem Bürger nach einer amtlichen Entscheidung in jedem Fall der Rechtsweg offen.

Behörden

sind hingegen eine besondere Form von Verwaltungen.

In Verwaltungen wird, wie der Name bereits sagt, lediglich verwaltet. Es werden beispielsweise Daten erhoben, es wird katalogisiert, es wird Schriftverkehr geführt, etc.. Die Besonderheit von Behörden besteht darin, daß sie eine besondere Form von Verwaltungen sind, es handelt sich bei Behörden um öffentliche Verwaltungen. Verwaltungen beziehungsweise Behörden haben keine Befugnisse für hoheitliches Handeln, beziehungsweise zur Ausübung von Hoheitsgewalt. Sie haben keine Entscheidungsbefugnisse und somit auch in ihren Entscheidungen keine Entscheidungsspielräume.

Behörden führen lediglich aus, was übergeordnete Stellen mit entsprechender Autorisation vorgeben. Behörden erlassen keine staatlichen / hoheitlichen Zwangsmaßnahmen.

Da die "BRD" kein Staat ist, gibt es im "BRD"-System keine Ämter sondern bestenfalls "Verwaltungen" oder "Behörden".

Der Begriff "Amt" ist zwar handelsrechtlich nicht geschützt und so kann handelsrechtlich gesehen jeder seine Firma "Amt", "Amtsgericht", "Kraftfahrtamt" oder "Finanzamt" u.s.w. nennen.

Wer allerdings seine Firma beispielsweise "Amtsgericht" oder "Finanzamt" nennt, ohne daß es sich dabei um wirkliche, das heißt staatliche Ämter mit vom Staate berufenen Beamten handelt, begeht zwei Straftaten, nämlich "Täuschung im Rechtsverkehr" und "Amtsanmaßung".

Alles was unter diesen Tatbeständen ausgeführt wird, ist rechtsungültig. Damit die Akteure des "BRD"-Systems aus den Tatbeständen "Täuschung im Rechtsverkehr" sowie "Amtsanmaßung" herauskommen, werden nunmehr allmählich die Begrifflichkeiten geändert, die einzelnen Unterfirmen, die früher noch als "Ämter" bezeichnet wurden, werden allmählich umbenannt:

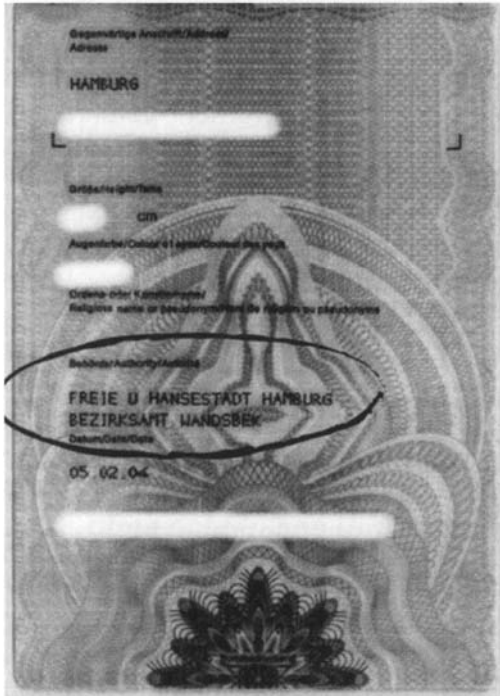
Beispielsweise	>	"Agentur für Arbeit", "Jobcenter"
Arbeitsamt		
<u>Einwohnermeldeamt</u>	>	"Bürgerservice"
<u>Sozialamt</u>	>	"ARGE GmbH"
<u>Gewerbeamt</u>	>	"Abteilung Gewerbe"
<u>Amtsgericht</u>	>	"Justizzentrum"
<u>Postamt</u>	>	"Post AG"
<u>Finanzamt</u>	>	"Finanzverwaltung"

aus Aktenzeichen wurden Geschäftszeichen, etc..

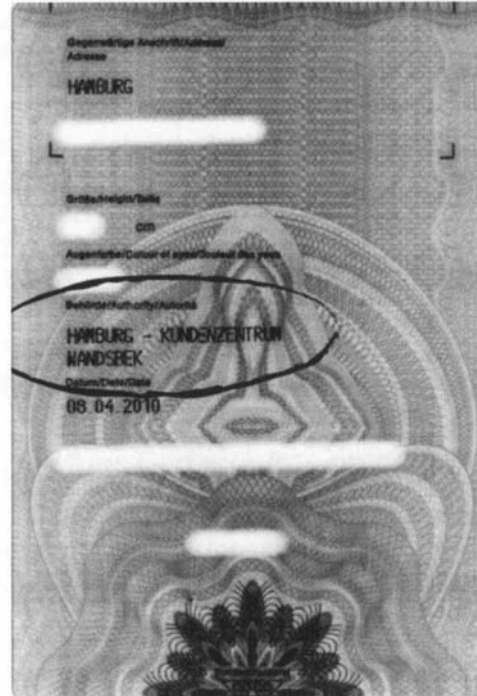
Folgerichtig werden im jeweiligen Impressum von "BRD"-Unterfirmen nicht etwa Amtsvorsteher benannt sondern "Geschäftsführer".

Dabei sollte man nicht dem Irrtum unterliegen, es habe sich früher bei den genannten Institutionen um Ämter gehandelt, die jetzt privatisiert worden sein. Nein, es waren seit Gründung der "BRD" schon immer Firmen, nur werden jetzt die Bezeichnungen angepaßt!

Den Vogel in dieser Hinsicht schießt die Stadt Hamburg ab. Stand beispielsweise vormals in den "Bundespersonalausweisen" unter "ausstellender Behörde" "Freie und Hansestadt Hamburg, Bezirksamt Wandsbeck", findet sich heute der Eintrag "Kundenzentrum Wandsbeck".



Rückseite "Bundespersonalausweis" ausgestellt vom Bezirksamt Wandsbeck



Rückseite "Bundespersonalausweis" ausgestellt vom Kundenzentrum Wandsbeck

Man kann definitiv nicht mehr sagen, man werde betrogen oder getäuscht. Die Dinge werden inzwischen offen vorgetragen.

Aufgrund des Firmencharakters der "BRD" haben Gesetze dieser Firma den Charakter von Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Die obersten Repräsentanten der Firma "BRD" sind lediglich eine Geschäftsführung und keine "Staatsoberhäupter" und keine "Verfassungsorgane".

Hieraus ergibt sich auch, daß Stellen der sogenannten "BRD" keinerlei Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt gegenüber jedweden Personen haben.

Wer aber keine Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt hat, kann maximal geschäftliche Angebote machen.

Diese kann man annehmen oder auch ablehnen.

Die Einhaltung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" ist nur dann nötig, sofern man eine Geschäftsbeziehung mit der Firma "BRD", oder einer ihrer Unterfirmen eingegangen ist, wozu niemand gezwungen werden kann.

Man kann es nicht oft genug wiederholen:

"BRD"-Stellen haben keinerlei Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt!

Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die sogenannte "Bundesrepublik Deutschland" eine Personengesellschaft, genauer gesagt, eine Firma mit der Struktur einer GmbH ist.

Man kann deshalb völlig zu Recht von einer "BRD"-GmbH sprechen.

Da die sogenannte "BRD" lediglich eine Firma ist, dennoch aber den Schein erweckt, ein Staat zu sein, betreiben die Repräsentanten der Firma "BRD" eine Staatssimulation. Wer eine Staatssimulation betreibt, maßt sich an, schwere Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte vom Menschen vorzunehmen und erweckt dabei den Anschein, hierzu legitimiert zu sein.

Eine Staatssimulation ist somit eine schwere Form organisierter Kriminalität!

Es handelt sich folglich bei den Akteuren des "BRD"-Systems um Schwerstkriminelle, sofern sie wissentlich den Anschein erwecken, sie seien legitimiert, hoheitlich zu handeln.

6.1. Der rechtliche Trick zur Versklavung

Um die Menschen im Besatzungsgebiet zu versklaven, wurde eine sehr interessante juristische Konstruktion entwickelt.

Wie bereits dargelegt, unterscheiden die Juristen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Eine natürliche Person ist ein beseeltes Wesen, sie hat unveräußerliche bürgerliche Rechte. Ein Mensch kann dabei die Rechte einer natürlichen Person nur wahrnehmen, wenn staatliche Stellen dies gewährleisten. Ein Mensch kann somit nur in Wechselbeziehung zu einem Staat eine natürliche Person sein.

Natürliche Personen haben Vornamen und Familiennamen.

Demgegenüber haben juristische Personen NAMEN (und keine Familiennamen).

Da die "BRD" eine Firma ist, kann sie in jedem Menschen nur jeweils eine juristische Person sehen. Das bedeutet, daß die Firma "BRD" aus jedem von uns eine juristische Person, also juristisch gesehen eine Ein-Mann-Firma macht.

Als Name für diese Firma wird der Familiennamen des Betreffenden ohne sein Wissen verwendet. Mit dieser so entstandenen Ein-Mann-Firma gestaltet die Firma "BRD" dann diverse Geschäftsbeziehungen.

Auch im sogenannten "Bundespersonalausweis" findet man diese Kriterien einer juristischen Person erfüllt.

Allein die Kategorie "NAME" (und nicht Familiennamen) ist Beleg dafür, daß hier eine juristische Person benannt wird.

Aus den genannten Gründen wird man vom "BRD"-System auch in der Regel in der folgenden Form angeschrieben: beispielsweise:

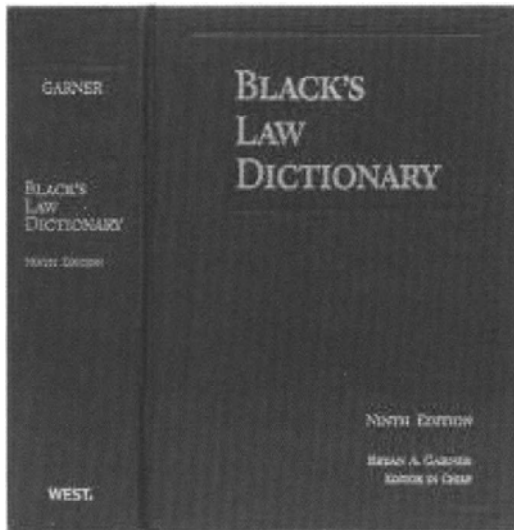
"Sehr geehrter Herr MUSTERMANN, Max"

Auch auf Gerichtsurteilen von "BRD"-Gerichten ist angegeben, daß beispielsweise nicht in der Angelegenheit Müller gegen Meier, sondern in Sachen MÜLLER gegen MEIER verhandelt wird!

Die Schaffung der rechtlichen Grundlagen hierfür hat eine sehr lange Vorgeschichte. Es ist der Weg zur modernen Sklaverei. Die rechtlichen Grundlagen hierfür gehen unter anderem auf den Vertrag von Verona vom 03.10.1213 zurück. Die Regelungen, mit deren Hilfe einer natürlichen Person unwissentlich eine gleichnamige juristische Person übergestülpt wird, wodurch sie zu einer Sache gemacht wird, und dies durch eine entsprechende Schreibweise kenntlich gemacht wird, finden sich unter anderem im Black's Law Dictionary.

Zitat:

"Die Großschreibung der Buchstaben des Familiennamens einer natürlichen Person ergibt eine Verminderung oder den vollständigen Verlust des rechtlichen Status dieser natürlichen Person oder einer Staatsbürgerschaft, wobei man ein Sklave, beziehungsweise ein Element der Inventur wird".



Black's Law Dictionary

Das Black's Law Dictionary wurde von Henry Campell Black herausgegeben. Die erste Ausgabe erschien 1891, die zweite Ausgabe 1910.

Die aktuelle neunte Ausgabe erschien im Jahre 2009

Das Black's Law Dictionary ist das maßgebende Standard-Rechtswörterbuch für die Juristen der USA. Es wurde in vielen Fällen vom Supreme Court als juristische Autorität zitiert.

Der rechtliche Akt, mit dem man sich selbst im "BRD"-System zur juristischen Person, das heißt zur Sache und somit zum Sklaven macht, ist die Beantragung eines "Personalausweises".

Dies tun die meisten Menschen aufgrund entsprechender Unkenntnis freiwillig und zahlen hierfür noch!

Auf dem "Personalausweis" findet sich dementsprechend die Inventur-Nummer des Antragsstellers.

Es kann also niemand behaupten, er sei zu einer Geschäftsbeziehung mit dem "BRD"-System gezwungen worden.

Wenn man sich gegenüber einem "BRD"-Richter, einem "BRD"-Polizisten" oder einer sonstigen "BRD"-Stelle mit einem "Personal-Ausweis ausweist, behauptet man damit, daß man eine juristische Person, das heißt eine Sache (respektive Sklave beziehungsweise Personal) der Firma "BRD" ist, und man bittet damit gleichzeitig darum, daß die Firmenregeln der Firma "BRD" auf einen angewendet werden.

Das Problem ist nun, daß juristische Personen beziehungsweise Sachen oder Firmen keinen Anspruch auf die Gewährung der Bürger,- Freiheits- und Menschenrechte haben, wie sie in den ersten Paragraphen des staatlichen BGB postuliert werden.

Aus diesen Gründen wird beispielsweise ein Strafantrag eines "BRD"-Personalangehörigen beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag nicht bearbeitet, da "BRD"-Personalangehörige dort als Sache, beziehungsweise als Geschäftsführer einer Ein-Mann-Firma auftreten, und nicht als natürliche Personen beziehungsweise als Menschen.

Zusammengefaßt bedeutet dies alles, daß das bestehende Recht dazu benutzt wurde, um aus Menschen Sachen beziehungsweise Sklaven zu machen. Man muß sich verdeutlichen:

Menschen und Bürger haben Rechte und müssen gefragt werden.

Personal und Sklaven haben keine Rechte und werden angewiesen.

Da man aus den Menschen im Besatzungsgebiet juristisch Sachen beziehungsweise Sklaven gemacht hat, haben diese dann auch keine verbrieften Rechte. Alle Rechte, wie Recht auf Eigentum, Recht auf Familiengründung, Recht auf Bildung, auf körperliche Unversehrtheit, etc. etc. werden nur dem Schein nach, sozusagen auf Kulanzbasis gewährt. Diese Scheinrechte können jederzeit verweigert werden, und werden, wenn es darauf ankommt, auch nicht gewährt.

In einer Firma entscheidet nun einmal die Geschäftsführung was gemacht wird, und nicht das Personal!!

Rein rechtlich ist die Versklavung bereits komplett geregelt, und so muß man sich nicht wundern, daß im "BRD"-System

- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes keine Volksentscheide durchgeführt werden, noch nicht einmal die rechtlichen Grundlagen hierfür geschaffen werden,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes Mitte der 50-er Jahre eine Wiederbewaffnung umgesetzt wurde, und in der Folge eine Westintegration und NATO-Mitgliedschaft vorangetrieben wurde,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes Atomwaffen der USA noch heute im Besatzungsgebiet lagern,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes eine Einführung der Atomkraft betrieben wurde,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes eine Einführung der Gentechnik in der Lebensmittelherstellung und in der Landwirtschaft betrieben wurde,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes ein Impfwang realisiert wird,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes eine Firma "BUNDESWEHR" Krieg führt (Afghanistan, Kosovo, Irak, Libyen) und Kriegsverbrechen begeht, und daß bei Begehung von Kriegsverbrechen (wie in Kunduz, wo über einhundert Zivilisten massakriert worden sind) noch nicht einmal eine Gerichtsverhandlung stattfindet,
- die D-Mark gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes durch ein anderes "Zahlungsmittel" ersetzt wurde,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes "EU"-Verträge geschlossen werden, durch die die Grundrechte abgeschafft werden (Verträge von Maastricht, Lissabon etc.),
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes eine Osterweiterung der EU betrieben wurde,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes eine "EU"- Mitgliedschaft der Türkei betrieben wird,
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes eine Militarisierung der Firma "EU" betrieben wird ("EUROGENDFOR"),
- gegen den mehrheitlichen Willen des Volkes "Euro-Rettungsschirme" fabriziert werden,
- ohne Befragung des Volkes eine Einführung der Gesamtschule/Einheitsschule betrieben wurde.
- ohne Befragung des Volkes eine "Rechtschreibreform" realisiert wurde,
- ohne Befragung des Volkes Waffenlieferungen in Spannungsgebiete unter eindeutigen Verstoß gegen Art. 26 "GG" und das "Kriegswaffenkontrollgesetz" durchgeführt werden, etc. etc.

Die Liste ließe sich beliebig weiterführen.

Auf der Basis der genannten rechtlichen Grundlagen wurde schließlich im "BRD"-System eine Form der "Demokratie" installiert, deren Besonderheit es ist, keine Demokratie zu sein:

Jedoch auch in diesem Bereich wird man nicht betrogen, es ist hilfreich, sich darauf zu besinnen, daß die deutsche Sprache sehr präzise ist:

Man geht in ein Wahllokal (Definition: Ort zur allgemeinen Erheiterung und Bembelung der Sinne), man gibt dort seine Stimme ab, die Stimme landet in einer Urne (Definition: Ort zur Aufbewahrung sterblicher Überreste) womit man dann seine Mitsprache- und Einflußmöglichkeiten aus eigener Initiative heraus aufgegeben hat. Auch in diesem Falle kann man nicht sagen, man sei betrogen worden, allein die Kenntnis der deutschen Sprache ermöglicht jedermann, die geschilderten Sachverhalte zu durchschauen.

Es ist also zusammenfassend wichtig, sich zur natürlichen Person zu erklären, sofern man sich vom "BRD"-Versklavungssystem und damit vom weltweiten Versklavungssystem abkoppeln möchte.

Hierzu findet man über das Internet zuhauf Anregungen unter dem Stichwort "Erklärung zum veränderten Personenstand".

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, daß das, was in Deutschland gemacht wurde, nunmehr weltweit ausgedehnt wird.

Das Muster für die Versklavung ist immer das Gleiche:

Es werden die demokratisch verfaßten Staaten handlungsunfähig gestellt, und eine Firmenkonstruktion darüber gesetzt, mit deren Hilfe man die Menschen versklavt. Genau dies wird europaweit mittels der sogenannten "Europäischen Union" gemacht. Auch die "EU" ist kein Staat, sie ist eine Firmenkonstruktion, die "EU" hat keine Verfassung, und ihre Entscheidungsträger sind nicht demokratisch legitimiert (oder haben sie beispielsweise den sogenannten "EU-Präsidenten" oder den "EU-Kommissar" wählen können?).

Auch Stellen der "EU" haben keinerlei Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt.

"Personalausweise" gibt es neuerdings auch in Polen, Österreich und Belgien. Es wird in ihnen auch die Staatsangehörigkeit nicht mehr korrekt eingetragen (beispielsweise, nicht mehr "Königreich Belgien" sondern nur noch "Belgien", nicht mehr "Republik Österreich" sondern nur noch "Österreich", und nicht mehr "Republik Polen" sondern nur noch "Polen").

Randglosse

Einige Leser haben sich sicher schon einmal gefragt, weshalb das Firmenlogo der "EU" zwölf Sterne enthält?

Bei Gründung der "EU" gab es sechs Mitglieder, aber man hatte damals bereits als Firmenlogo zwölf Sterne, heute hat die "EU" 27 Mitglieder und immer noch sind es 12 Sterne.

In diesem Zusammenhang erscheint es durchaus recht interessant, was eine konservative Zeitung hierzu schreibt:

"Die Zwölfzahl der Sterne ist ein Hinweis auf die zwölf Stämme Israels und somit auf das auserwählte Volk Gottes."

("Die Welt" vom 26.09.1998 Seite 12)

Es erhebt sich nun die Frage, was hat die Firma "EU" - oder was haben wir mit Israel und dem angeblich "auserwählten Volk Gottes" zu tun?

6.2. Das Fehlen von Hoheitszeichen

Auf der Vorderseite von Reisepässen und internationalen Urkunden von Staaten muß ein einheitliches Staatssymbol (Hoheitszeichen) vorhanden sein. Ein solches Hoheitszeichen hat jeder Staat.

Man stelle sich beispielsweise einmal vor, daß das Ahornblatt der kanadischen Staatsflagge mal durch ein Kastanienblatt oder mal wieder durch ein Eichenblatt ersetzt werden würde. Niemand würde diesen Quatsch - und damit diesen Staat - noch ernst nehmen.

Im "BRD"-System wird jedoch eine ganze Reihe von Adlern verwendet, deren Ausgestaltung offenbar mehr der künstlerischen Freiheit unterliegt, als irgendwelchen hoheitlichen Regelungen.

Auf der Vorderseite von Reisepässen muß das gültige Wappen eines Staates abgebildet sein, und zwar des Staates, der den Paß ausgestellt hat. Für die Vorderseite des Reisepasses der "BRD" wird der Reichsadler (mit zwölf Federn) verwendet, wie er in der Zeit von 1919 bis 1933 das rechtsgültige Hoheitszeichen des Deutschen Reiches war.

Die "BRD" muß diesen Reichsadler verwenden, da sie kein eigenes Staatssymbol hat, da sie schließlich kein Staat ist.



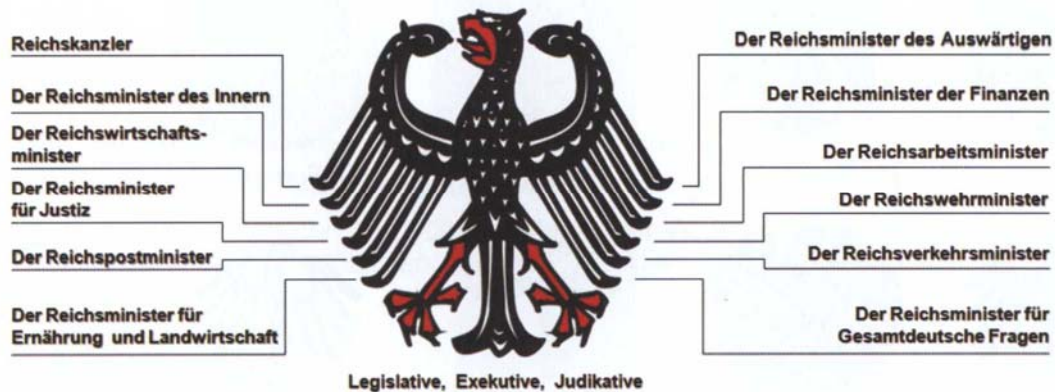
***Reichsadler der Weimarer Republik
mit zwölf Federn (sechs an jeder Schwinge)
(wird von der "BRD"-GmbH auf Urkunden und der Vorderseite von Reisepässen
verwendet - da die "BRD" kein eigenes Staatswappen hat)***

Der Reichsadler der Weimarer Republik ist somit das einzige gültige Hoheitszeichen für deutsche Dokumente. Man beachte: Es handelt sich um den Reichsadler und nicht um einen "Bundes"-Adler.

Die Gestaltung dieses Reichsadlers hat seine Bedeutung: Die zwölf Federn stehen symbolisch für die zwölf Ministerien, die dreigeteilte Schwanzfeder für die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative.

Interessanterweise wird auf der Innenseite des "BRD"-Reisepasses ein Adler mit 14 Federn verwendet, ebenso auf dem sogenannten "Bundespersonalausweis". Dies ist ein interessanter Punkt, da auch im sogenannten "Dritten Reich" ein Adler mit 14 Federn Verwendung fand, und das ist schon eine etwas merkwürdige Parallele.

Die 12 Reichsministerien in grafischer Darstellung und Anordnung ab 1919



Reichsadler der Weimarer Republik mit zwölf Federn mit Bedeutungserklärung des Symbolanteile.

Im Folgenden finden Sie eine kleine Auswahl der von Stellen der "BRD" weiterhin verwendeten Adler-Symbole, bei denen es sich ausnahmslos um diverse Firmenlogos von "BRD"-Unterfirmen handelt.

Neben dem Reichsadler gibt es noch weitere verwendete Adlersymbole: Die Uneinheitlichkeit dieser Zeichen beweist, daß die "BRD" kein eigenes Hoheitszeichen hat, da es sich bei der "BRD" nicht um einen Staat handelt.



*Reichswappen
ab 1928;
von "BRD"-Stellen
ebenfalls verwendet*



*Logo der Firma
"BUNDESPRÄSIDENT"*



*sogen. "Bundes"-Siegel
(Adler mit 14 Federn)*



*ein weiterer sogen.
"Bundes"-Adler
(mit 10 Federn)*



*Logo der Firma
"BUNDESTAG"
(14 Federn)*



*Logo der Firma
"BUNDESWEHR"
(Adler mit 10 Federn)*

Weitere Varianten:



(8 Federn)



(10 Federn)



(12 Federn)



(14 Federn)



(10 Federn)
mal mit Blick
nach rechts



(10 Federn)



(4 Federn; auf
"Bundes-
personalausweis")



(10 Federn)



Weitere mannigfaltige Varianten

Zusammenfassung

Da die "BRD" kein Staat ist, hat sie auch kein eigenes, einheitliches Hoheitszeichen. Die "BRD" verwendet auf der Vorderseite von Reisepässen und Urkunden den Reichsadler des Deutschen Reiches aus der Zeit der Weimarer Republik. Einen "Bundes"-Adler gibt es nicht.

6.3. Ungültigkeit von "BRD"-Pässen und Ausweisen

In Reisepässen muß zwingend die Staatsangehörigkeit des Inhabers angegeben sein. In den Reisepässen der "BRD" wird die Staatsangehörigkeit mit "DEUTSCH" angegeben.

Dies ist absolut unzulässig, da ein Staat namens "DEUTSCH" nicht existiert. Nebenbei bemerkt ist die Angabe "DEUTSCH" im nationalen und internationalen Rechtsverkehr irreführend, da ja beispielsweise Österreich, sowie der völkerrechtlich nach wie vor existierende Staat "Freistaat Danzig" auch deutsche Staaten sind.

Interessanterweise sind sämtliche Reisepässe der Firma "BRD" selbst nach "BRD"-Firmenrecht ungültig. Dies ergibt sich aus dem "BRD"-Paßgesetz §4 Punkt 10, da die Staatsangehörigkeit auch in einem "BRD"-Reisepaß verbindlich angegeben werden muß.

(siehe G. v. 19.04.1986 BGBl. I S. 537; zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 2 G. v. 30.07.2009 BGBl. I S. 2437; Geltung ab 01.01.1988)

Da für den Reiseverkehr in den meisten europäischen Ländern der sogenannte "Bundespersonalausweis" als Paßersatz gilt, sind auch sämtliche

"Bundespersonalausweise" nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" ungültig. Schließlich wird auch in den sogenannten "Bundespersonalausweisen" keine Staatsangehörigkeit angegeben.

Abschließend sei angemerkt, daß es auf der ganzen Welt nur drei Farben für Reisepässe gibt:

Blau: Bürger unabhängiger Staaten und Diplomaten,

Grün: provisorische Reisepässe, längstens ein Jahr gültig.

Rot: Abhängige Staaten, die sich der Charta der Vereinten Nationen uneingeschränkt untergeordnet, und sich dem Joch der SHAEF-Gesetze unterworfen haben.

Zusammenfassung

Die Vorlage eines "BRD"-Ausweises oder "BRD"-Passes ist in dreifacher Hinsicht peinlich, erstens weist man sich (durch die rote Farbe) als Angehöriger eines nicht souveränen Verwaltungskonstruktes aus, zweitens weist man sich als juristische Person, beziehungsweise als Sache / Sklave aus, und drittens ist der "BRD"-Paß selbst nach den AGB's der Firma "BRD" ungültig, da darin keine gültige Staatsangehörigkeit angegeben ist.

6.4. Rechtsstellung von "BRD"-Bediensteten und der "Bundes"- "Regierung" gegenüber dem Ausland

Die Tatsache, daß die sogenannte "BRD" kein Staat ist, hat natürlich weitere weitreichende Konsequenzen:

Es gibt beispielsweise keine Beamten im sogenannte "BRD"-System, da nach völkerrechtlichen Kriterien ein Beamter nur durch einen Staat berufen werden kann und selbst Staatsbürger des berufenden Staates sein muß.

Aus dem bisher Geschilderten folgt zwingend, daß kein "Richter", kein "Polizist", kein "Staatsanwalt" oder sonstiger "BRD"-Funktionsträger, Staatsbürger der sogenannten "BRD" sein kann, und daß diese Personen somit keine Beamte der "BRD" sind.

Da die sogenannte "BRD" lediglich eine Firma und kein Staat ist, kann sie zudem kein Vollmitglied bei den Vereinten Nationen sein. Sie hat dort lediglich den Status einer NGO (NGO = Non Gouvernement Organisation = Nichtregierungsorganisation).

Wenn man bis Anfang 2012 auf der Homepage der UN unter United Nations Departement of Economic and Social Affairs und nach Germany recherchiert hatte, fand man dort den Eintrag namens "Germany" als nicht Regierungsorganisation:

<http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfileDetails&sessionCheck=false&profileCode=43653>

Organization name:	Germany
Headquarters address	
Address:	Not Available
Country:	Not Available
Organization type:	Non-governmental Organization
Languages:	English.

Merkwürdigerweise ist dieser Eintrag im Frühjahr 2012 gelöscht worden. Unabhängig hiervon findet man unter

<http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfileDetails&profileCode=43263>

das "BRD"-Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz dort ebenfalls als NGO:

Organization 's name:	Germany - Federal Ministry of Consumer Protection, Food and Agriculture
Headquarters address	
Address:	Not Available
Country:	Not Available
Organization type:	Non-governmental Organization
Languages:	English.

Eine besondere Kuriosität ist ein merkwürdiger Bestandteil des Protokolls der UN. Die Fahnenreihe vor dem UN-Gebäude in New York enthält gleich neben der Flagge der USA die schwarz-weiß-rote Flagge des Deutschen Kaiserreiches. Wenn Repräsentanten der "BRD" zu den Vereinten Nationen anreisen und an Sitzungen teilnehmen, wird diese Flagge eingeholt und die schwarz-rot-goldene Flagge der Weimarer Republik (die sich die "BRD" unrechtmäßig angeeignet hat) gehißt. Nach Abreise der "BRD"-Repräsentanten wird die Flagge der Weimarer Republik wieder eingeholt und die schwarz-weiß-rote Flagge des Deutschen Kaiserreiches erneut gehißt.

Dies darf als Beleg gelten, daß die sogenannte "BRD" auch bei den UN nicht als ein Staat oder vollwertiges Mitglied, sondern nur als ein Verwaltungsprovisorium angesehen wird.

Darüber hinaus dürfen sich die obersten Repräsentanten der "BRD" im Ausland nirgendwo als Repräsentanten von "Deutschland" bezeichnen.

Man kann es nicht oft genug wiederholen:

Die "BRD" ist eine Firma in Deutschland, sie ist jedoch nicht Deutschland!

6.5. Rechtsstellung von Polizisten im "BRD"-System

Die Tatsache, daß die sogenannte "BRD" kein Staat ist, und keinerlei Legitimation für hoheitliches Handeln besitzt, hat erhebliche Konsequenzen insbesondere für die Arbeit von "Polizisten" im "BRD"-System:

Zunächst sind "Polizisten" im "BRD"-System keine Beamten. Schließlich sind sie keine Staatsbürger der "BRD" und können deshalb keine Beamten der "BRD" sein. Deshalb haben "BRD"-Polizisten auch Dienstaussweise und keine Amtsaussweise.

Die Angehörigen der "BRD"-Polizei sind deshalb einem Werkschutz oder privaten Sicherheitsdienst gleichzusetzen. Sie haben keine Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt.

Rechtlich genau betrachtet, handeln Polizeibedienstete im "BRD"-System als Privatpersonen, die verpflichtet sind, sich über ihren rechtlichen Status eigenverantwortlich Klarheit zu verschaffen, wobei sie gegebenenfalls persönlich haften (gem. §§ 823 und 839 BGB).

Da die "BRD" kein Staat ist, gibt es folgerichtig im "BRD"-System keine Staatshaftung.

Die Polizisten im "BRD"-System müssen sich deshalb private Berufshaftpflichtversicherungen zulegen, was natürlich auch absolut unwürdig ist.

Als Besonderheit unter den polizeiähnlichen Firmen, hat sich das sogenannte "BKA", entgegen dem Grundsatz der Gewaltenteilung, Befugnisse aller drei Gewalten verschafft und sich dadurch im Stil von Gestapo und Stasi gleich ganz von jeglicher Legitimationspflicht abgekoppelt.

(vgl. BGBl. 2008 Teil I, Nr. 66 vom 31.12.2008)

Um zu verhindern, daß andere Privatleute ebenfalls einen Sicherheitsdienst eröffnen, und diesen "Polizei" nennen, ist der Begriff "Polizei" durch das sogenannte "Bundesland Bayern" beim Deutschen Patentamt in München handelsrechtlich geschützt worden (Aktenzeichen "30243782").

Die Abwicklung der Anmeldung lief über die Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT in Bremen.

Das sogenannte "Bundesland Bayern" ist somit Markeninhaber. Die anderen sogenannten "Bundesländer" haben mit dem sogenannten "Bundesland Bayern" hierüber entsprechende Nutzungsvereinbarungen.

Registernummer: 30243782

Marke eingetragen

Stand am: 20.11.2012

Stammdaten Details schließen			
INID	Kriterium	Feld	Inhalt
	Datenbestand	DB	DE
111	Registernummer	RN	30243782
210	Aktenzeichen	AKZ	302437827
540	Wiedergabe der Marke	WM	POLIZEI
550	Markenform	MF	Wortmarke
220	Anmeldetag	AT	04.09.2002
151	Tag der Eintragung im Register	ET	01.08.2006
156	Verlängerung der Schutzdauer	VBD	01.10.2012
730	Inhaber	INH	Freistaat Bayern, vertreten durch den Staatsminister des Innern, 80539 München, DE
740	Vertreter	VTR	BOEHMERT & BOEHMERT, 28209 Bremen, DE
750	Zustellanschrift	ZAN	Anwaltssozietät BOEHMERT & BOEHMERT, Postfach 107127, 28071 Bremen
	Version der Nizza-Klassifikation		NCL8
511	Klasse(n) Nizza	KL	38 , 9, 16
	Aktenzustand	AST	Marke eingetragen
180	Schutzendedatum	VED	30.09.2022
450	Tag der Veröffentlichung	VT	01.09.2006
	Beginn Widerspruchsfrist	BWT	01.09.2006
	Ablauf Widerspruchsfrist	EWT	01.12.2006
510	Waren- / Dienstleistungsverzeichnis	WDV	Klasse(n) Nizza 09: Registrierkassen, Rechenmaschinen, Brillen Klasse(n) Nizza 16: Papier, Pappe (Karton) und Waren aus diesen Materialien, soweit in Klasse 16 enthalten; Sch (ausgenommen Möbel) Klasse(n) Nizza 38: E-Mail-Datendienste

Registerrauskunft des Patentamtes München zur Wortmarke "Polizei".

In diesem Zusammenhang ist das Beispiel des sogenannten "Bundesgrenzschutzes" sehr interessant. Da die "BRD" kein Staat ist und kein Territorium, und somit keine Außengrenzen hat, ist diese Sicherheits-Firma von vormals "Bundesgrenzschutz" kurzerhand in "Bundespolizei" umbenannt worden.

In den vergangenen Jahren sind im "BRD"-System einige polizeiähnliche Firmen gegründet worden, in vielen Städten sieht man eine "Stadtpolizei" oder eine Sicherheits-Firma namens "Ordnungsamt".

Kaum jemand weiß, wem diese Sicherheitsfirmen unterstehen und welche Befugnisse sie haben.

Zudem gibt es im "BRD"-System ein heilloses Durcheinander, was die Gestaltung und das Aussehen der Uniformen angeht. Jede lokale polizeiähnliche Sicherheitsfirma hat offenbar ihr eigenes "Design"!

Die privatrechtliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse der Polizeibediensteten im "BRD"-System geht teilweise soweit, daß die meisten Angehörigen ihre Uniform selbst kaufen müssen, und als Ein-Mann-Firma der jeweiligen polizeiähnlichen Firma angeschlossen werden.

Der Umgang mit dieser Berufsgruppe zeigt einmal mehr, wie verantwortungslos die Drahtzieher des "BRD"-Systems sich verhalten. Sie lassen die Polizeibediensteten auf die Menschheit los, ohne die nötigen Rechtsgrundlagen herzustellen und ohne diese Personen auch nur ansatzweise rechtlich zu schützen.

6.6. Rechtsstellung der Firma "BUNDESWEHR"

Besonders brisant ist in diesem Zusammenhang die rechtliche Situation von "BUNDESWEHR"-Angehörigen.

Da die "BRD" kein Staat ist, kann sie auch keine reguläre Armee im Sinne des Völkerrechts (Haager Landkriegsordnung, Genfer Konvention) unterhalten. Es handelt sich somit bei der sogenannten "BUNDESWEHR" völkerrechtlich betrachtet eindeutig um eine reine Söldnertruppe.

Die sogenannte "BUNDESWEHR" ist eine Söldnertruppe einer Firma (der Firma "BRD"), und steht unter dem Oberbefehl der USA.

Der Söldnercharakter der Firma "BUNDESWEHR" zeigt sich darin, daß die in der Genfer Konvention genannten Kriterien für Söldner von ihr erfüllt werden. Ein besonderes Kriterium ist dabei, daß die Angehörigen der Firma "BUNDESWEHR" keine Angehörigen einer staatlichen Armee sind und durch den Einsatz im Ausland erhebliche materielle Vorteile in Anspruch nehmen.

(vgl. Genfer Konvention Teil III Abschnitt 2 Artikel 47, Satz 2 Punkt a-f)

Die "BUNDESWEHR"-Angehörigen werden deshalb vor der Teilnahme an Kriegen schriftlich belehrt, und müssen für die Belehrung ihren Vorgesetzten gegenüber unterschreiben, daß sie keinen Anspruch darauf haben, nach der Genfer Konvention als Kriegsgefangene oder Kombattanten behandelt zu werden.

Selbstverständlich bleiben diese Dokumente dann unter Verschuß.

Sofern Angehörige der Söldnertruppe "BUNDESWEHR" in Gefangenschaft geraten, haben sie keinen Anspruch darauf, gemäß der Genfer Konvention als Kriegsgefangene

behandelt zu werden. Solche Personen werden auch nicht aus der Gefangenschaft frei gehandelt, sondern sie werden frei gekauft.

In den zahlreichen Gegenden dieser Welt, in denen die Söldnertruppe "BUNDESWEHR" Krieg führt, ist dies auch bereits hundertfach geschehen.

Der gegenwärtig brisanteste Kriegsort, an dem die Firma "BUNDESWEHR" Krieg führt, ist Afghanistan. Vor wenigen Jahren wurden dort über einhundert Zivilisten von der Firma "BUNDESWEHR" massakriert, bis heute hat es hierzu keine Gerichtsverhandlung gegeben!

Zudem ist die Begründung für den Afghanistankrieg der sogenannte "11. September", bei dem offensichtlich ist, daß die offizielle Erklärungsversion, die die Grundlage zur Kriegsführung ist, erstunken und erlogen ist.

Man kann sich einmal fragen, wieso in New York am "11. September" drei Wolkenkratzer eingestürzt sind, wo es doch nur zwei Flugzeugeinschläge gegeben haben soll. Dabei ist auch der dritte Wolkenkratzer in der Geschwindigkeit des freien Falles eingestürzt.

Es fragt sich, warum wir in einer Endlos-Schleife in den gleichgeschalteten "BRD"-Medien die Einstürze der zwei Wolkenkratzer gezeigt bekommen und nicht den Einsturz des dritten.

(Im offiziellen Untersuchungsbericht der offiziellen Untersuchungskommission wurde der Einsturz des dritten Wolkenkratzers noch nicht einmal erwähnt).

Man kann sich auch fragen, wie ein Flugzeug mit über 10 Metern Durchmesser in einem nicht mal 5 Meter breiten Loch im "Pentagon" verschwindet, ohne daß Flugzeugteile, Gepäck oder Leichen gesehen wurden, und dort, wo in dem Gebäude die Triebwerke hätten einschlagen müssen, noch nicht einmal die Fensterscheiben beschädigt waren, zumal die Triebwerke das einzige Stabile und Schwere an einem Flugzeug sind, da sie aus gehärtetem Material bestehen. Und überhaupt, wieso gibt es vom meistbewachten Gebäude der Welt keine Bildaufnahmen über den Einschlag eines angeblichen Flugzeuges ?

Man braucht zur Beurteilung dieser Ereignisse keine Spezialkenntnisse, beispielsweise wer wann welchen Funkspruch abgesetzt hat und wer in welcher Flugüberwachungsanlage wann eine Pinkelpause gemacht hat. Es genügt einfach nur, die Eckdaten zu registrieren und seinen eigenen gesunden Menschenverstand zu benutzen und die Wahrheit ist immer sichtbar! Es ist auch überhaupt nicht notwendig, Erklärungsversuche zu geben, wie die Geschichte abgelaufen sein könnte. Es reicht die Offensichtlichkeit anhand der einfachsten Eckdaten, daß die offizielle Erklärung für den "11. September", welche als Kriegsvorwand herhalten mußte, eine gigantische Lüge ist.

Man kann es nicht deutlich genug sagen: Die Teilnahme der Firma "BUNDESWEHR" am Afghanistankrieg ist ein Verbrechen allererster Ordnung!

Es kann kein Zweifel darin bestehen, daß die Afghanen, die dort ihr Land verteidigen und auf Angehörige der Firma "BUNDESWEHR" schießen, eindeutig im Recht sind, und zwar völkerrechtlich wie auch moralisch!

Um dies zu verschleiern wird im "BRD"-System, insbesondere in den gleichgeschalteten "BRD"-Medien gebetsmühlenartig wiederholt, bei dem Krieg in Afghanistan handele es sich nicht etwa um eine Vermarktungsaktion für das zentralasiatische Öl, nein es gehe lediglich um eine humanitäre Aktion, damit dort junge Mädchen nun auch in die Schule gehen dürfen etc..

Die meisten Leser erinnern sich vermutlich noch an die Lügen des Jahres 2003 der Herren Powell und Blair, es gebe Beweise, daß im Irak Massenvernichtungswaffen lagerten.

Die Behauptung, es gebe im Irak derartige Waffen, wurde als Vorwand für den Irak-Krieg benutzt. Bis heute wurden jedoch keine derartigen Waffen dort gefunden.

Für das, was die beiden Herren verbrochen haben, sind seinerzeit entsprechende Verantwortliche in Nürnberg gehängt worden.

(vgl. Zeit online vom 19.06.2012)

Inzwischen ist bekannt geworden, daß auch Angehörige der Firma "BUNDESWEHR" am Irak-Krieg beteiligt sind.

(vgl. "Süddeutsche Zeitung" 10.05.2010)

sowie

"DER SPIEGEL" 09.Juni 2006)

Mindestens 500.000 Iraker, vermutlich über eine Million Iraker sind in diesem Krieg ums Leben gekommen.

(vgl. "THE LANCET", vom 13.10.06)

sowie

(Iraq Body Count Company Limited by Guarantee (No. 6594314) registered in England and Wales Registered address: PO Box 65019 Highbury Delivery Office Hamilton Park, London N5 9BG)

Auch die Iraker, die ihr Land verteidigen, und auf die US-Besatzer sowie auf Besatzer der Firma "BUNDESWEHR" schießen, sind damit völkerrechtlich und moralisch im Recht!

Aber die Situation um die Firma "BUNDESWEHR" ist noch weitaus brisanter! Wie in den vorausgegangenen Kapiteln dargestellt wurde, ist das Besatzungsrecht in Deutschland formalrechtlich in vollem Umfang in Kraft und wird auch umfassend angewandt.

Die Firma "BUNDESWEHR" steht dabei unter dem Oberbefehl der USA. Gemäß dem Völkerrecht (Haager Landkriegsordnung) ist es einer Besatzungsmacht jedoch untersagt, im Besatzungsgebiet Militär auszuheben, zu mustern, für tauglich zu erklären und zu vereidigen.

(vgl. Haager Landkriegsordnung, vom 18.10.2007, Art. 45, RGBI. 1910, S. 107 ff.)

Insbesondere wenn es sich um eine Wehrpflichtigen-Armee handelt. Bekanntermaßen ist die Wehrpflicht in der Firma "BUNDESWEHR" nur ausgesetzt und nicht abgeschafft.

Hieraus folgt, daß allein die Existenz der Firma "BUNDESWEHR" seit Jahrzehnten eine Verletzung des Völkerrechtes, sowie eine Grundgesetzverletzung gem. Art. 25 darstellt.

(vgl. Artikel 25 "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland")

Die unglaubliche Verantwortungslosigkeit im Umgang mit den Menschen, die sich unter der Verfolgung von Idealen wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie in Unkenntnis der Rechtslage zum Dienst in der Firma "BUNDESWEHR" verpflichtet haben, ist ein besonders eindrucksvolles Beispiel dafür, mit welcher Gewissenlosigkeit von den Drahtziehern des "BRD"-Systems das Staatsvolk des Deutschen Reiches für fremde Interessen verheizt wird.

Dies wäre nicht möglich, wenn es den längst überfälligen Friedensvertrag gäbe und das Deutsche Reich in seiner Verfassung die strikte außenpolitische Neutralität verankert hätte.

6.7. Rechtsstellung von Akteuren des "BRD"-Rechtssystems"

Die Kenntnis der Rechtsstellung der Akteure des "BRD"-Rechtssystems ist sehr bedeutsam für die Beurteilung, wie man sich vor Übergriffen selbiger schützen kann.

6.7.1. Rechtsstellung von "BRD"-Richtern

Wie aus dem Fehlen der Staatlichkeit der "BRD" folgt, gibt es im "BRD"-System logischerweise keine gesetzlichen Richter und keine Staatsgerichte. Um dies zu legitimieren, haben die westlichen Besatzungsmächte bereits im Jahre 1950 den §15 des Gerichtsverfassungsgesetzes aufgehoben, worin es hieß:

Zitat:

"Alle Gerichte sind Staatsgerichte."

(Nebenbei bemerkt wird dieser Satz zu Verschleierungszwecken in Gesetzessammlungen der "BRD"-GmbH nicht mehr zitiert, es wird lediglich noch erwähnt, daß der §15 "weggefallen" sei).

Sämtliche Gerichte im "BRD"-System sind als "BRD"-Unterfirmen lediglich private Schiedsgerichte. Man könnte sie auch als Ausnahme- oder Sondergerichte beziehungsweise als Standgerichte bezeichnen.

Die "BRD" ist nur eine Personengesellschaft, und keine Gebietskörperschaft. Dementsprechend wurde der territoriale Geltungsbereich nicht nur des "Grundgesetzes", sondern auch des "Gerichtsverfassungsgesetzes", der "Strafprozeßordnung" und der "Zivilprozeßordnung" aufgehoben.

Jedoch heißt es im Grundgesetzartikel 101:

Zitat

(1) "Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden."

(2) "Gerichte für besondere Sachgebiete können nur durch Gesetz errichtet werden."

An Staatsgerichten wird gefordert, daß ein Richter sich mit einem Amtsausweis ausweisen kann. An "Gerichten" der Firma "BRD" haben "Richter" jedoch lediglich Dienstausweise.

Zudem können "Richter" des "BRD"-Systems keine Bestallungsurkunden vorweisen, was an einem staatlichen Gericht Mindeststandard wäre.

Darüber hinaus gehört zu einem staatlichen Gericht, daß es einen Geschäftsverteilungsplan gibt. Dies soll gewährleisten, daß wirklich nur der jeweils zuständige gesetzliche Richter im entsprechenden Fall Recht spricht.

Nach GVG §21e, Satz 9, ist der Geschäftsverteilungsplan in der vom Präsidenten oder dem aufsichtführenden Richter bestimmten Geschäftsstelle zur Einsichtnahme auszulegen. Nur ein rechtskonformer Geschäftsverteilungsplan kann überhaupt gesetzliche Richter bestimmen. Diese Bedingung ist zwingend.

Im "BRD"-System gibt es jedoch keine Geschäftsverteilungspläne, dies führt dazu, daß Jeder, der ein Verfahren vor einem "BRD"-Gericht anstrebt, entsprechend des Anfangsbuchstabens seines "Namens" (respektive Familiennamens) immer den gleichen Richter bekommt, egal, ob er ihn in anderen Verfahren bereits mehrfach abgelehnt hat oder nicht.

Laut §99 VwGO, §§ 138, 139 ZPO sowie 16,21 GVG und Art. 97 Absatz 1 GG ist ein "Richter" im "BRD"-System verpflichtet, eine Legitimation vorzulegen.

Ein jeder kann in einem "BRD"-Gerichts-"Verfahren" die Frage an den "Richter" stellen, ob er Richter nach Art. 101 "Grundgesetz" ist und ob er sich legitimieren kann.

Dies kann jedoch ein "Richter" im "BRD"-System bedauerlicherweise nicht!

Aus diesen Gründen haben schon viele Betroffene in "BRD"-Verfahren den jeweiligen "Richter" im "BRD"-System das Angebot gemacht, daß sie sich seinem Recht unterwerfen, sofern er Ihnen im Gegenzug schriftlich eidesstattlich versichert, daß er der zuständige gesetzliche, staatliche Richter ist.

Dies dürfte normalerweise doch kein Problem sein oder?

Eine solche eidesstattliche Versicherung hat ein "BRD"-Richter aus reinem Selbstschutz heraus noch nie gegeben, und wird er auch mit Sicherheit in Zukunft niemals tun. Schließlich ist die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung eine Straftat, die selbst nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr zu bestrafen ist.

Da der "BRD"-Richter diese eidesstattliche Versicherung aus reinem Selbstschutz heraus nicht unterschreibt, zudem keinen Amtsausweis und keine Bestallungsurkunde vorweisen kann und auf keinem Geschäftsverteilungsplan aufgeführt ist, kann man ihn ablehnen. Das kann man mit sämtlichen "BRD"-Richtern machen, und sofern die "Richter" der Firma "BRD" sich an ihre eigenen Regeln halten, was sie bisher meistens noch getan haben, kann man das durch sämtliche Instanzen machen. Hierdurch ist man innerhalb des "BRD"-Systems rechtlich nicht mehr greifbar.

Da die "Richter" im "BRD"-System die Rechtslage kennen, wissen sie auch, daß sie wegen "Täuschung im Rechtsverkehr" sowie "Amtsanmaßung" haftbar gemacht werden können, wenn sie sich als "Richter" bezeichnen und vortäuschen, legitimiert zu sein, amtlich, beziehungsweise hoheitlich zu handeln.

Aber auch wegen der von Ihnen ausgesprochenen Zwangsmaßnahmen sind sie persönlich haftbar, sofern sie diese in Zusammenhang mit den Tatbeständen "Täuschung im Rechtsverkehr" oder "Amtsanmaßung" verfügen. Aus diesem Grunde tragen seit 1990 keine Schriftstücke, welche "BRD"-Gerichte verlassen, eine richterliche Unterschrift.

Damit sind die Haftbefehle, Beschlüsse und Urteile jedoch nur Entwürfe, beziehungsweise Scheindokumente, und selbst nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" rechtsungültig.

Die Rechtsungültigkeit dieser Papiere selbst nach "BRD"-Recht ergibt sich aus dem §126 BGB und den §§315 und 317 der ZPO (für zivilgerichtliche Dokumente), den §275 StPO für Strafurteile und dem § 34VwVfG für sonstige Gerichtsurteile aus dem Bereich des öffentlichen Rechts.

In diesem Zusammenhang erscheint es folgerichtig, daß in "BRD"-Gerichtsurteilen die "Richter" bezeichnet werden mit der Floskel "Richter am Amtsgericht". Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um eine geographische Bezeichnung. Weshalb steht dort nicht "Richter des Amtsgerichtes"?

Weil es keine Amtsgerichte mit Richtern gibt!

Aus diesem Grunde wird ein "Richter" im "BRD"-System in aller Regel in "Verhandlungen" von Anwälten und Staatsanwälten nicht als "Herr Richter" oder "Frau Richterin" angesprochen, sondern als "Herr Vorsitzender" oder "Frau Vorsitzende".

In der Regel findet sich unter Gerichtsbeschlüssen auch die Angabe "Mustermann, Max als Urkundsbeamter". Es steht nicht geschrieben, daß derjenige auch tatsächlich der Urkundsbeamte ist. Mustermann, Max spielt also offensichtlich nur einen Urkundsbeamten, er ist es jedoch nicht!

Landgericht Braunschweig

Geschäfts-Nr.:

7 Ns 562/08

Es wird gebeten, bei allen Eingaben die
vorstehende Geschäftsnummer anzugeben.

703 Js 1721/06 StA Braunschweig
3 Ls AG Clausthal-Zellerfeld

Ausfertigung

Braunschweig, 21.09.2011

Beschluss

In der Strafsache

g e g e n

Herrn [REDACTED]
geboren am [REDACTED] in Osterode,
wohnhaft [REDACTED], 38678 Clausthal-Zellerfeld,

Verteidigerin:
Rechtsanwältin Birgit Kuhn, Krambuden 1a, 38300 Wolfenbüttel,
Geschäftszeichen: 507/10

w e g e n Verstoßes gegen das Waffengesetz u.a.

hat die 7. kleine Strafkammer des Landgerichts in Braunschweig am 21.09.2011 durch den
unterzeichnenden Richter beschlossen:

1. Rechtsanwältin Birgit Kuhn wird als Pflichtverteidigerin entpflichtet. Als neuer Pflichtverteidiger wird Rechtsanwalt Olaf Johannes bestellt.
2. Zum Sachverständigen gemäß Beschluss vom 13.09.2010 (Einholung eines psychologischen Gutachtens zur Schuldfähigkeit im jeweiligen Tatzeitpunkt und der Verhandlungsfähigkeit) wird nunmehr bestimmt:

Johannes Völler, Kaiser Otto-Ring 9, 34431 Marsberg.

Gründe:

1. Zwischen dem Angeklagten und der bisherigen Verteidigerin besteht kein Vertrauensverhältnis mehr. Frau Rechtsanwältin Kuhn hat ihre Entpflichtung beantragt; der Angeklagte möchte nicht mehr von ihr vertreten werden.
2. Der im Beschluss vom 13.09.2010 bestimmte Gutachter Dipl.-Psych. Horst Kleinhenz hat den Gutachtenauftrag zurückgegeben.

Schätke
Richter am LG

Ausgefertigt
Braunschweig, den 09.11.2011

[Handwritten Signature]
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Landgerichts



**Typischer Beschluß eines "BRD"-Gerichtes
ohne richterliche Unterschrift
Bezeichnung Richter am LG ("Landgericht")
Bezeichnung XY als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle**

In einer ähnlichen Weise ist die Floskel "Im Namen des Volkes" zu interpretieren. Früher hieß es "Im Namen des Deutschen Volkes". Hierdurch wurde klargestellt, daß das Staatsvolk des Deutschen Reiches gemeint war, für das ein Staatsgericht Recht gesprochen hat.

Da die "BRD" kein Staat ist und kein Staatsvolk hat, heißt es heute eben nur noch "Im Namen des Volkes". Kein Mensch kann nun sagen, um welches Volk es sich dabei handeln soll, um das chinesische, das portugiesische, oder gar ein um Bienenvolk in den Anden, wer soll das wissen?



**Typisches Urteil eines "BRD"-Gerichtes:
- Bezeichnung "Im Namen des Volkes".**

Man kann also auch in dieser Hinsicht nicht behaupten, daß man belogen oder betrogen wird. Man muß nur genau lesen, und die deutsche Sprache erweist sich einmal mehr als sehr präzise!

Im "BRD"-System gibt es jedoch noch eine Reihe weiterer Kuriositäten. Bekanntermaßen wird nur der sogenannte "Bundeskanzler" vom sogenannten "Bundestag" gewählt. Der sogenannte "Bundeskanzler" ernennt dann einen "Justizminister". Der Justizminister führt die Judikative des "BRD"-Systems als ein Ressort der Exekutive. Damit werden die "Gerichte" als nachgeordnete Behörden der "Regierung" behandelt.

Analog sind die Verhältnisse auf der Ebene der "Länder".

Dabei üben diese "Justizminister" die oberste Aufsicht über die "BRD"-Richter aus. Die Schnittstellen sind die jeweiligen Gerichtspräsidenten. Diese sind dem jeweiligen Justizminister nachgeordnet. Sie sind somit Organe der Exekutive. Es entscheiden vorrangig die jeweiligen Justizminister über Auswahl, Anstellung und Beförderung von "Richtern".

Damit bleiben sämtliche "BRD"-Richter in ihren Karrierechancen und in ihrem Einkommen die gesamte Zeit ihres beruflichen Lebens vom "Justizministerium", das heißt von der jeweiligen Exekutive abhängig.

Im "BRD"-System müssen Richter, die sich beispielsweise über die Zustände an den "BRD"-Gerichten öffentlich kritisch äußern, mit Disziplinarmaßnahmen rechnen.

Darüber hinaus sind die Mitglieder des sogenannten "Verfassungsgerichtes" (welches lediglich ein Grundgesetzgericht ist) ebenfalls parteipolitisch eingesetzte politische Angestellte und keine unabhängigen Richter!

Dazu bemerkt Richter Udo Hochschild vom Verwaltungsgericht Dresden:

Zitat:

"In Deutschland (im "BRD"-System - Anm. d. Verf.) ist die Justiz fremdbestimmt. Sie wird von einer anderen Staatsgewalt - der Exekutive - gesteuert, an deren Spitze die Regierung steht. Deren Interesse ist primär auf Machterhalt gerichtet. Dieses sachfremde Interesse stellt eine Gefahr für die Unabhängigkeit der Rechtsprechung dar. Richter sind keine Diener der Macht, sondern Diener des Rechts. Deshalb müssen Richter von Machtinteressen frei organisiert sein. In Deutschland (im "BRD"-System - Anm. d. Verf.) sind sie es nicht. In den stenografischen Protokollen des Parlamentarischen Rats [des deutschen Verfassungsgebers] ist wörtlich nachzulesen, daß die Verfasser des Grundgesetzes eine nicht nur rechtliche, sondern auch tatsächliche Gewaltenteilung, einen neuen Staatsaufbau im Sinne des oben dargestellten italienischen Staatsmodells wollten: „Die Teilung der Staatsgewalt in Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung und ihre Übertragung auf verschiedene, einander

gleichgeordnete Träger' [Zitat aus der Sitzung des Parlamentarischen Rats vom 8. September 1948]. Der Wunsch fand seinen Niederschlag im Wortlaut des Grundgesetzes [z.B. in Art. 20 Abs. 2 und 3, Art. 92, Art. 97 GG]. Der Staatsaufbau blieb der alte. [...] Das Grundgesetz ist bis heute unerfüllt. Schon damals stieß die ungewohnte Neuerung auf heftigen Widerstand. Bereits in den Kindertagen der Bundesrepublik Deutschland wurde die Gewaltenteilung mit dem Ziele der Beibehaltung des überkommenen, einseitig von der Exekutive dominierten Staatsaufbaus erfolgreich zerredet."

(vgl. "Gewaltenteilung im deutschen Bewußtsein", Udo Hochschild, Betrifft JUSTIZ 2005, Seiten 18 ff.)

6.7.2. Rechtsstellung von "BRD"-Staatsanwälten

Was für die übrigen Akteure des "BRD"-Rechtssystems" zutrifft, gilt natürlich auch für die "BRD"-Staatsanwaltschaften". Auch "Staatsanwälte" im "BRD"-System sind keine Beamte, sie sind keine Staatsbürger der "BRD" und können deshalb keine Beamte der "BRD" sein. Deshalb haben "BRD"-Staatsanwälte" auch Dienstausschreibung und keine Amtsausschreibung, und schon gar keine Bestallungsurkunden.

Ein Skandal im "BRD"-Rechtssystem" ist, daß "Staatsanwälte" politische Entscheidungsträger sind, und nach parteipolitischen Gesichtspunkten von den jeweiligen Justizministern eingesetzt werden und diesen weisungsgebunden sind.

(vgl. §146 GVG)

Damit können die jeweiligen "BRD"-Politiker" nach Belieben "Strafverfahren" in Gang setzen und unterbinden. Es handelt sich somit bei den sogenannten "Staatsanwaltschaften" im "BRD"-System um politische Staatsanwaltschaften. Da die Polizei ein Ausführungsorgan der Staatsanwaltschaften ist, besteht im "BRD"-System folglich eine politische Polizei.

6.7.3. Rechtsstellung von "BRD"-Rechtsanwälten

Es gibt im Rechtssystem der Firma "BRD" eine weitere Kuriosität: In vielen "Gerichts"-Verfahren" wird ein Anwaltszwang postuliert. Dies ist jedoch absolut unzulässig, insbesondere nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte Artikel 6:

Zitat

"Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden."

Diese Aussage ist in Verbindung mit dem Artikel 25 des "Grundgesetzes" zu interpretieren in dem es heißt:

Zitat

Artikel 25 "GG":

"Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechts. ..."

Der durch die "BRD"-Justiz behauptete Anwaltszwang ist ein direkter Verstoß gegen Art. 6 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948.

Hierzu ist noch von Bedeutung, daß "BRD"-Rechtsanwälte" über ihre Anwaltskammer in ihrer Berufsausübung kontrolliert und reglementiert werden, und die Aufgabe haben, dem "Gericht" zuzuarbeiten.

Indem man im Rahmen eines "Verfahrens" im "BRD"-System einen "Rechtsanwalt" beauftragt, holt man sich sozusagen den Feind ins Boot. Man bezahlt damit einen Angestellten des Gerichts.

6.7.4. Rechtsstellung von "BRD"-Gerichtsvollziehern, Justizvollzugsangestellten etc.

Man kann es nicht oft genug wiederholen:

"BRD"-Gerichtsurteile" sind selbst nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" rechtsungültig!

Dennoch werden die Inhalte dieser rechtsungültigen Schriftstücke von mutigen "Gerichtsvollziehern" und hierzu mißbrauchten "BRD"-Polizisten" und "Justizvollzugsangestellten" gelegentlich noch durchgesetzt, womit sich diese Herrschaften vor richtigen Gerichten strafbar machen.

Nicht ohne Grund liegen beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag 170.000 Strafanträge gegen Bedienstete der "BRD"-GmbH vor (Stand 06/12).

(vgl. <http://www.dpvm.de/icc-anklageliste.html>

sowie

<http://www.dpvm.de/icc-liste-hessen-ltg.html>

Gegenwärtig bestehen 9 Aktenzeichen beim IStGH gegen Bedienstete des "BRD"-Systems (Stand 06/12). Die meisten der dort vorliegenden Strafanträge werden derzeit nicht bearbeitet, sie werden inhaltlich den bereits bestehenden Aktenzeichen zugeordnet, bis eine Grundsatzentscheidung in den neun Fällen getroffen ist. Hierzu ist wichtig zu wissen, daß ein Aktenzeichen dort erst vergeben wird, wenn ein Chefankläger den Strafantrag geprüft, und einem Gremium aus drei Richtern vorgelegt hat.

Erst wenn alle genannten Beteiligten eine strafrechtliche Verfolgung für erforderlich halten, und anerkennen, daß die gültige Rechtslage eine Strafverfolgung verlangt, wird beim IStGH in Den Haag ein Aktenzeichen überhaupt erst vergeben. Die Existenz dieser neun Aktenzeichen belegt, daß die Richter beim IStGH die Rechtslage offenbar genau so beurteilen wie der Verfasser dieser Abhandlung.

Gemäß §113 und §114 StGB ist tätlicher Widerstand gegen Vollstreckungsbeauftragte strafbar.

§113 StGB Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte:

Zitat

(1) "Wer einem Amtsträger der zur Vollstreckung von Gesetzen, Rechtsverordnungen, Urteilen, Gerichtsbeschlüssen oder Verfügungen berufen ist, bei der Vornahme einer solchen Diensthandlung mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt Widerstand leistet oder ihn dabei tötlich angreift, wird bestraft."

Dabei beachte man den Satz 3 dieses Gesetzes:

Zitat

(3) "Die Tat ist nicht (!) nach dieser Vorschrift strafbar, wenn die Diensthandlung nicht rechtmäßig ist.....".

Da die "Gerichtsbeschlüsse" im "BRD"-System gemäß §44 Verwaltungsverfahrensgesetz aufgrund fehlender richterlicher Unterschriften immer

unrechtmäßig sind, ist Widerstand, auch tätlicher Widerstand, gegen Vollstreckungsbedienstete durchaus legitim!

Aus diesem Grunde rücken "BRD"-Bedienstete für Enteignungs- und Plünderungsaktionen (beispielsweise wegen angeblicher Schulden gegenüber einer Firma namens "Finanzamt") zumeist mit 30 Mann starken Überfallkommandos an, um zu verhindern, daß sich jene, denen die Rechtslage bekannt ist, rechtmäßig gegen derartige Übergriffe zur Wehr setzen können.

Auf jeden Fall sollte man bei jedem einzelnen Übergriff des "BRD"-Systems unbedingt einen Strafantrag beim internationalen Gerichtshof in Den Haag stellen. Auch wenn es zunächst nur eine ideelle Bedeutung hat, ist der langfristige psychologische Effekt doch nicht zu unterschätzen.

Zusammenfassung

Aufgrund der Tatsache, daß es sich bei "BRD"-Gerichten um private Schiedsgerichte handelt, braucht sich diesen Gerichten niemand unfreiwillig unterzuordnen. Im "BRD"-System ist zudem die gesamte "Justiz" fremdbestimmt, genauer gesagt, der Exekutive unterworfen.

Dies widerspricht dem Gewaltenteilungsprinzip des sogenannten "Grundgesetzes" (Art. 20 Abs. 2), was ein recht eindrucksvolles Beispiel dafür ist, daß das gesamte Grundgesetz von den Drahtziehern des "BRD"-Systems wohl nur noch als Witz angesehen wird.

Darüber hinaus erhebt sich abschließend die Frage, wieso man im "BRD"-System überhaupt einen Anwalt benötigt, um das Recht zu verstehen. Gesetze müssen doch schließlich so abgefaßt sein, daß jeder sie verstehen kann. Wie ist es möglich, daß zu fast jedem Gesetz im "BRD"-System Berge von Literatur existieren, in denen beschrieben wird, wie das eine oder andere Gesetz "auszulegen" sei? Diese Tatsache alleine ist ein absoluter Skandal, da nicht einmal einem Richter es zustehen dürfte, Gesetze "auszulegen". Schließlich machte er sich damit zum Ersatzgesetzgeber.

Unabhängig hiervon ist die willkürliche "Gesetzesauslegung" durch "Richter" im "BRD"-System Alltag.

Daß "BRD"-Gerichte Befugnisse beanspruchen, welche vom "Grundgesetz" eindeutig dem sogenannten "Bundestag" übertragen worden sind, ist ein weiterer Beweis, daß das sogenannte Grundgesetz (in diesem Falle Artikel 20 Abs. 3.) nur eine verbale Show ist - weiter nichts.

Die Juristen im "BRD"-System müssen eine sehr gute Lobby haben. Sie sorgen dafür, daß Regelungen derart unverständlich fabriziert werden, daß hierdurch ein gigantisches Beschäftigungsprogramm für Juristen besteht.

Folgerichtig hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Urteil EGMR 75529/01 am 08.06.2006 die Menschenrechtsverletzungen nach Art. 6 und 13 der Menschenrechtskonvention in der "BRD" festgestellt.

Dieses Urteil des EGMR Art. 36 Menschenrechtskonvention besagt im Tenor, daß ein wirksames Rechtsmittel gegen Rechtsmißbrauch und Billigkeitsrecht für die Einhaltung des Rechtes auf ein rechtsstaatliches Verfahren in der "BRD" nicht gegeben ist. Die "BRD" hat dabei zugegeben, daß Staatsaufbaumängel vorliegen.

Zum Thema Menschenrechte äußerte sich der ehemalige Botschafter Singapurs und brillanter Intellektueller Asiens, Professor Kishore Mahbubani im Spiegel 21/2008 Seite 62 wie folgt:

"Die "BRD" - nicht Deutschland - hat all ihre moralische Glaubwürdigkeit verloren und sollte andere nicht über Menschenrechte belehren!"

In seinen weiteren Ausführungen konnte der ansonsten im diplomatischen Umgang geübte Politiker dann nicht einmal mehr an sich halten und äußerte sich aufgebracht:

"BRD-ler, wenn es um Menschenrechte geht, dann müßt ihr das Maul halten!"

Dies soll dann einmal unkommentiert so stehen bleiben.

Abschließend ist jedoch noch anzumerken, daß in einem künftigen Rechtsstaat auch Richter, Staatsanwälte, Justizfachangestellte und sonstige Mitarbeiter des Justizwesens selbstverständlich gebraucht werden, weshalb es völlig falsch wäre, auf diese Menschen mit dem Finger zu weisen oder irgendwelche Schuldzuweisungen zu machen. Diese Menschen gewährleisteten schließlich auch derzeit unter den gegenwärtig katastrophalen rechtlichen Bedingungen eine öffentliche Ordnung und auch einen Schutz, beispielsweise vor Kriminalität.

Diese Personen werden nur oft genug für die politischen Interessen der "BRD"-Drahtzieher mißbraucht.

Dieser Umgang mit den Angehörigen des Justizsystems zeigt, wie verantwortungslos die Besatzungsmächte und ihre "BRD"-Drahtzieher auch mit den Menschen dieser Berufsgruppen umgehen, indem sie diese Menschen ohne die vorherige Schaffung der nötigen Rechtsgrundlagen agieren lassen.

6.8 Schlußbemerkungen

Eine besondere geistige Leistung von Juristen des "BRD"-Systems ist die Rechtfertigung der "BRD" mit Hilfe eines Konstruktes, genannt "Normative Kraft des Faktischen". Dies will sagen, daß die faktisch bestehenden Verhältnisse an sich zur Normgebung berechtigten sollen.

Hiermit wird jedoch nichts anderes zum Ausdruck gebracht, als:

"Wir pfeifen auf Recht und Gesetz, und schaffen Fakten, weil wir die Macht dazu haben, und behaupten, allein dadurch sei unser Handeln legitim!"

Es können nur Leute ein Interesse haben, sich auf ein Konstrukt namens "Normative Kraft des Faktischen" zu berufen, die sich anmaßen, hoheitlich zu handeln, und dabei wissen, daß sie hierzu keinerlei Legitimation haben.

Sonst würden sie sich ja schließlich nicht auf dieses Konstrukt berufen.

Verstöße gegen das Völkerrecht können niemals verjähren und so ist das Schicksal der sogenannten "BRD" als eine US-amerikanische Kolonialverwaltung mit Firmenstruktur bereits heute Geschichte. Die Frage ist nicht mehr ob sie eines Tages abgewickelt wird, sondern nur noch wann.

Das Deutsche Reich ist nach wie vor legitimes Völkerrechtssubjekt, jeder der auf deutschem Boden gegen die verfassungsmäßige Ordnung handelt, begeht Verfassungshochverrat und macht sich strafbar.

Es ist völlig undenkbar, daß ein auf Lüge, Betrug und permanenten Rechtsbruch basierendes Unrechtsregime wie die "BRD" dauerhaft existieren könnte.

7. Die sogenannten "Bereinigungsgesetze"

Wie bereits erwähnt, haben die Besatzungsmächte in den Jahren 2006, 2007 und 2010 insgesamt drei Bereinigungsgesetze verfügt.

Das bedeutet, daß diese "Bereinigungsgesetze" weder im sogenannten "Bundestag" noch im sogenannten "Bundesrat" diskutiert oder beschlossen worden sind, sie wurden lediglich im sogenannten "Bundesgesetzblatt" veröffentlicht.

Die Besatzungsmächte haben in diesen "Bereinigungsgesetzen" mehrere hundert Gesetze aufgehoben. Dabei handelte es sich unter anderem auch um zahlreiche Einführungsgesetze, in denen regelhaft der territoriale, zeitliche und personelle Geltungsbereich eines Gesetzeswerkes definiert wird.

Es gibt zahlreiche Spekulationen, weshalb die Besatzungsmächte diese umfassenden Gesetzesaufhebungen verfügt haben. Die Alliierten haben sich hierzu nie öffentlich geäußert.

Eine mögliche Erklärung ist, daß seinerzeit im Jahre 2006 ein Herr Sürmeli ein Urteil vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erstritten hat, in dem klar festgestellt wurde, daß die "BRD" kein Staat ist und daß im "BRD"-Rechtssystem grundlegend gegen die Art. 6 und 13 der Menschenrechtskonvention verstoßen wird. Insbesondere wurde festgestellt, daß ein wirksames Rechtsmittel gegen Rechtsmißbrauch und Billigkeitsrecht für die Einhaltung des Rechtes auf ein rechtsstaatliches Verfahren im "BRD"-System nicht gegeben ist.

Somit hätte jeder, der im "BRD"-System einen Prozeß verloren hat, die Möglichkeit gehabt, vor alliierten Gerichten (beispielsweise in den USA, Großbritannien oder Frankreich) direkt auf Schadensersatz zu klagen. Die Steuerzahler dieser Länder hätten dann automatisch die Haftung übernehmen müssen.

Eine solche Klage würde vor den Gerichten der Alliierten automatisch gewonnen werden, da ja die Rechtsgrundlage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bereits festgestellt worden ist.

Es hätte dann nur noch um die Höhe der Entschädigung verhandelt werden können, nicht mehr jedoch um den grundlegenden Anspruch.

Es ist anzunehmen, daß sich die Alliierten dieser Art von Haftungsansprüchen entziehen wollten, weshalb sie die Bereinigungsgesetze verfügt haben. Vereinfacht gesagt, haben die Alliierten dem Konstrukt "BRD" sämtliche Gesetze entzogen, die im weitesten Sinne bis 1990 hoheitliche Befugnisse verkörperten.

Es handelt sich dabei unter anderem um Einführungsgesetze, in denen der personelle, zeitliche und territoriale Geltungsbereich geregelt worden ist.

Aus diesem Grunde ist die "BRD" heute auch nach ihren eigenen rechtlichen Bestimmungen zu keinerlei Zwangsmaßnahmen gegenüber den "BRD"-Personalangehörigen mehr befugt!

Sämtliche Interaktionen mit dem "BRD"-System beruhen daher ausschließlich auf Freiwilligkeit!

Diese Kuriosität zeigt sich beispielsweise im sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz":

Gemäß §5 des sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetzes" können
Zitat:

"...nur Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, die im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes oder außerhalb dieses Geltungsbereichs auf einem Schiff oder in einem Luftfahrzeug begangen werden, das berechtigt ist, die Bundesflagge zu führen".

(vgl. Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) neugefaßt durch B. v. 19.02.1987 BGBl. I S. 602; zuletzt geändert durch Artikel 2 G. v. 29.07.2009 BGBl. I S. 2353; Geltung ab 01.01.1975)

Nachdem das Einführungsgesetz zum sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz" durch das sogenannte "Zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz" ("2. BMJBBG") vom 23.11.2007, Art. 57 von den Besatzungsmächten aufgehoben worden ist,

(siehe G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614 (Nr. 59); zuletzt geändert durch Artikel 2 G.v. 05.12.2008 BGBl. I S. 2346; Geltung ab 30.11.2007)

ist ein räumlicher Geltungsbereich dieses sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetzes" nunmehr nirgendwo mehr definiert, weder im sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz" selbst, noch anderenorts.

Daß das sogenannte "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" keine Definition eines territorialen Geltungsbereiches enthält, wurde bereits umfassend dargelegt.

Dies bedeutet, daß auch nach den Regeln der "BRD" die Verhängung von Bußgeldern oder ähnlichem aufgrund von "Ordnungswidrigkeiten" ohne jede Rechtsgrundlage ist.

Aber auch die Gültigkeit des "Gerichtsverfassungsgesetz" der "Zivilprozessordnung", der "Strafprozeßordnung" etc. ist mit den Bereinigungsgesetzen beendet worden. Am Besten, Sie recherchieren selbst, dann werden Sie auch feststellen, daß es für die Erhebung von jedweden "Steuern" im "BRD"-System keinerlei Rechtsgrundlage gibt!

Mit den Bereinigungsgesetzen haben die Besatzungsmächte zudem das Besatzungsrecht bereinigt und dessen Rechtsgültigkeit bekräftigt, weshalb die Tätigkeit von Notaren und Richtern einer besonderen Genehmigung durch den SHAEF-Gesetzgeber (USA) bedürfen, ansonsten wirken sie illegal.

Damit dürfte auch jedem klar sein, daß man im Besatzungsgebiet keinerlei Eigentumsrechte wie beispielsweise an einer Immobilie erwerben kann, da derzeit kein Notar im Besatzungsgebiet berechtigt ist, als solcher tätig zu werden.

Gute Nacht Deutschland, kann man da nur sagen!

8. Einige Worte zum Finanzsystem

Das Verständnis des gegenwärtigen Finanzsystems ist wichtig, um die rechtlichen Gegebenheiten hierzulande zu verstehen. Schließlich ist das Finanzsystem das eigentliche Herrschaftssystem in der Welt.

Mit ein wenig Faktenwissen ist es sehr leicht zu durchschauen, auch hier kann man sich fragen, weshalb in unserer angeblich aufgeklärten Zeit mit so tollen, hochkarätigen Qualitätsjournalisten des "BRD"-Systems so wenig Wissen über das weltweite Finanzsystem besteht.

8.1. Entstehung und gegenwärtige Struktur

Zur Funktionsweise des gegenwärtigen weltweiten Finanzsystems ist die Meinung sehr verbreitet, es gebe auf der einen Seite Menschen, die über Geldguthaben verfügen, welche sie gerade nicht benötigen. Andererseits gäbe es Menschen, die gerade jetzt Geld brauchen. Deshalb gebe es Banken, bei denen man sein Guthaben einzahlen könne, damit diese Guthaben dann Bedürftigen in Form von Krediten gegeben werden können.

Vielfach besteht die Meinung, daß die Bank ihren Gewinn dann aus der Zinsdifferenz zwischen Guthabenzinsen und Kreditzinsen beziehe.

Dies ist jedoch im Wesentlichen falsch. Zumindes ist eine solche geschäftliche Vorgehensweise bestenfalls ein minimaler und völlig bedeutungsloser Geschäftsbereich von Banken.

In der Realität haben Banken kein Geld. Das Hauptgeschäft von Banken besteht darin, Geld aus dem NICHTS zu kreieren!

Im heutigen Finanzsystem entsteht das Geld ausschließlich durch Verschuldung beziehungsweise durch Kreditaufnahme.

Man kann es nicht oft genug wiederholen:

Eine Bank hat kein Geld. - Eine Bank kriert Geld, aus dem NICHTS!

Um diesen Sachverhalt besser zu verstehen, ist ein kleiner historischer Abriß sehr hilfreich:

Im Jahre 1913 wurde einer Clique von Privatleuten in den USA das Recht gegeben, das Geld der USA herauszugeben. Das hierfür nötige Gesetz wurde "Federal Reserve Act" genannt, und von der damaligen Hochfinanz bereits im Jahre 1910 auf der Atlantik-Insel Jekyll Island ausgearbeitet, und noch vor der Amtszeit des Präsidenten Wilson diesem vorgelegt und von diesem unterzeichnet.

Die Unterzeichnung dieses Gesetzes durch Wilson war die Bedingung dafür, daß Herr Wilson von der Hochfinanz in seiner Vermarktung zum US-Präsidenten (genannt "Wahlkampf") derart finanziell unterstützt wurde, daß schließlich kein sonstiger Bewerber damals Präsident der USA werden konnte.

Am 23. Dezember 1913, als die meisten Abgeordneten bereits im Weihnachtsurlaub waren, wurde dieses Gesetz dann durch den Kongreß gepeitscht.

Damit wurde das zinsbasierte Zentralbanksystem in den USA eingeführt. Hierdurch verschenkten die USA das Hoheitlichste, was ein Staat haben kann, nämlich die Kontrolle über die eigene Währung, die Geldmenge und die Zinspolitik, an eine Clique von Privatleuten. Viele Menschen sind der Meinung, daß die Zentralbank Federal Reserve ("FED") eine staatliche Bank der USA sei. Dies ist jedoch völliger Nonsens. Bei dieser Zentralbank handelt es sich um ein rein privates Konstrukt.

Die "Federal Reserve" ist so "Federal" wie beispielsweise "Federal Express".

Der verantwortliche US-Präsident, der den "Federal Reserve Act" unterzeichnet, und durch den Kongreß gepeitscht hat, äußerte sich später zu seinem Handeln wie folgt:

"Ich bin ein sehr unglücklicher Mensch. Ich habe unbeabsichtigt mein Land ruiniert. Eine große Industrienation wird von ihrem Kreditsystem beherrscht. Unser Kreditsystem ist zentralisiert. Das Wachstum der Nation und alle unsere Aktivitäten befinden sich in den Händen von einigen wenigen Männern. Wir sind zu einer der am schlechtesten geführten, am meisten kontrollierten und fremdbestimmten Regierungen der zivilisierten Welt geworden, keine Regierung der freien Meinung mehr, keine Regierung der Überzeugung und der Mehrheitsentscheidung, sondern eine Regierung, die von der Meinung und der Nötigung einer kleinen Gruppe dominanter Männer abhängt."

(Woodrow Wilson 1916)

Ein Zentralbanksystem bedeutet, daß Geld überhaupt nur durch Verschuldung beziehungsweise Kreditaufnahme entsteht.

Jeder, der Geld benötigt, muß sich dieses Geld bei der Zentralbank ausleihen. Die Zentralbank erschafft dieses Geld dann aus dem Nichts. Dies bedeutet, daß alles in Umlauf befindliche Geld überhaupt nur durch Kreditaufnahme beziehungsweise Verschuldung entstanden ist.

Alles im Umlauf befindliche Geld ist somit reines Schuldgeld, und muß über kurz oder lang an die Zentralbank zurückgezahlt werden. Durch die Rückzahlung an die Zentralbank verschwindet das Geld dann wieder aus der Welt. Dies bedeutet, nach Rückzahlung aller Schulden gäbe es kein Geld mehr.

Im Jahre 1944 ist das Geld der USA dann aufgrund des Status der USA als Hauptsiegermacht des zweiten Weltkrieges zum "Geld der Welt" geworden. Die USA haben nämlich verfügt, daß alle Staaten sich dem "Federal Reserve"-System anschließen müssen.

Um die Sache den anderen Teilnehmerstaaten des zweiten Weltkrieges schmackhaft zu machen, haben die USA im Jahre 1944 zugesagt, den Federal-Reserve-Dollar mit Gold zu unterlegen. Es war also rechtlich verbrieft, daß man den Federal-Reserve-Dollar in wirkliches Geld, also in Gold, jederzeit eintauschen konnte (sogenanntes "Bretton-Woods-Abkommen").

Im Jahre 1969 hat der Französische Staatspräsident de Gaulle einmal testen wollen, wie seine "Freunde" in den USA reagieren, wenn er das reale Gold gegen Federal Reserve-Dollar einfordert.

Die Jungs in den USA haben daraufhin einseitig, vertragsbrüchig, das heißt betrügerisch beschlossen, Herrn De Gaulle nicht auszuzahlen, sondern stattdessen die Golddeckung des Federal Reserve-Dollars umgehend zu beenden. Im Jahre 1973 wurde dies dann auch rechtlich verankert (Aufhebung des sogenannten "Bretton-Woods-Abkommens").

Bereits hierdurch wurde offensichtlich, daß ein groß angelegter Betrug die Grundlage des internationalen Geldsystems war.

Dabei haben es die USA so eingerichtet, daß auch der "Euro" zu über 80% mit Dollar unterlegt ist, auch der Schweizer Franken, dieser jedoch "nur" zu über 70%. Es gibt somit ausschließlich Dollar in der Welt, andere Währungen wie "Euro" oder "Schweizer Franken" sind somit eine Art Etikettenschwindel.

Das bedeutet, daß Jeder, auch jemand der in Europa einen Kredit aufnimmt, beispielsweise bei seiner Bank "um die Ecke", sich bei der Federal Reserve verschuldet. Die kleine Hausbank "um die Ecke" refinanziert sich nämlich auch nur über die Zentralbank und jede größere Bank refinanziert sich über die Federal Reserve.

8.2. Betrugscharakter

Im gegenwärtigen zinsbasierten Zentralbanksystem entsteht das Geld ausschließlich durch Verschuldung.

Dabei verlangt die Zentralbank nicht nur das Geld zurück, welches sie aus dem NICHTS erschaffen und verliehen hat, sondern zusätzlich Zinsen. Diese Zinsen hat die Zentralbank jedoch nie herausgegeben, beziehungsweise in Umlauf gebracht.

Die Erhebung von Zinsen hat damit zur Folge, daß die Zentralbank dem Geldkreislauf ständig Geld entzieht, welches sie zuvor gar nicht herausgegeben hat. Das bedeutet:

In der Gesamtheit können Schulden niemals beglichen werden!

An dieser Stelle sei ein kleines, anschauliches Beispiel für den Betrugscharakter des aktuellen zinsbasierten Zentralbanksystem gegeben:

Angenommen, auf dem gesamten Planeten gäbe es nur zehn Wirtschaftsteilnehmer.

Einer von ihnen stellt beispielsweise Kochtöpfe her, der andere Sandalen, der nächste Hemden, usw..

Ursprünglich erfolgt der Austausch der Produkte nach dem Muster "Ware gegen Ware". Man stelle sich vor, eine weitere Person beobachtet dies und hat die Idee, ein universelles Austauschsystem zu etablieren. Diese elfte Person betreibt nun eine Bank. Sie erklärt den anderen zehn Personen, daß es für sie einen großen Vorteil darstellt, ein universelles Austauschmittel in Form von Geld zu haben.

Dabei macht der Bankier den übrigen zehn Personen den Vorschlag, zu Beginn des Jahres jedem Einzelnen jeweils 10.000 € zu geben. Am Jahresende sollen diese 10.000 € von jedem der Wirtschaftsteilnehmer jedoch an die Bank zurückgezahlt werden.

Damit der Bankier nicht umsonst arbeiten muß, besteht er darauf, daß ihm am Jahresende nicht nur die jeweils 10.000 € zurückgezahlt werden, sondern zusätzlich hierzu weitere 5% der genannten Summe (Zinsen).

Die genannten zehn Wirtschaftsteilnehmer erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden. In dem betreffenden Jahr handeln diese zehn Wirtschaftsteilnehmer nunmehr sowohl als Produzenten als auch als Konsumenten. Sie erarbeiten wie bisher ihre Waren und tauschen diese Waren dann unter Zuhilfenahme des Geldes untereinander aus.

Fassen wir zusammen:

Der Bankier gibt am Jahresanfang 10 x 10.000 €, das heißt insgesamt 100.000 € aus, die er aus dem NICHTS geschaffen hat. Am Jahresende fordert er jedoch insgesamt 105.000 € zurück. Er fordert somit am Jahresende 5000 € (Zinsen), die er jedoch am Jahresanfang überhaupt nicht herausgegeben hat. Diese 5000 € (Zinsen) sind somit gar nicht im Umlauf, sie sind im System überhaupt nicht vorhanden! Dies hat zur Folge, daß mindestens einer der zehn Wirtschaftsteilnehmer seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Bankier nicht begleichen kann. Es ist dabei völlig unbedeutend, wie viele oder wie wenige materielle Güter in dieser Zeit geschaffen worden sind. Selbst wenn alle Wirtschaftsteilnehmer das zehner- oder hundertfache an Wirtschaftsgütern im Vergleich zum Vorjahr herstellen, können doch diese 5000 € (Zinsen) niemals beglichen werden, weil sie im System einfach nicht vorhanden sind! Dies hat zwangsläufig zur Folge, daß in jedem Jahr ein gewisser Prozentsatz an Wirtschaftsteilnehmern zahlungsunfähig werden muß.

Dabei sind die Banken clever genug, für verliehenes Geld "Sicherheiten" zu fordern. Diese "Sicherheiten" sind jedoch reale Wirtschaftsgüter beziehungsweise natürliche Ressourcen. Diese physischen Werte fallen mit der unvermeidbaren Insolvenz augenblicklich an die Bank. Dabei ist von extremer Bedeutung, daß dieses Spiel nicht nur über ein Jahr läuft, in der Realität läuft es über Jahrzehnte und sogar Jahrhunderte.

Somit verschaffen sich die Eigentümer der Zentralbank über kurz oder lang die Eigentumsrechte an sämtlichen, in der Welt vorhandenen natürlichen Ressourcen (Grund und Boden, Rohstoffe, Immobilien etc.).

Diese realwirtschaftlichen Ressourcen kann sie dann wieder veräußern, wobei die Käufer sich für den Kauf dieser Dinge wieder verschulden müssen. Wie wir gesehen haben, können jedoch Schulden in der Gesamtheit niemals zurückbezahlt werden. Die Käufer / Kreditnehmer werden wieder mehrheitlich unvermeidbar zahlungsunfähig, und die realen Wirtschaftsgüter bleiben somit zwangsläufig in der Hand der Zentralbank.

Über die Jahre und Jahrzehnte bedeutet dies, daß die realwirtschaftlichen Ressourcen in die Hand der Bank gelangen und langfristig dort verbleiben, und die Masse der Wirtschaftsteilnehmer gegenüber der Zentralbank immer tiefer im Schuldenmorast versinkt. Das zinsbasierte Zentralbanksystem ist damit das perfekte Betrugs- und Versklavungssystem schlechthin.

Welcher gigantische Betrug in einem zinsbasierten Zentralbanksystem steckt, läßt sich am Beispiel des sogenannten "Josephspfennig" veranschaulichen.

Wenn der gute Joseph vor etwa 2000 Jahren einen einzigen Pfennig zu 5% Zinsen angelegt hätte, und hätte nie eine Abhebung gemacht, hätten seine Erben heute einen Anspruch auf mehrere hundert Milliarden Erdkugeln aus purem Gold!!

Dieser Anspruch kann natürlich niemals bedient werden.

Das Beispiel zeigt sehr anschaulich, welcher gigantische Betrug im gegenwärtigen Geldsystem steckt, und daß dieser Betrug schleichend stattfindet und nur allmählich über lange Zeiträume sichtbar wird.

Andersherum betrachtet, muß sich in einem zinsbasierten Geldsystem die Geldmenge in astronomische Höhen immer weiter, bis in astronomische Höhen vermehren, so daß der bestehenden Geldmenge immer weniger kaufbare Sachwerte gegenüber stehen. Heutzutage werden weniger als 0,5 Prozent des am Tag auf der Welt rotierenden Geldes für den Zweck verwendet, für den es ursprünglich erfunden wurde, nämlich zum Austausch von Waren und Dienstleistungen.

Über 99,5 % und damit mehr als das 200-fache wird im Casino der Banken für irgendwelche Leerverkäufe verwendet. Dieser Anteil war in der Menschheitsgeschichte noch niemals so hoch.

Allein der Blick auf die vergangenen Jahrzehnte verdeutlicht das Problem:

In den vergangenen 30 Jahren hat sich weltweit die Produktion von Gütern und Dienstleistungen vervierfacht, die vorhandene Geldmenge jedoch vervierzigfacht.

Da die Verschuldeten die Illusion haben, ihre Schulden begleichen zu können, beginnen sie, im Hamsterrad der Wirtschaft zu rennen, zumeist ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit, die eigene Familie usw..

Dieses zinsbasierte Zentralbanksystem wird deshalb von vielen Autoren als ein System der permanenten Umverteilung von "Arm" nach "Reich" beschrieben. Man muß es jedoch präziser beschreiben, es ist ein System zur ständigen Umverteilung von "Fleißig" nach "Reich".

Viele Menschen glauben, daß man sein Geld für sich arbeiten lassen könne. Geld kann jedoch nicht arbeiten, niemand hat jemals einen Geldschein arbeiten gesehen. Es sind selbstverständlich immer Menschen, die für die Zinsen arbeiten. Um Geld zu verdienen, brauchte man in diesem System vor allem eins: Geld! Es ist wesentlich einfacher, eine Milliarde zu verdoppeln, als durch ehrliche Arbeit sein Häuschen abzubezahlen.

Durch das weltweit arbeitende Federal Reserve System sind alle Staaten und alle Privatpersonen bei der Federal Reserve verschuldet, sofern sie Kredite aufgenommen, haben, was wiederum die Grundlage für die Existenz von Geld überhaupt ist. Selbst wenn einige wenige Wirtschaftsteilnehmer noch ein Guthaben in ihrer persönlichen Gesamtbilanz haben, dann nur deshalb, weil andere um so mehr verschuldet sind.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtbilanz können Schulden, wie wir gesehen haben, niemals bezahlt werden, da das Geld zur Schuldentilgung gar nicht in Umlauf ist! Man kann es auch anders formulieren: Selbst wenn man sämtliche, in der Welt vorhandene Guthaben zusammenkratzen würde, um die Verbindlichkeiten gegenüber der Zentralbank zu begleichen, würde dieses Geld nicht ansatzweise hierfür ausreichen!

Das heißt, in der weltwirtschaftlichen Gesamtbilanz können die bestehenden gigantischen Schulden niemals zurückgezahlt werden. Im Gegenteil, die Verschuldung ist eine Einbahnstraße und kann nur zunehmen, niemals jedoch geringer werden.

Das zinsbasierte Zentralbanksystem gibt es allerdings in der Welt nicht erst seit 1913. Bereits in den Jahrhunderten zuvor war die Bank von England das Vorläufermodell des weltweiten Zentralbanksystems.

An dieser Stelle soll deshalb ein ausgewiesener Experte und Nutznießer jenes Zentralbanksystems zu Wort kommen:

Zitat:

"Die wenigen, die das System verstehen, werden so sehr an seinen Profiten interessiert oder so abhängig sein von der Gunst des Systems, daß aus deren Reihen nie eine Opposition hervorgehen wird. Die große Masse der Leute aber, mental unfähig zu begreifen, wird seine Last ohne Murren tragen, vielleicht sogar ohne zu mutmaßen, daß das System ihren Interessen feindlich ist."

(A. Rothschild 1863)

Schon sehr viel früher hat ein Ahne dieses Herren eine richtungsweisende Einschätzung gegeben, welche Macht mit der Kontrolle über das Geldsystem verbunden ist:

"Gib mir die Kontrolle über das Geld einer Nation und es interessiert mich nicht, wer dessen Gesetze macht."

(Mayer Amschel Rothschild (1744-1812), Gründer der Rothschild Banken Dynastie)

Aber auch ein weiterer Insider soll an dieser Stelle gerne einmal zu Wort kommen:

"Eigentlich ist es gut, daß die Menschen unser Banken- und Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh."

(Henry Ford (1863-1947), Gründer der Ford Motor Company)

Wie der interessierte Leser feststellen kann, ist der Betrugscharakter des aktuellen Finanzsystems mit ein wenig Faktenwissen leicht zu durchschauen. Man darf sich fragen, wie es in unserer, ach so aufgeklärten Medienwelt möglich ist, daß diese Informationen überhaupt nicht gegeben werden, weder in den tollen, hoch wissenschaftlichen Talkshows à la Maischberger, Illner, Will, Beckmann etc. etc., noch in angeblich politisch anspruchsvollen Sendungen auf "ARTE", "Phoenix", "n24", oder in ach so informativen Zeitschriften wie "Spiegel", "Focus"etc..

Man muß sich in diesem Zusammenhang unbedingt verdeutlichen, daß die gleichgeschalteten "BRD"-Massenmedien gerade in diesem Bereich die Funktion haben, uns zu desinformieren, und nicht etwa, um uns wirklich zu informieren!

8.3. Komplizenschaft von Politikern

Es ist sehr leicht zu erkennen, daß das zinsbasierte Zentralbanksystem reiner Betrug ist und daß alle öffentlichen Haushalte überschuldet sind, egal ob sie "BRD" oder "Griechenland" oder sonstwie heißen.

Wenn "BRD"-Stellen beispielsweise nach Griechenland Geld verschieben, so handelt es sich hierbei um ein Spiel nach dem Muster "rechte Tasche - linke Tasche". In der wirtschaftlichen Gesamtbilanz kann dies niemals eine Lösung sein, da das Geld, welches "BRD"-Stellen nach Griechenland überweisen, auch nur wieder neue Schulden sind, welche an die Zentralbank irgendwann zurückgezahlt werden müssen, nebst Zinsen, versteht sich, wobei diese Zinsen die Gesamtverschuldung immer weiter in die Höhe treiben.

Durch die Vergabe von immer mehr "neuen Geldes", von "fresh money" an Banken oder Schuldnerländer wird das Schuldenproblem niemals gelöst.

Im Gegenteil, es ist gerade, als würde man in ein Feuer immer mehr brennbares Material hineinwerfen, und sich wundern daß das Feuer sich hierdurch nicht löschen läßt!!

Gegenwärtig wird beispielsweise Griechenland zu horrenden Zinssätzen wieder "fresh money" gewährt. Gleichzeitig besteht die Weltbank auf umfassende Privatisierungen. Im Klartext bedeutet dies:

Das gegenwärtig in Europa aufgetriebene Geld "für Griechenland" landet wieder bei den Banken, und nicht etwa beim kleinen Mann in Griechenland.

Gleichzeitig wird Griechenland in immer höhere Schulden hineingetrieben und zu guter letzt werden die Griechen komplett enteignet (genannt Privatisierung). Man beachte, das Wort Privatisierung hat seinen Ursprung in lateinisch "privare" = berauben.

Das heißt:

Am Ende

hat Griechenland noch mehr Schulden,

hat die Hochfinanz noch mehr Geld,

geht es den kleinen Leuten in Griechenland noch schlechter,

sind die Menschen in Griechenland über Privatisierungen enteignet.

Ist doch eine tolle "Rettungsaktion" oder?

Und nach diesem Muster werden alle europäischen Länder nacheinander bearbeitet.

Bekanntermaßen gibt es drei Gruppen, die sich verschulden können. Es sind dies

1. Privatpersonen
2. Firmen
3. Staaten (als die ultimativen Schuldner).

Sofern Privatpersonen und Unternehmen sich nicht mehr verschulden wollen, da sie sich noch wirtschaftlich vernünftig verhalten wollen, dann verschulden sich eben stellvertretend für sie die Staaten.

Da diese Schulden jedoch aus mathematischen Gründen niemals zurückgezahlt werden können, müssen zur Abzahlung alter Kredite immer neue Schulden aufgenommen werden.

Aufgrund entsprechender Abkommen haften heute alle Staaten dieser Welt gegenüber der Federal Reserve mit all ihren physischen beziehungsweise realwirtschaftlichen Ressourcen sowie dem Steueraufkommen für ihre Geldschulden. Durch den Zinseszineffekt gehört den Eigentümern der FED über kurz oder lang praktisch der gesamte physische Reichtum dieser Welt.

Aus der Tatsache, daß selbst Staaten sich bei der Hochfinanz verschulden, und Zinsen zahlen müssen, folgt, daß die Hochfinanz mächtiger ist, als alle Staaten. Die Regierungen von allen Staaten sind letztlich vom Wohlwollen dieser Hochfinanz abhängig. Sie sind real betrachtet Marionetten der Hochfinanz, und handeln letztendlich auch in deren Interesse.

Man kann mit Recht behaupten, daß das eigentliche Herrschaftssystem in der Welt das gegenwärtige zinsbasierte Zentralbanksystem ist, und die "Staaten" nur die Erfüllungsgehilfen dieses Herrschaftssystems darstellen.

Es gibt heute seriöse Rechnungen, daß kein Staat der Welt noch Steuern erheben müßte, wenn die Geldsschöpfung in staatlicher, beziehungsweise in gemeinnütziger Hand wäre.

Der "kleine Mann" merkt, daß der "Staat" (bzw. in Deutschland die Staatssimulation "BRD") der Erfüllungsgehilfe (beziehungsweise der bewaffnete Arm) der Hochfinanz ist, wenn er beispielsweise über ein völlig überdimensioniertes Steuersystem bis aufs letzte ausgepreßt wird, oder der "Gerichtsvollzieher" sein Haus oder sein Konto oder sonstige Dinge wegpfändet.

Unter anderem kann man dies an einer Abgabequote von bis zu 85% erkennen, das heißt daß jeder Artikel, den man beispielsweise im "BRD"-System einkauft bis zu 85% mit versteckten Steuern und Zinsen belastet ist, alles Geld, was hierüber an reiche Leute und die Firma "BRD" umverteilt wird.

Der Irrsinn wird allein dadurch sichtbar, daß ein abhängig beschäftigter Arbeiter in etwa einen ganzen Tag lang arbeiten muß, um eine einzige Arbeitsstunde eines anderen abhängig beschäftigten Arbeiters bezahlen zu können.

Steuern und Zinsen sind folglich der Motor für die Umverteilung von "Fleißig" nach "Reich".

Vor vierzig Jahren lebten beispielsweise mehr als die Hälfte der Menschen im "BRD"-System in Wohneigentum, welches auch tatsächlich abgezahlt war. Heute ist das privatgenutzte Wohneigentum in über 80% mit Hypotheken belastet, damit steht in über 80% des privatgenutzten Wohneigentums die Bank im Grundbuch, als kleines Beispiel zum Thema schleichende Enteignung!

Dies ist auch der Grund, weshalb heute jede noch so kleine Bankfiliale eine Immobilienabteilung unterhält.

Die Herrschaften Merkel, Gauck und Schäuble sind folglich lediglich die Angestellten von Rothschild, Rockefeller und Konsorten - weiter nichts. Ihre Aufgabe ist es, die schleichende Enteignung des Staatsvolkes des Deutschen Reiches für diese Leute durchzusetzen.

Interessant ist, was ein Insider der US-amerikanischen Politik bereits vor Jahrhunderten zu diesem System zu sagen wußte:

"Wenn das amerikanische Volk jemals privaten Banken erlaubt, die Währung zu kontrollieren, dann werden die Banken zuerst durch Inflation, dann durch Deflation das Volk all seines Eigentums berauben, bis die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Vorväter eroberten

Die Geldschöpfung sollte den Banken weggenommen und dem Volk zurückgegeben werden, dem sie rechtmäßig gehört....

Ich glaube, daß Banken gefährlicher für unsere Freiheiten sind als stehende Armeen

Die moderne Theorie der Verschuldung hat die Erde mit Blut getränkt und ihre Bewohner in ein Schuldsystem gebracht, das ohne Ende wächst."

(Thomas Jefferson, 3. Präsident der U.S.A. (1743-1826))

Beim näheren Betrachten fällt auf, daß es auf der ganzen Welt ein Verteilungsverhältnis zu geben scheint, welches offenbar überall gleichermaßen gilt: Den oberen 2% einer Bevölkerung gehört etwa 50% des materiellen Reichtums einer Gesellschaft. Und den oberen 10% gehören 90% des materiellen Wohlstandes. Dies gilt nicht nur für das "BRD"-System oder für die USA, sondern für die gesamte Welt. Egal, welche Gesellschaft oder territoriale Einheit man wählt.

Da könnte man sich doch mal fragen, wem dienen Regierungen, die UN, die UNO, die (private) Weltbank, der (private) internationale Währungsfond, die WHO, und wie sie alle heißen, wem dienen die wirklich?

Hierzu paßt das folgende Zitat:

"Mich interessiert nicht, wie die Wirtschaftskrise überwunden wird, für mich zählt nur der Profit. Nicht die Regierungen beherrschen die Welt. Goldman Sachs regiert die Welt."

(Alessio Rastani Astani, BBC-Interview vom 26.09.2011)

Sehr oft ist im Alltag die Meinung zu hören, die hiesigen "Politiker" seien inkompetent, sonst würden sie doch viele unsinnige Dinge nicht machen. Dies ist jedoch sicher eine Fehleinschätzung.

Die Politiker im "BRD"-System sind die besten die man sich denken kann.

Man muß nur genau hinsehen, für wessen Interessen sie handeln!

Es erscheint immer sinnvoll, sich zu fragen, wer genau von dieser oder jener, dumm anmutenden Entscheidung oder Situation profitiert.

Es genügt, einfach gesagt, immer der Spur des Geldes folgen, um zu wissen, was in der Welt von den Machthabern so getrieben wird.

8.4. Zusammenhänge zu Krieg und Verbrechen

Solange die "BRD"-Politiker, Banker oder auch die US-Präsidenten ihre Enteignungsaufgaben für die Hochfinanz erfüllen, gewähren ihnen ihre Arbeitgeber ein gutes Auskommen. Sobald jedoch einer dieser Leute etwas tut, was der Erfüllung dieser Aufgabe zuwider läuft, kann die Luft schon mal sehr schnell sehr dünn werden, wie das Beispiel Wulff zeigt, mitunter wird die Luft für solche Leute auch schon mal bleihaltig, wie an den Beispielen Rohwedder, Herrhausen oder Kennedy zu sehen ist.

Herr Herrhausen hatte seinerzeit als Chef der Deutschen Bank seinen Einfluß dahingehend geltend gemacht, daß die dritte Welt entschuldet wird. Herrhausen wurde extrem professionell ermordet, und zwar mit einer High-Tech-Lichtschranken- und Punktladungstechnik, wie es nur militärische Geheimdienste verwenden können.

Herr Rohwedder hatte sich als Chef der Treuhandverwaltung bei der Abwicklung der DDR-Wirtschaft dafür eingesetzt, daß Sanierung vor Privatisierung stattfindet. Rohwedder wurde auf fast vierhundert Meter Entfernung durch zwei Fensterscheiben hindurch mit einem einzigen Schuß gezielt getötet, was nur von einem militärisch ausgebildeten Scharfschützen ausgeführt werden konnte. Zudem brauchte man hierzu Insider-Wissen bezüglich des Aufenthaltsortes von Rohwedder.

Um die extrem professionellen Morde an Herrhausen und Rohwedder der Öffentlichkeit plausibel zu machen, hat man schnell eine "dritte Generation" der "RAF" erfunden, was natürlich völliger Nonsens und sehr leicht durchschaubar war.

Herr Wulff hatte in seiner Funktion als "Bundespräsident" im Herbst 2011 angekündigt, daß er den sogenannten "ESM"- Vertrag nicht unterschreiben werde.

Mit diesem "ESM"-Vertrag sollte eine Brüssler Behörde eingerichtet werden, die uneingeschränkten Zugriff auf alle staatlichen, unternehmerischen und privaten Konten haben sollte, jede Geldsumme von diesen Konten abziehen können sollte, und nur selbst, das heißt einseitig klagefähig sein sollte.

Im Gegenzug sollte diese Institution sowie deren Mitarbeiter voll umfänglich rechtliche Immunität genießen. Ihre Handlungen und Dokumente sollten sie zudem geheim halten dürfen. Es handelt sich somit bei dem "ESM"-Vertrag um ein Ermächtigungsgesetz zur endgültigen Versklavung aller in Europa existierenden "Staaten", Unternehmen und Privatleute.

Bei der ganzen Schmutzkampagne gegen Herrn Wulff hatte man nichts gegen ihn in der Hand. Nichts von dem, was man ihm vorgeworfen hatte, war auch nur ansatzweise justiziabel. Zudem lagen die vorgeworfenen Dinge viele Jahre zurück. Warum man sie ihm deshalb nicht bereits Jahre zuvor vorgehalten hatte, hat jedoch offenbar seinen guten Grund: Der Umgang mit Herrn Wulff zeigt nicht nur, daß die Hochfinanz die wirkliche Macht hierzulande ist, es wird nebenbei auch noch gut sichtbar, daß es im "BRD"-System eine käufliche Schmutzjournalle gibt, die auf Kommando bereits viel früher angelegte Dossiers herausholt, um über Jahre gesammeltes und konserviertes Material aufzubereiten, um jemanden gefügig zu halten, oder zu diskreditieren, sofern er nicht für das System funktioniert, wie er es soll. Dies sind ganz klar Stasi- beziehungsweise Gestapo-Methoden!

Noch heute, über ein Jahr nach seinem Rücktritt, wird Wulff und insbesondere seine Ehefrau von der "BRD"-Schmutzjournalle diskreditiert, wobei man über Frau Wulff gezielt Gerüchte verbreitet.

Offenbar versucht die Hochfinanz hier ein Exempel zu statuieren.

Präsident Kennedy hat im Jahre 1963 durch die Executive Order No. 11110 das Federal Reserve System aufgehoben. Kennedy hatte erkannt, daß das Zentralbanksystem zu einer gigantischen Macht hinter der Regierung der USA und der ganzen Welt geworden ist. Kennedy hat auch erkannt, daß das zinsbasierte Geldsystem nur funktionieren kann, wenn ständig eine Expansion des Wirtschaftssystems stattfindet. Er hat hierin die Ursache von früheren, aktuellen und künftigen Kriegen, von Kriegstreiberei und einer ungeheuerlichen Rüstung erkannt.

Zitat:

"Denn wir haben es mit einer monolithischen und rücksichtslosen weltweiten Verschwörung zu tun, die sich hauptsächlich auf verdeckte Mittel zur Erweiterung ihres Einflußbereichs stützt - auf Infiltration statt Invasion, auf Subversion statt freier Wahlen, auf Einschüchterung statt Selbstbestimmung, auf Guerillas in der Nacht anstatt Armeen bei Tag. Es ist ein System, welches beträchtliche menschliche und materielle Ressourcen in den Aufbau einer eng geknüpften, hocheffizienten Maschinerie verstrickt hat, die diplomatische, geheimdienstliche, ökonomische, wissenschaftliche und politische Operationen kombiniert."

(John F. Kennedy am 27. April 1961)

Deshalb hat er die FED kurzerhand entmachtet. Für einige Monate gab es wieder staatliches Geld in den USA, herausgegeben vom US-Finanzministerium, und nicht mehr von der



Dollarnote des US-Finanzministeriums, wie sie vorübergehend im Jahre 1963 herausgegeben wurden.

(ganz oben zu sehen, die Aufschrift "United States Note")

Privatbank FED. Auf der Vorderseite der Dollarscheine stand dann auch wieder "United States Note" und nicht mehr "Federal Reserve Note".



Dollarnote der Federal Reserve

(ganz oben zu sehen, die Aufschrift "Federal Reserve Note")

Dann mußte natürlich alles sehr schnell gehen: Man hat Präsident Kennedy umgebracht, es einem Unbeteiligten namens Oswald in die Schuhe geschoben, und was war die erste Amtshandlung, die Nachfolger Johnson gemacht, hat ? Er hat die früheren Rechte der Eigner der FED in vollem Umfang wieder hergestellt.

Aber auch alle Medien spielten mit, bis heute wird immer wieder behauptet, ein Herr Oswald habe Kennedy umgebracht. Oswald soll innerhalb von 8 Sekunden drei Schüsse auf Kennedy (als bewegtes Ziel) aus einem alten Repetiergewehr abgefeuert, und ihn mit einer "magischen Kugel" tödlich getroffen haben, was natürlich totaler Nonsens ist.

Der Film eines Passanten (der sogenannte "Zapruda-Film"), auf dem ganz klar zu sehen ist, daß Kennedy von vorne erschossen worden ist, wurde der Öffentlichkeit fünf Jahre lang vorenthalten und wäre heute noch unter Verschuß, wenn nicht ein mutiger Staatsanwalt aus New Orleans noch nachträglich einen Prozeß ins Rollen gebracht hätte. Aber recherchieren sie selbst!

Man kann heute mit Fug und Recht behaupten, daß seit dem Tode Kennedys es kein Präsident der USA jemals mehr gewagt hat, sich in die wirkliche Politik, die von der Hochfinanz gemacht wird, einzumischen!

Im übrigen ist ja allgemein bekannt, daß die Hochfinanz regelmäßig den Präsidenten der USA fabriziert, indem sie Milliardensummen zu dessen Vermarktung (genannt "Wahlkampf") zur Verfügung stellt.

Aus diesem Grunde muß man sich nicht wundern, daß der jeweilige Präsident der USA die Interessen der Hochfinanz weltweit (gegebenenfalls auch militärisch) durchsetzt. Beispielsweise wurde ein Herr Obama wie kaum ein anderer US-Präsident zuvor von der Hochfinanz in seiner Vermarktung als Präsidentschaftskandidat finanziert. Da muß man sich nicht wundern, daß dieser Herr die Interessen der Hochfinanz besonders rücksichtslos durchsetzt.

Die Überschuldung ist offensichtlich das Hauptinstrument des weltweiten Versklavungssystems und die USA sind diejenigen, die dieses Versklavungssystem für die Hochfinanz gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln durchsetzen.

Beispielsweise hat einmal ein Herr Hussein damit begonnen, Wirtschaftsgüter mit diversen Ländern nach dem Prinzip "Ware gegen Ware" zu handeln.

Hieran hatte die Hochfinanz nicht mehr mitverdient, was der Grund war, weshalb er beiseite geschafft wurde. Und natürlich wegen der "Menschenrechte"!

Auch ein Herr Ghaddaffi hat den "Fehler" gemacht, seine Landeswährung mit Edelmetall zu decken. Hierdurch wäre im Falle einer Krise der Libysche Dinar eine

Fluchtwährung geworden, was dazu geführt hätte, daß der Wert dieser Währung im Falle des Euro- Dollar - Verfalls in astronomische Höhen gestiegen wäre. Überspitzt gesagt, hätte sich Herr Ghaddaffi ganz Europa dann "für 'nen Appel und 'n Ei" kaufen können. Deshalb mußte er beseitigt werden, und natürlich wegen der "Menschenrechte"!

Die wenigsten Menschen wissen, daß nirgendwo sonst in der Welt pro Kopf der Bevölkerung so viele Menschen im Gefängnis sind als in den USA (dem "Land of the Free"). Es ist wohl kein Zufall, daß man nirgendwo in der Welt leichter ins Gefängnis kommt als dort. In den USA sind Gefängnisse komplett privatisiert und richtige Fabriken. Es gibt Gefängnismessen, auf denen die Gefängnis-Unternehmer plausibel erklären, daß man viel billiger als in China produzieren könne, da eine Gefängnis-Arbeitskraft nur wenige Cent am Tag koste.

Unabhängig hiervon ist ein weiterer interessanter Punkt, daß in den USA derzeit 50 Millionen Menschen von Lebensmittelmarken abhängig sind.

Ist doch interessant, daß die Hochkarätigen Qualitätsjournalisten im "BRD"-System diese Neuigkeiten nicht präsentieren - oder?

8.5. Die gegenwärtige "Krise"

Von den Vertretern der Politik wird unsere Aufmerksamkeit immer wieder auf die Höhe der sogenannten "Staatsverschuldung" gelenkt.

Diese ist jedoch völlig unbedeutend, zumal diese Schulden sowieso nie zurückgezahlt werden können.

Wie alle Schulden dieser Welt, die gegenüber der Hochfinanz entstanden sind, sind auch die Staatsschulden entstanden durch Geldschöpfung aus dem NICHTS. Und wenn dieses NICHTS nicht zurückgezahlt wird, entsteht schließlich niemandem ein Schaden.

Bedeutsam ist nicht die Höhe der Schulden, sondern das Schuldanerkenntnis des Schuldners, der hierüber enteignet und versklavt wird.

Letztlich ist der eigentlich interessante Punkt, welche Summen von diesen "Staaten" beziehungsweise der "BRD"-GmbH im Laufe der Jahrzehnte an Zinsen und Zinseszinsen an die Eigentümer der FED gezahlt wurden.

Beispielsweise hat die Firma "BRD" seit ihrer Existenz 2,5 Billionen Euro Zinsen an die Hochfinanz gezahlt. Das bedeutet, wenn die Geldschöpfung nicht in der Hand einer privaten Clique, sondern in der Hand der Staatssimulation "BRD" wäre, wäre diese Firma "BRD" heute schuldenfrei!

Wie wir seit Jahren immer wieder hören, bestehe gegenwärtig eine chronische "Finanzkrise". Diese sei dadurch entstanden, daß die Menschen allgemein, und die "Staaten" (oder die Staatssimulation "BRD") im Besonderen "über ihre Verhältnisse" gelebt hätten.

Diese Behauptung ist nicht nur eine unglaubliche Frechheit sondern noch dazu eine dreiste Lüge.

Schließlich sind sämtliche Dienstleistungen und Konsumgüter, die in der Vergangenheit verbraucht worden sind, irgendwann einmal erarbeitet worden, sonst hätte die Menschheit sie schließlich gar nicht konsumieren können! Die Behauptung, daß die Menschheit oder die "Staaten" "über ihre Verhältnisse" gelebt haben, ist somit völliger Quatsch.

Es ist lediglich das Finanzsystem auf betrügerische Weise so organisiert worden, daß nunmehr sämtliche Wirtschaftsteilnehmer bei der Hochfinanz nicht rückzahlbare Geldschulden haben.

Dies wird nun von "Politikern" als Vorwand benutzt, um jedwede soziale Absicherungen der einfachen Leute zu eliminieren. Das Ziel hierbei ist offenbar, jeglichen sozialen Halt der Menschen weltweit abzuschaffen, um sie noch isolierter und somit noch leichter steuerbar zu machen.

Die derzeit bestehende Finanzkrise ist zudem nicht vom Himmel gefallen, wie uns immer wieder eingeredet wird, sondern sie wurde von den Betreibern des Finanzsystems gemacht. Dies ist sehr leicht möglich, es genügen hierzu nur einfachste mathematische Kenntnisse.

Man muß nur zur rechten Zeit die in der Welt vorhandene Geldmenge verringern und die "Rating-Agenturen" und Massenmedien richtig instruieren, um die entsprechenden psychologischen Wirkungen für seine Ziele einsetzen zu können.

Daß die gegenwärtige Finanzkrise gewollt und gesteuert ist, zeigen die beiden folgenden Zitate:

Zitat:

"Ich weiß nicht, ob eine Veränderung mit einem Knall oder einem Wimmern kommen wird, ob früher oder später. Aber so wie die Dinge stehen, ist es eher wahrscheinlich, daß es eine Finanzkrise als politische Weitsicht sein wird, welche die Veränderung herbeiführen."

(Ben Bernanke 10.04.2005 (Chef der Federal Reserve Bank))

Und sein Arbeitgeber hatte bereits Jahre zuvor die Richtung vorgegeben:

"Wir stehen am Rande einer weltweiten Umbildung, alles was wir brauchen, ist die richtige allumfassende Krise und die Nationen werden in die neue Weltordnung einwilligen."

(David Rockefeller 1994 vor dem Wirtschafts-Ausschuß der Vereinten Nationen (UN Business Council))

Man braucht an dieser Stelle nichts weiter zu erklären, die Sätze stehen für sich selbst. Nun können die interessierten Leser selbst recherchieren oder sich Gedanken machen, was die Ziele der Hochfinanz sein könnten, für die sie die gegenwärtige Krise brauchen, in welche Art von Ordnung also die Völker dieser Welt einwilligen sollen.

Beim Studium der Geschichte dürfte jedem auffallen, daß "Sozialismus" und "Kapitalismus" zwei Seiten der gleichen Medaille sind, beziehungsweise waren!

Auch in der früheren DDR hatte man einen Personalausweis und war nach diesem als eine juristische Person ausgewiesen, das heißt als eine Sache, beziehungsweise als ein Sklave. Zudem wurde auch in den Schulen der DDR und in den DDR-Medien keineswegs die internationale Hochfinanz und das zinsbasierte Zentralbanksystem als Betrugs- und Versklavungssystem kritisiert.

Genauer gesagt, wurde und wird allein die Hinterfragung und Infragestellung des zinsbasierten Zentralbanksystems geächtet, und zwar in jedem Gesellschaftssystem, sowohl in den sogenannten angeblichen "Demokratien", als auch in "faschistischen" und "kommunistischen" Diktaturen.

Es wurde in der DDR beispielsweise sehr viel Marx gelehrt. Marx hatte jedoch lediglich Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegeneinander polarisiert, das zinsbasierte Geldsystem hatte er aber nie durchleuchtet oder in Frage gestellt!

Es drängt sich der Verdacht auf, daß auch Karl Marx ein Spieler des Systems gewesen ist. Interessanterweise hatten zudem Sozialismus und Kapitalismus die gleichen Finanziere, nämlich die internationale Hochfinanz!

Zusammenfassend zeichnet sich das Bild ab, daß Sozialismus und Kapitalismus Diener der gleichen Herren waren, nämlich der internationalen Hochfinanz.

Aber glauben Sie am besten gar nichts, sondern recherchieren Sie selbst!

Es läßt sich heute sehr leicht erkennen, ob ein Autor, ein Journalist oder ein Politiker ein Spieler des Systems ist oder wirklich alternative Ansichten vertritt. Man muß nur seine Position abfragen, die er zum zinsbasierten Zentralbanksystem einnimmt. Dabei ist nicht bedeutsam, ob er eine oberflächliche Kritik am Finanzsystem übt nach dem Muster, man braucht ein bißchen mehr Kontrolle über die Banken und ein bißchen Reduktion der Leerverkäufe etc..

Entscheidend ist, welche Position er zu diesem Geld S y s t e m grundlegend bezieht!

8.6. Kuriositäten

Die heutzutage im Umlauf befindlichen "Euro"-Scheine sind nach den Kriterien der bürgerlichen Ökonomie kein Geld, noch nicht einmal "Banknoten". Es sind deshalb keine "Noten", da sie nichts, also keinen Gegenwert beurkunden (Note bedeutet Urkunde, weshalb beispielsweise ein Notar jemand ist, der etwas beurkundet). Es ist zwar die Unterschrift von einem Herrn Duisenberg hineinkopiert, es steht jedoch nicht darauf, wofür dieser Schein überhaupt steht.

Der "Euro" ist deshalb nicht mehr, als mit Druckerschwärze beschmutztes Papier. Es handelt sich bei den Euro-Scheinen somit um offizielles Spielgeld. (Herr Duisenberg hatte wohl mit dieser Lösung auch so seine Probleme, was vielleicht der Grund dafür gewesen sein wird, weshalb er eines Tages in seinem eigenen, 1,50 Meter tiefen Pool ertrunken ist).

Die Fälschung von Euro-Scheinen erfüllt deshalb nicht den Straftatbestand der Fälschung von Banknoten, sondern ist im Gegensatz zur Fälschung von echten Banknoten lediglich eine Copyright-Verletzung!

Aus diesem Grunde befindet sich auf jedem Euro-Schein ein Copyright-Zeichen (©).



500-Euro-Schein mit ©-Copyright-Zeichen

Copyright-Recht ist US-amerikanisches Recht. In Europa gibt es dieses Recht nicht, da die Urheberrechte in Europa nach hiesiger Rechtsauffassung mit der Entstehung eines Werkes selbst entstehen, und nicht eines gesonderten Rechtsaktes bedürfen.

Und somit sieht man auch bei den "Euro"-Scheinen, daß wir in einer Scheinwelt leben. Der "Euro" ist eben keine eigenständige Währung, sondern nur eine Unterform des FED-Dollars.

Nebenbei bemerkt, findet sich auf der Rückseite der FED-Dollarscheine wofür der Dollar steht, das heißt, welchen Wert er beurkundet und wie die Stabilität dieses Wertes gewährleistet werden soll:

"In God We Trust" - "Wir vertrauen auf Gott".



Rückseite einer FED-Dollar-Note "IN GOD WE TRUST".

Einige Leser werden sich noch daran erinnern, daß im Jahre 2008 von den "BRD"-Machhabern vermittelt wurde, es gebe eine "Einlagensicherung". Hierbei handelt es sich jedoch um eine Manipulation der breiten Bevölkerung ! Schließlich kann man bereits im §6 Punkt 10 der Satzung des Einlagensicherungsfonds nachlesen:

"Ein Rechtsanspruch auf ein Eingreifen oder auf Leistungen des Einlagensicherungsfonds besteht nicht."

8.7. Schlußfolgerungen

Aus allem Geschilderten folgt zwingend, daß die Geldschöpfung unter demokratische Kontrolle, das heißt, in die Hand des Rechtsstaates gehört.

Wenn es dereinst in unserem Lande eine Verfassungsdiskussion geben wird, wird die Hochfinanz alles unternehmen, um die Menschen mit Hilfe der käuflichen Medien dahingehend zu beeinflussen, daß das Recht zur Geldschöpfung weiterhin in Privathand bleibt.

Dies muß jedoch unbedingt verhindert werden, das heißt, wir werden alle darauf aufpassen müssen, daß in einem künftigen Rechtsstaat die Geldschöpfung verfassungsmäßig in der Hand des Staates bleibt, und nicht einer Clique von Privatleuten, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen, geschenkt wird. Dies ist sicher nicht das einzige, so doch eines der wichtigsten Mittel, um schwere soziale Verwerfungen und Kriege in der Zukunft wirksam verhindern zu können.

9. Die Rolle der Medien und Schulen

Einige Leser dieser Abhandlung werden die geschilderten Sachverhalte anzweifeln, da sie beispielsweise meinen, daß sich die Medien hierzulande auf derartige Ungeheuerlichkeiten sofort stürzen, und diese publik machen würden. Schließlich haben wir ja angeblich eine freie Presse und freie Medien. Eine solche Annahme wäre jedoch sachlich nicht richtig.

Gemäß dem nach wie vor gültigen SHAEF-Gesetz Nr. 76 sowie der bereits beschriebenen "Kanzlerakte" haben die drei westlichen Besatzungsmächte die Hoheit über die Medien im Besatzungsgebiet.

Es kann daher nicht verwundern, daß über die kontrollierten Medien im "BRD"-System im wesentlichen nur Dinge publiziert werden, die in entscheidenden Punkten der Desinformation sowie der Manipulation und psychologischen Steuerung der Deutschen dienen.

Wie jeder Leser leicht erkennen kann, ist die Lüge die Existenzgrundlage der "BRD". Es ist somit völlig folgerichtig, daß die "BRD" mit der Verbreitung der Wahrheit fallen muß.

Nicht ohne Grund sind im "BRD"-System fast 40.000 Bücher verboten, das sind etwa 30.000 mehr, als es zur Zeit des sogenannten "Dritten Reiches" waren. Dabei wird die Verbotsliste der Bücher, die nach 1945 erschienen sind, nicht einmal öffentlich bekannt gegeben, angeblich um Reklame-Effekte zu vermeiden, in Wirklichkeit jedoch, um die gigantische Zahl zu verschleiern.

Das Verbot einzelner Buchtitel sind im Buchhandel abfragbar, allerdings muß man hierzu den jeweiligen Buchtitel kennen.

Um an eine Liste der verbotenen Bücher im "BRD"-System heranzukommen, muß man Insider-Wissen aus dem Bibliothekswesen haben.

(http://members.odinsrage.com/zensur/zensur/die_zensur.htm)

Ebenfalls nicht ohne Grund wird die neue, gigantische "BND"-Zentrale in Berlin 10.000 Mitarbeiter beschäftigen, das sind fast doppelt so viele, wie seinerzeit in der Gestapo-Zentrale in Berlin in der Zeit des sogenannten "Dritten Reiches" beschäftigt waren.

Die Herrschaft der Hochfinanz wäre ohne die Medien nicht denkbar. Da die Hersteller des Geldes über unbegrenzte finanzielle Mittel verfügen, fällt es ihnen leicht, alle kapitalintensiven Medien - also Fernsehen, Radio und Presse - unter ihre Kontrolle zu bringen und fortan die "öffentliche Meinung" nach den eigenen Wünschen zu gestalten. Alle relevanten Medienkonzerne befinden sich in den Händen einiger weniger Persönlichkeiten ("Medien-Mogule"), die nicht im Lichte der Öffentlichkeit stehen und deren Namen man in keinem Impressum findet. Auch die "öffentlich-rechtlichen" Medien gehören nicht den Bürgern, solange der verschuldete Staat privaten Gläubigern gehört.

Wie in jeder anderen Firma, so herrschen auch in Medienkonzernen und "staatlichen" Medien hierarchische Strukturen. Jeder Journalist hat seinen Vorgesetzten, der wiederum seine Weisungen von der nächsthöheren Ebene erhält. Jeder Reporter, Nachrichtenvorleser, Moderator, "Promi", Ressortleiter, Chefredakteur und so weiter ist auf seinen Job angewiesen und hat somit den Weisungen von oben Folge zu leisten. "Wes Brot ich ess, des Lied ich sing."

Selbst der Vorstandsvorsitzende eines Medienkonzerns ist nur eine kleine Nummer im Vergleich zum Eigentümer. Wer aussichert wird mundtot gemacht oder fliegt raus.

Viele gutgläubige Menschen begründen zum Beispiel ihren Glauben an die offizielle Darstellung der Ereignisse vom 11. September 2001 damit, daß sie sich einfach nicht vorstellen können, daß alle Journalisten lügen und kein einziger auspackt. Wie naiv diese Vorstellung doch ist! Es ist überhaupt nicht nötig, daß alle Journalisten einer solchen Verschwörung angehören. Die meisten von ihnen hinterfragen die Agenturmeldungen, die sie zu kopieren oder vorzulesen haben, ohnehin nicht. Und investigative Journalisten, die den Charakter, das Selbstbewußtsein und den Mut haben, sich gegen den Mainstream zu erheben, sind rar und meist arbeitslos, so daß man sie einfach nicht zu Gesicht bekommt. Genau wie in der Politik, so kommen auch im Journalismus nur die hinterhältigsten, gerissensten, charakterlosesten und verlogenen Elemente nach oben.

Es gilt auch hier die Regel:

- Wer klug und ehrlich ist, fliegt raus oder geht selbst.
- Wer schlau und gerissen ist, spielt mit und steigt auf.
- Wer naiv und folgsam ist, verdient seine Brötchen in den unteren Ebenen.



Die Psychologie der Massen wird von den Gestaltern der "Öffentlichkeit" perfekt beherrscht. Alle Menschen sind manipulierbar. Wenn Manipulation grundsätzlich nicht funktionieren würde, dann gäbe es keine Werbepsychologen, weil sie dann nutzlos wären. Das Gehirn eines Menschen - wie intelligent er auch sein mag - ist wie ein Computer ohne Firewall und mit Hintertüren ohne Ende. Die in emotionalen Reizen verpackten Botschaften finden ihren Weg ungefiltert am Verstand vorbei direkt in das limbische System. In diesem Teil des Gehirns, wo Emotionen und Triebverhalten sitzen, entfalten die Signale die gewünschte Wirkung, meist ohne überhaupt bemerkt zu werden. Werbung ist nicht ohne Grund so teuer. Jede Sendesekunde schafft Zugang zu Millionen von ungeschützten Gehirnen, in denen man das gewünschte Verhalten auslösen kann.

Ähnliche Methoden wie in der Werbung werden selbstverständlich auch in der Meinungsmache eingesetzt. Ihr schwerstes Geschütz ist die "öffentliche Diskussion", bei der natürlich stets nur Vertreter der Systemparteien und Scheinopposition anwesend oder zumindest in deutlicher Überzahl sind. Der Zuschauer bekommt dabei den Eindruck, daß die soziale Gruppe, der er angehört, in einer Versammlung, der er beigewohnt hat, zu einer gemeinsamen Meinung gekommen sei. Er konnte zwar selbst

nichts zur Diskussion beitragen und wundert sich, daß niemand seine vermeintliche Außenseitermeinung vertreten hat. Aber der Konformitätsdruck wirkt, und er schließt sich in der Regel der veröffentlichten, vermeintlichen Mehrheitsmeinung an.

Abgerundet wird diese virtuelle Realität dann noch durch die Umfrageergebnisse der "renommierten" Meinungsforschungsinstitute. Regelmäßig belehren sie uns darüber, wie beliebt bestimmte Politiker sein sollen oder wie das Volk angeblich zu wichtigen Fragen stehen würde. Die gesamte veröffentlichte Meinung dient jedoch ausschließlich dazu, die gewünschte Meinung zu erzeugen.

Millionen Menschen unterliegen permanent dieser Täuschung und leisten dadurch selbst ihren unfreiwilligen Beitrag zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Illusion. Fragwürdige Aussagen von Politikern und Medien führen zu einem Effekt, den man in der Sozialpsychologie als "pluralistische Ignoranz" bezeichnet. Wenn Menschen sich in der Beurteilung einer Situation unsicher sind, dann neigen sie dazu, zu beobachten, wie andere Menschen sich verhalten. Diese befinden sich jedoch in derselben Schockstarre, und reagieren nicht, was einen selbst wiederum darin bestärkt, ebenfalls nicht zu reagieren.

Selbst wenn ein Fünkchen Wahrheit gelegentlich mal durchsickert, geht dies in der gigantischen, sich stets wiederholenden Informationsflut der Massenmedien einfach unter.

So läßt sich die Herde in jede gewünschte Richtung lenken. Schuldenlüge, al-Qaida, Grippewellen, Klimaschwindel und so weiter sind nur wenige Bausteine des gigantischen Lügengebäudes, in dem die meisten Menschen heute immer noch leben. Die gesamte Weltgeschichte verdient es unter solchen Umständen genauer hinterfragt zu werden. Am schnellsten kommt man der Wahrheit ein gutes Stück näher, indem man einfach zu jeder veröffentlichten Meinung über das glatte Gegenteil nachdenkt. Besser ist es natürlich, genauer zu recherchieren, denn dann erlebt man eine interessante Reise der Erkenntnis, wenn man nach Georg Christoph Lichtenbergs Devise vorgeht:

Zitat:

"Was jedermann für ausgemacht hält, verdient am meisten hinterfragt zu werden."

Die "Spitzenpolitiker" wissen sehr genau, was gespielt wird und wem sie zu dienen haben. Das Volk darf seine Gegner in den Parlamenten keinesfalls unterschätzen. Diese Staatsfeinde vertreten die Interessen der Geldhersteller und -Verleiher, was man auch leicht daran erkennen kann, wofür Rettungspakete in hundertfacher Milliardenhöhe auf Rechnung der Steuerzahler spendiert werden und wofür nicht. Doch bei den meisten Menschen ist das so noch gar nicht angekommen. Die entscheidende Rolle dabei spielen natürlich die Massenmedien. Eine Ausnahme stellt zurzeit noch das Internet dar. Dementsprechend wird es auch keine Überraschung sein, wenn mit fadenscheinigen Argumenten die allgemeine Internet-Zensur eingeführt wird. Dann wird Jeder der es wagen sollte, etwas dagegen zu unternehmen, als Befürworter von Kinderpornographie an den Pranger gestellt werden.

Alle Politiker sind auf wohlwollende Massenmedien angewiesen, um ein bestimmtes Amt und die damit verbundenen Privilegien zu erlangen. Sie brauchen die "öffentliche Meinung" auf ihrer Seite und richten all ihre Handlungen daraufhin aus. Es gibt jedoch keine "öffentliche", sondern nur eine "veröffentlichte" Meinung, die von den Eigentümern der Massenmedien erzeugt wird. Damit haben sie die Macht, jede beliebige Person in jedes beliebige Amt zu setzen, dort zu steuern und bei Bedarf wieder daraus zu entfernen.

Darum ist es auch völlig irrelevant, wer für welches Amt als Marionette dient. Alle Politiker müssen gehorchen. Doch das fällt ihnen nicht schwer, denn sonst wären sie ja nicht so weit gekommen. Während einer gesamten politischen Laufbahn herrscht das Prinzip der negativen Selektion: Zum Erreichen der lukrativsten Posten braucht man vor allem Eigenschaften wie Schauspielerkönnen, Charakterlosigkeit, Gerissenheit, Habgier und Geltungsdrang. Von Systempolitikern kann man nichts erwarten. Sie sind weder dazu ausgebildet, noch fähig, noch willens, irgend etwas anderes zu tun, als die Interessen ihrer Förderer zu vertreten.

Neue Ideale haben keine Chance. Die veröffentlichte Meinung ist ein Machtinstrument! Und derartig mächtige Werkzeuge kann man nicht mal eben schnell an sich reißen. Das System erhält sich selbst. Zuerst muß man systemkonform werden, dann bekommt man wohlwollende Medienberichte, und erst dann darf man vielleicht mal Regierung spielen. Das ist auch der Grund, warum jede Regierung im Wesentlichen immer das Gleiche tut: Teile und herrsche.

Die Parteien haben vor allem die Aufgabe, die Zinssklaven in Untergruppen einzuteilen und deren Interessen dann gegeneinander auszuspielen: Mann gegen Frau, Jung gegen Alt, geringverdienende Zinssklaven gegen besserverdienende Zinssklaven, Inländer gegen Ausländer, Christen gegen Moslems, Raucher gegen Nichtraucher, Linke gegen Rechte, Dicke gegen Dünne, Homo gegen Hetero, Hund gegen Katz und so weiter und so fort. Sollen die einen mehr Steuern oder Pflichten bekommen oder die anderen mehr Transferleistungen und Rechte oder umgekehrt? Täglich wird eine neue Sau durchs Dorf getrieben, damit Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbständige, Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Rentner sowie Minderheiten gleich welcher Art bloß nicht bemerken, daß sie alle zur Gruppe der Zinssklaven gehören, während die Feudalherren und ihr Geldsystem vom Parteienkartell stets unbehelligt bleiben.

Brot und Spiele: Staatliche Transferleistungen sind das moderne Brot. Und auch die Spiele wurden mittlerweile perfektioniert. Niveaulose Unterhaltung zur Volksverdummung, Casting-Shows zum Fremdschämen, subtile Botschaften in Filmen zur Erziehung und manipulative Musik im Radio zur Sedierung wirken wie psychologische Massenvernichtungswaffen. Und selbst die kritischsten Denker haben es schwer, wenn sie an die Informationen, die sie zum Nachdenken bräuchten, einfach nicht herankommen. Statt dessen werden sie durch Fehlinformationen in Lehrmeinung, Büchern und Dokumentationen in die Irre geführt und durch unnütze und verdrehte Nachrichten in Fernsehen, Radio und Presse abgelenkt. Das Volk muß schließlich geteilt, dumm, gleichgültig und bei Laune gehalten werden.

Man bekommt zwar viele Informationen kostenlos, jedoch kaum eine ist umsonst. Irgendwer profitiert immer davon und finanziert sie. Meistens tun das natürlich diejenigen, die über das nötige Geld verfügen oder es gar selbst herstellen. Sie steuern die Medien und die Politik und treiben so die Verdummung des Volkes immer weiter voran, bis eines Tages niemand mehr erkennt, daß die Wurzel allen Übels in der zinsbelasteten Geldschöpfung durch Privatbanken und der daraus resultierenden, allen Staaten übergeordneten Plutokratie liegt.

Den meisten Menschen ist noch gar nicht aufgefallen, daß nach jeder Wahl weitgehend die gleichen Politiker in den Parlamenten sitzen. Diese Personengruppe als Ganzes kann man als Einheitspartei betrachten, die lediglich in verschiedene Flügel eingeteilt wird. Die sogenannten Parteien sind tatsächlich nur Subparteien. Wie in der früheren DDR bekommt "die Einheitspartei" auch heute stets über 95 Prozent der Wählerstimmen.

Die Massenmedien haben das Wahlvolk dabei so gut unter Kontrolle, daß Wahlfälschungen erst gar nicht nötig werden. Rückständige Diktaturen manipulieren Wahlen, moderne Diktaturen manipulieren die Wähler. Letzteres ist nicht nur unauffälliger und effizienter, sondern sorgt sogar noch dafür, daß ein Verdacht auf Wahlfälschungen erst gar nicht aufkommt und regimekritische Demonstrationen von Anfang an gar keinen Nährboden finden.

Wahlen dienen nur dazu, die Illusion von der Demokratie aufrecht zu erhalten. Und wer nicht wählen will, dessen Stimme wird automatisch durch "die Einheitspartei", also die CDU/SUSP/DFDP/Grünen/Linke, per Umlageverfahren gestohlen. Hat ein Parlamentarier erst einmal seinen Sitz ergattert, dann kann ihm praktisch nichts mehr passieren - solange er nicht gegen die echte Regierung vorgeht, versteht sich. Als einer von Tausenden von Parlamentariern in "Bund", "Ländern" und Gemeinden muß er dann nur noch Gesetzesvorlagen abnicken, ist bis zum Lebensende reichlich versorgt und trägt für die Folgen seiner Handlungen nicht die geringste persönliche Verantwortung.

Die Lügenhaftigkeit der "BRD"-Medien hat zur Folge, daß man den üblichen Informationsquellen nicht vertrauen kann, da die "BRD"-Machthaber einen Infokrieg betreiben.

Selbst in der Wikipedia, die inzwischen bei vielen "Lügipedia" heißt, finden sich bei politischen Themen mitunter völlig abstruse Abhandlungen, beispielsweise daß es eine "BRD"-Staatsbürgerschaft gebe, daß der sogenannte "2+4-Vertrag" ein Friedensvertrag sei, daß die "BRD" Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches oder mit diesem gar identisch sei, daß ein Grundgesetz und eine Verfassung das Selbe seien etc. etc., und das alles natürlich ohne jede Quellenangaben!

Es gilt deshalb, beim Recherchieren stets auf die Quelle der Informationen zu achten!

Mitunter finden sich juristisch hochgradig verwirrende Abhandlungen in denen der Schreiber dann nach etwa 200 Seiten zu dem Ergebnis gelangt, daß die "BRD" ein "souveräner" "Staat" sei.

Es ist wichtig, sich nicht manipulieren zu lassen. Man muß einfach nur seinen gesunden Menschenverstand benutzen!

Die rechtlich saubere Existenz eines legitimen Staates ließe sich völlig kurz und knapp in der folgenden Form darlegen:

***Hier bitte schön ist die Verfassung, nachzulesen da und dort,
da bitteschön ist das Abstimmungsergebnis, sauber dokumentiert hier und da.***

Die Darstellung der Legitimation eines souveränen Staates benötigt damit noch nicht einmal eine halbe A4-Seite !!

Die Tatsache, daß man offenbar Hunderte von Seiten juristisch höchst komplizierter Abhandlungen benötigt, um die angebliche Existenz und Legitimation eines angeblich "souveränen" "Staates" "BRD" zu belegen, beweist nichts anderes, als daß man Menschen einlullen, belügen und betrügen muß, um Ihnen derartiges vorzugaukeln.

Für Fernsehzuschauer und Zeitungsleser, die aufmerksam und kritisch die tagesüblichen Inhalte durchleuchten, ist immer wieder festzustellen, wie im hiesigen Besatzungsgebiet auf Schuldkonzepte zurückgegriffen wird.

Ein gut funktionierendes Schuldkonzept ist etwa in der folgenden Form aufgebaut:

1. **Es wird eine universelle Schuld kreiert (diese gilt für alle Menschen).**
2. **Diese Schuld ist so definiert, daß sie niemals abgetragen (getilgt) werden kann.**
3. **Einjeder kann sich punktuell von der Schuld ("Sünde") entlasten, und zwar durch irgendeine Form der Zahlung (der eigentliche geschäftliche Teil des Schuldkonzepts).**

Das älteste Beispiel für ein gut funktionierendes Schuldkonzept ist die Religion. Dabei spielt es keine Rolle, welche Religion man für sich favorisiert, das Beispiel der katholischen Kirche ist jedoch besonders anschaulich:

1. **Es wird eine universelle Schuld kreiert (diese gilt für alle Menschen).**
(Bekanntermaßen kommt man in der katholischen Kirche wegen einer sogenannten "Erbsünde" bereits schuldig auf die Welt).
2. **Diese Schuld ist so definiert, daß sie niemals abgetragen (getilgt) werden kann.**
(Hierzu wird von der katholischen Kirche ein Verhaltenskodex aufgestellt, der so gestaltet ist, daß ihn niemand befolgen kann. Es werden somit alle Menschen zu permanenten "Sündern" gemacht).
3. **Einjeder kann sich punktuell von der Schuld ("Sünde") entlasten, und zwar durch irgendeine Form der Zahlung (das eigentliche Geschäft).**
Am Beispiel der katholischen Kirche ist hier der Ablasshandel, die Beichte oder die Spende an die Kirchengemeinde zu nennen, durch die der sogenannten "Sünder" vorübergehende Entlastung von seiner konstruierten "Schuld" zugesprochen bekommt, und die institutionalisierte Kirche das Geschäft macht.
Eine endgültige Entlassung aus dem Schuldverhältnis kann jedoch unter keinen Umständen erreicht werden.

Ein weiteres sehr eindrucksvolles Beispiel für ein gleichermaßen aufgebautes Schuldkonzept ist das Finanzsystem:

1. **Es wird eine universelle Schuld kreiert (diese gilt für alle Menschen).**
(Bekanntermaßen entsteht Geld nur durch Verschuldung. (Der Begriff "Geld" ist nicht von "Gold" abgeleitet sondern von althochdeutsch "Gilt" = Schuld!)
Zudem kommen aufgrund einer so definierten "Staatsverschuldung" bereits alle Kinder als "Schuldner" auf die Welt).
2. **Diese Schuld ist so definiert, daß sie niemals abgetragen (getilgt) werden kann.**
(Wie im Kapitel über das Finanzsystem dargelegt, können Schulden aus rein mathematischen Gründen in der Gesamtheit niemals beglichen werden).
3. **Einjeder kann sich punktuell von der Schuld ("Sünde") entlasten, und zwar durch irgendeine Form der Zahlung (das eigentliche Geschäft mithilfe des Schuldkonzepts).**
(Durch den Versuch der Zahlung der Kreditsumme sowie der Zinsen, durch strampeln im Hamsterrad kann der "Schuldner" (oder der "Schuldensünder") Aufschub bekommen, eine endgültige Befreiung aus dem Schuldsystem ist jedoch unter gar keinen Umständen möglich).

Ein sehr anschauliches Beispiel für ein schlaues konstruiertes Schuldkonzept ist ein speziell für die Deutschen entwickeltes Schuldkonzept. Man könnte es als das

ideologische Konzept der sogenannten "BRD" bezeichnen, eine Ideologie, die den ideologischen Klebstoff des "BRD"-Systems darstellt.

Es ist die "**BRD-Religion**":

- 1. Es wird eine universelle Schuld kreiert (diese gilt für alle Menschen).**
(Angeblich sind alle Deutschen kollektiv schuldig, egal in welchem Alter sie sind. Und zwar am ersten Weltkrieg, am zweiten Weltkrieg und natürlich am sogenannten "Holocaust").
- 2. Diese Schuld ist so definiert, daß sie niemals abgetragen (getilgt) werden kann.**
(Bekanntermaßen reisen "BRD"-Repräsentanten in der ganzen Welt herum und faseln noch immer wieder von "Deutscher Schuld".
Aber auch in den Schulen und in den gleichgeschalteten "BRD"-Medien wird immer wieder gebetsmühlenartig derartiges behauptet.
Es wird hiermit eine ewige kollektive Schuld für alle Deutschen konstruiert).
- 3. Einjeder kann sich punktuell von der Schuld ("Sünde") entlasten, und zwar durch irgendeine Form der Zahlung (das eigentliche Geschäft).**
(Durch Verschiebung von gigantischen Geldbeträgen ins Ausland sowie durch Kritiklosigkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, die der Staat und die Besatzungsmacht Israel begeht, wie auch durch massive Waffenlieferungen dorthin, kann die "deutsche Schuld" wohl vielleicht doch ein wenig abgemildert werden, jedoch wird niemals eine endgültige Entlassung aus dem konstruierten Schuldverhältnis ermöglicht).

Die "BRD"-Religion ist sehr simpel gestrickt. Es ist für einen "BRD"-Akteur immer eine sichere Bank, in Alltagsreden und Sonntagsreden von ihr Gebrauch zu machen. Ohne diese "BRD"-Religion könnte die sogenannte "BRD" vermutlich gar nicht mehr ideologisch gerechtfertigt beziehungsweise zusammengehalten werden, zumindest scheinen die "BRD"-Drahtzieher dies anzunehmen. Schließlich haben sie es nach 70 Jahren immer noch nötig, die "BRD"-Religion zu predigen, es ist beschämend, daß ihnen nach so langer Zeit noch nichts Originelleres zur psychischen Kontrolle der Deutschen eingefallen ist.

Da Zinsen und Abgaben systembedingt immer schneller steigen, braucht das System Nachschub an Arbeitskräften, um den hieraus folgenden Wachstumswahn zu bedienen. Die Einschulung erfolgt immer früher, das Gymnasium wird verkürzt, Bachelor- und Master-Studenten werden eiligst durch die Hochschulen gepeitscht, Schule und Ausbildung werden zum Drill, um den Nachwuchs möglichst schnell dem Arbeitsmarkt / Sklavenmarkt zuzuführen.

Studiengebühren und Zinsanteil in den übrigen Lebenskosten erfüllen dabei ihren Zweck: Sie treiben die Studenten in die Schuldenfalle, damit sie sich später im System gefügig verhalten. In diversen Praktika werden sie früh daran gewöhnt, sich dafür zu bedanken, daß sie kostenlos arbeiten dürfen.

Nicht zu vergessen ist, daß die Lehrpläne beziehungsweise Lehrinhalte im "BRD"-System auch heute noch von den Besatzungsmächten erstellt beziehungsweise genehmigt werden. Dementsprechend wird unseren Kindern eine politische Mißbildung und ein unglaubliche Geschichtsverfälschung zugemutet.

Nicht zuletzt haben die Schulen im "BRD"-System die Aufgabe, vom frühesten Kindesalter ein umfassendes universelles Schuldkonzept in jedem Menschen zu etablieren, um das Staatsvolk des Deutschen Reiches weiterhin kontrollieren zu können.

Das folgende Zitat bringt dies auf den Punkt:

"Als verloren kann ein Krieg nur dann gelten, wenn das eigene Territorium vom Feind besetzt ist,

die führende Schicht des besiegten Volkes in Kriegsverbrecherprozessen abgeurteilt wird und die Besiegten einen Umerziehungsprozess unterworfen werden.

Ein nahe liegendes Mittel ist, die Geschichte in der Sicht der Sieger in die Hirne der besiegten einzupflanzen. Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Geschichtsbücher der Besiegten gefunden hat, und von der nachfolgenden Generation auch geglaubt wird, dann erst kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden."

(Deutscher Anzeiger vom 15.05.1970)

In diesem Zusammenhang beantwortet sich die Frage von selbst, weshalb an Schulen des "BRD"-Systems keine Menschenrechte, und auch nicht die elementarsten Grundzüge des Völkerrechts gelehrt werden.

Und so werden unsere Kinder in den Schulen mißgebildet, in Nachmittagsserien und Abendserien verblödet und durch gewaltartige und pornographische Inhalte verroht.

("Die Verblödete Republik", Thomas Wieczorek; Knauer Verlag 2012, ISBN 3426780984)

"Mit Greuelpropaganda haben wir den Krieg gewonnen und nun fangen wir erst richtig damit an. Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird. Wenn das erreicht ist, werden sie beginnen, ihr eigenes Nest zu beschmutzen und das etwa nicht zähneknirschend, sondern in eifertiger Bereitschaft den Siegern gefällig zu sein, dann erst ist der Sieg vollendet. Die Umerziehung bedarf sorgfältiger, unentwegter Pflege wie englischer Rasen. Nur ein Augenblick der Nachlässigkeit und das Unkraut bricht durch - jenes unausrottbare Unkraut der geschichtlichen Wahrheit."

(Sefton Delmer, britischer Chefpropagandist zum deutschen Völkerrechtler Professor Grimm nach der militärischen Kapitulation.)

Und wer seine Kinder der Verdummung durch "BRD"-Schulen entziehen will, wird letztlich gewaltsam gezwungen, seine Kinder diesem System auszuliefern.

Zu diesem Thema passen die folgenden Zitate:

"Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt, Die Wahrheit steht von allein aufrecht."
(Thomas Jefferson, 3. Präsident der U.S.A. (1743-1826))

"Zum Recht des Wahrheitssuchenden gehört es, Zweifeln, forschen und Abwägen zu dürfen. Und wo immer dieses Zweifeln und Wägen verboten wird, wo immer Menschen verlangen daß an sie geglaubt werden muß, wird ein gotteslästerlicher Hochmut sichtbar, der nachdenklich stimmt.

Wenn nun jene, deren Thesen sie anzweifeln, die Wahrheit auf ihrer Seite haben, werden sie alle Fragen gelassen hinnehmen und geduldig beantworten.

Und sie werden ihre Beweise und ihre Akten nicht länger verbergen.

Wenn jene aber lügen, dann werden sie nach dem Richter rufen. Daran wird man sie erkennen. Wahrheit ist stets gelassen, Lüge aber schreit nach irdischem Gericht."

(Pfarrer Viktor R. Knirsch aus Kahlenbergdorf (Österreich))

Bekanntermaßen hängen Denken und Sprache unmittelbar zusammen. Beispielsweise hat man im Laufe der Christianisierung den Naturvölkern immer als erstes verboten, ihre eigene Sprache zu sprechen, um sie gefügig zu machen.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die Verdummung der Deutschen ist die "BILD"-Zeitung. Während Goethe einen aktiven Wortschatz von 25.000 Vokabeln hatte, kommt die "BILD"-Zeitung mit 300 Wörtern aus.

Eine sehr gelungene "BILD"-Schlagzeile zur Verdummung ist beispielsweise "Merkel kann Kanzler".

Gegenwärtig gibt es Anschläge auf die deutsche Sprache wie zu keiner Zeit zuvor. Die in allen Bereichen zu beobachtende gezielte Verprimitivierung und Anglizierung der deutschen Sprache, und nicht zuletzt die vor Jahren gegen den Willen des Volkes durchgesetzte Rechtschreibreform sind somit ein direkter Angriff auf die Denkfähigkeit des Volkes.

Hierdurch sollen offenbar die Menschen in Deutschland noch manipulierbarer und steuerbarer gemacht werden.

Aber auch die gezielte Verdummung durch Fernsehsender hat Konjunktur.

Ein durchschnittlicher Abiturient, der im "BRD"-System sein Abitur ablegt, hat im Laufe seines Lebens mehr Zeit vor dem Fernseher verbracht als in der Schulbank.

Wie Fernsehen (das Medium selbst, auch unabhängig von den Inhalten) die Persönlichkeit eines Menschen durch Interessenverlust, Passivität und Initiativemangel beschädigt, hat unter anderem Herr Professor Spitzer von der Universität Ulm eindrucksvoll nachgewiesen.

Die Inhalte tun dabei ihr übriges und führen dazu, daß Heranwachsende kaum noch ihr eigenes Gewordensein reflektieren können und kaum noch bereit sind, komplexe Inhalte zu verstehen und zu hinterfragen.

(vgl. "Vorsicht Bildschirm!", Prof. Manfred Spitzer, Klett, Stuttgart, 2005, ISBN 3120101702

sowie

"Digitale Demenz - Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen", Droemer, München, 2012; ISBN 978-3426276037)

Es ist nur durch eine systematische Desinformation erklärbar, daß den Deutschen in den vergangenen Jahrzehnten eingeredet werden konnte, das sogenannte "Grundgesetz" sei das Beste, was es auf deutschem Boden je gegeben habe, und daß es hierzulande Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebe, und noch dazu die Menschenrechte eingehalten würden, wie nirgendwo sonst auf der Welt.

Auch interessant hierbei ist, welche Rolle die Schulen im Besatzungsgebiet spielen und wie bereitwillig Lehrer und Erzieher die vorgegebenen Inhalte repetieren, ohne das zu tun, was sie ihren Schülern beibringen müßten, nämlich die Inhalte zu hinterfragen. Es verwundert daher nicht im Geringsten, das in Schulbüchern der "BRD"-GmbH tatsächlich behauptet wird, der 11. September sei von Höhlenmenschen in Afghanistan fabriziert worden und die Teilnahme der sogenannten "Bundeswehr" an diversen Kriegen sei eine ganz besonders großartige Errungenschaft.

Zum Abschluß noch ein passendes Zitat:

"Es ist leichter eine Lüge zu glauben, die man schon hundert Mal gehört hat, als die Wahrheit, die man noch nie gehört hat".

(Prof. Robert Staughton Lynd, US-amerikanischer Soziologe (1892 bis 1970))

10. Das "BRD"-System und der Kaufman-Morgenthau-Plan

Bereits im Jahre 1944 haben der damalige US-Außenminister Morgenthau und der Intellektuelle Kaufman (mit traditionell sehr guten Beziehungen zum Weißen Haus) einen Plan vorgestellt, in dem die allmähliche Auslöschung des deutschen Volkes vorgesehen war.

Man fand dies angemessen, schließlich hatten sich die Deutschen in den Augen der Hochfinanz als allzu widerspenstig dargestellt. Die Deutschen hatten schließlich in den 30er Jahren die eigene Wirtschaft aus dem internationalen Finanzsystem herausgelöst. Hierdurch konnte die internationale Hochfinanz die permanente Enteignung, wie sie gegenüber allen sonstigen Völkern praktiziert wird, am Deutschen Volke nicht mehr in bisherigerweise ausüben.

Die Pläne zur Entindustrialisierung und Auslöschung des Deutschen Volkes konnten wegen des Kalten Krieges nicht umgesetzt werden, schließlich brauchte man Westdeutschland als Bollwerk gegen die Sowjets. Da der Kalte Krieg nunmehr vorbei ist, wird Deutschland für internationale Strategiespiele nicht mehr benötigt. Weil in Deutschland nach wie vor die Alliierten die oberste Regierungsgewalt ausüben, lohnt es sich zu beleuchten, wie der Trend der Entwicklung des Deutschen Volkes aussieht, schließlich wissen wir, daß hier nichts dem Zufall überlassen, und die gesamte Gesetzgebung endverantwortlich von den Alliierten geregelt wird.

Zunächst fällt auf, daß das Deutsche Volk auf Kosten seiner eigenen Substanz lebt, die Deutschen sind das Volk mit der geringsten Kinderzahl in der Welt, wenn die letzten geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre gestorben sein werden, wird es in Deutschland nur noch etwa dreißig Millionen Deutsche geben. (**"Deutschland schafft sich ab", Thilo Sarrazin; 7. Auflage; ISBN 3421044309"**)

Zitat:

"Hundert Deutsche bekommen nur noch 63 Kinder und 39 Enkelkinder. Das wird nur noch vom Vatikanstaat unterboten.

(vgl. **Matthias Crone, Leiter des erzbischöflichen Amtes Schwerin am 06.04.2005 im "Hamburger Abendblatt"**)

Und der Trend geht unaufhörlich weiter:

(vgl. **Population Protections and Forecasts for Germany, Prof. Dr. H. Birg, Universität Bielefeld, Workshop "Demographic Change in Europe, American Academy in Berlin, 01. und 02.04.2008"**)

Zudem sind die deutschen Kinder schlecht gebildet und schlecht ausgebildet, wie man nicht erst seit "PISA"-Studien weiß.

(**"Die Verblödete Republik", Thomas Wieczorek; Knauer Verlag 2012, ISBN 3426780984"**)

Dabei haben es die ausländischen Drahtzieher des "BRD"-Systems geschafft, eine kinderfeindliche öffentliche Meinung aufzubauen, in der Frauen mißachtet werden, die sich der Erziehung von Kindern widmen und dies in den Vordergrund ihres Lebens stellen und nicht eine berufliche "Karriere".

Man fragt sich, wie es allen ernstes möglich war, das wertvollste, was ein Mensch an Leistung für die Gesellschaft erbringen kann, nämlich die Weitergabe des Lebens und die helfende und erzieherische Begleitung von Kindern ins Leben, als minderwertig zu diskreditieren.

Der Umgang mit Frau Eva Hermann nach ihren mutigen Meinungsäußerungen zu diesem Thema sind ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie die öffentliche Meinung

von Verantwortlichen im Medienbereich in diese Richtung gezielt gesteuert und gelenkt wird.

Obgleich die Berufstätigkeit von Frauen natürlich etwas sehr wichtiges und wertvolles ist, zeigt sich hierbei jedoch in der "BRD"-Gesellschaft eine extreme Umkehrung der grundlegenden Werte, wobei die Ausschließlichkeit auffällt, mit der Karriere von Frauen als positiv propagiert wird.

Die Frauen sollen schließlich im Hamsterrad der Zinssklaven mitlaufen, anstatt kostbare Arbeitszeit für Haushalt, Kinder und den Erhalt der Familie zu vergeuden, dies fordern zumindest die Emanzipationsbeauftragten in Medien um Politik.

Singles und gleichgeschlechtliche Paare werden von Medien und Politik besonders gefeiert.

Dabei hat niemand je die Zahl der Frauen erfaßt, die aufgrund dieser Manipulationen ihr gesamtes Leben ausschließlich auf berufliches Engagement hin ausgerichtet haben, um dann, in ihren vierziger Lebensjahren angekommen, diese einseitige Schwerpunktsetzung zu erkennen, keine Kinder mehr bekommen können, um bis ans Lebensende hiermit zu hadern.

Über das "BRD"-Steuer- und Abgabesystem wird dabei gewährleistet, daß Kinder zu haben, in Deutschland das größte Armutsrisiko überhaupt darstellt. Deshalb müssen junge Eltern wie verrückt im Hamsterrad einer kranken Wirtschaft rennen, um ihren Kindern wenigstens ein wenig Entwicklungschancen zu ermöglichen. Dabei können sie sich natürlich kaum noch persönlich um die Entwicklung ihrer Kinder sorgen. Sie sind deshalb auf Fremdbetreuung angewiesen.

Bekanntermaßen ist das Angebot an KiTa's und Schulhorten im "BRD"-System jedoch gezielt in einem katastrophalen Zustand gehalten.

Weiterhin wird über das berühmte steuerliche "Ehegattensplitting" gewährleistet, daß Gelder nicht etwa in Familien fließen, in denen Kinder leben, sondern dorthin wo zwei Erwachsene lediglich verheiratet sind. Was für eine gezielte Verschwendung!

Für Familien mit Kindern wird dabei der Anreiz gesetzt, daß ein Elternteil der Kinder wegen zuhause bleibt, während der Andere sich außerhäuslich in ruinöser Weise abarbeitet.

Jeder für die Familie zusätzliche Geldbetrag muß dabei möglichst von dem außerhäuslichen Elternteil erarbeitet werden, sofern der häusliche Elternteil arbeitet, wird dies mit Lohnsteuerklasse 5 bestraft.

Es wird somit eine krasse Trennung der Lebenswelten von Mann und Frau betrieben. Beide werden gezielt voneinander entfremdet.

Für häusliche Elternteile, die nach erfolgreicher Entfremdung mit dem Gedanken an Trennung / Scheidung spielen, werden von Anwälten aberwitzige Unterhaltsansprüche gegenüber dem berufstätigen Elternteil in Aussicht gestellt, wohl um den Trennungs- und Scheidungswillen gezielt zu fördern.

Während einer Trennung / Scheidung wird ein Kampf um ein Konstrukt namens "Sorgerecht" geschürt. Dabei wird in den "Scheidungsverfahren" einerseits Kindsentzug durch "Schaffen von Fakten" und das Diskreditieren des anderen Elternteiles vom "BRD"-System mit Vergabe des "Sorgerechts" belohnt. Hierzu sind weitere Akteure der Scheidungsindustrie wie "Anwälte", "Jugendamt" und "Beratungsstellen" zur Umsetzung dieser Ziele hilfreich.

Ein Umgangsrecht, wie es für die Entwicklung der Kinder wichtig wäre, wird dabei, im Gegensatz zu anderen Ländern, nicht durchgesetzt.

(EMGR Beschwerde Nr.: 1521106 vom 10. Februar 2011, Beschwerde Nr.: 40014/05 vom 07.08.2010, Beschwerde Nr.: 20578/07 vom 21.12.2010)

Offenbar wollen die ausländischen Drahtzieher des "BRD"-Systems keine psychisch gesunden deutschen Kinder sondern traumatisierte Psycho-Krüppel.

Nach einer Trennung werden die Unterhaltszahlungen nur selten durchgesetzt, sie stellen sich einfach als unrealistisch heraus. Man überläßt es dem vormals häuslichen Elternteil, den berufstätigen Elternteil mittels Kindsentzug zu erpressen, dieser muß sich nicht selten im "BRD"-System überarbeiten, damit er seine Kinder überhaupt noch zu sehen bekommt.

Ergänzend wird der berufstätige Elternteil vom "BRD"-Steuer-System gezielt bis zum Existenzminimum ausgepreßt (Steuerklasse 1 plus Unterhaltsverpflichtungen), insbesondere natürlich auch, um zu verhindern, daß er noch einmal eine Familie gründen kann und womöglich noch Kinder in die Welt setzt. Es reicht, wenn er als Arbeitsbiene das Ende seiner Tage fristet.

Nicht zuletzt wird ein gigantisches Subventions- und Förderprogramm für Abtreibungen gefahren.

(vgl. Rehder, Stefan; Blasel, Veronika, Staatsaufgabe Abtreibung - Rechtswidrig, straffrei und auch noch subventioniert, in: Lebensforum 4/2003

sowie

Merkle Alfred, Die Rolle internationaler Institutionen in der Bevölkerungspolitik, in: www.berlin-institut.org/pages/buehne/buehne_bevpol_merkle_institutionen.html 25.1.2004)

Die Familienpolitik des "BRD"-Systems läßt sich auf die Begriffe Emanzipation, Kinderlosigkeit und Zuwanderung reduzieren.

Interessanterweise wird den Deutschen immer als besondere Errungenschaft verkauft, "Exportweltmeister" zu sein. Exportweltmeister zu sein, macht ja nur Sinn, wenn man auch "Importweltmeister" ist, sonst produziert man ja nur Geschenke, ohne was davon zu haben. Und genau das ist der Fall. Damit die Konsumenten im Ausland die in Deutschland produzierten Waren auch kaufen können, versickern pro Jahr etwa 150 bis 200 Milliarden Euro aus dem deutschen Bruttoinlandsprodukt über irgendwelche dunklen Kanäle ins Ausland. Das Geld könnte man vielleicht auch für KiTa 's oder ein wirklich gutes Schulsystem verwenden oder?

Zusammenfassung

Das Deutsche Volk wird planmäßig benutzt, Sklavenarbeit für die ganze Welt, insbesondere für die Hochfinanz zu leisten, es lebt auf Kosten der eigenen Substanz, die Kinderzahl deutscher Paare ist die geringste in der Welt, die Bildung und Ausbildung deutscher Kinder sind schlecht.

Über das "Steuerrecht" und "Familienrecht" des "BRD"-Systems werden Familiengründung und Geburt von Kindern gezielt bestraft.

Die Entfremdung von Eltern untereinander, die Trennung und schließlich schmutzige Scheidungsformen sowie Kindsentzug werden gezielt mit erheblichen Anreizen gefördert, um für deutsche Kinder die schlechtestmöglichen Entwicklungsbedingungen zu schaffen.

Zur Ergänzung und zum besserem Verständnis noch einige aussagekräftige Zitate:

"Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu 'Ungleichgewichten' führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden - Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet "Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden."

(Joseph Fischer: "Risiko Deutschland", Kiepenheuer & Witsch (1994); ISBN: 3462023411)

"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig."

(Jürgen Trittin, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 02.01.2005)

"Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land."

(Vorstand der BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN München 10.11.2011)

"Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischstämmiger Richter über Euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt Eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament Eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates Eurer New Economy wird. Nicht Ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren und humanisieren, sondern wir werden es tun - für Euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern."

(M. Walid Nakschbandi, in WIDERHALL NR. 10)

11. Zwischenfazit

Die "BRD" ist kein Staat. Sie erfüllt keines der drei völkerrechtlich notwendigen Kriterien nach der Drei-Elemente-Lehre.

Die "BRD" übt weder eine eigene Staatsgewalt aus, noch hat sie ein eigenes Staatsvolk, noch hat sie ein Staatsgebiet beziehungsweise ein Territorium.

Die "Bundesländer" und die "BRD" sind Bestandteil des Besatzungsrechts und können nur existieren, weil das Besatzungsrecht weiterhin in Kraft ist.

Im Falle der Aufhebung des Besatzungsrechtes wären die "Bundesländer" und die "BRD" augenblicklich nicht mehr existent.

Aufgrund dessen, daß die BRD kein Staat ist, kann sie keine eigene Staatsangehörigkeit definieren oder vergeben. Es gibt auf der ganzen Welt keinen einzigen "Bundesbürger".

Die "BRD" war bis 1990 eine deutsche Selbstverwaltungsorganisation unter Oberhoheit der drei westlichen Besatzungsmächte. Bis zum Jahre 1990 hatte die "BRD" ein definiertes Territorium und war somit als eine Gebietskörperschaft anzusehen.

Im Jahre 1990 erfolgte die Umwandlung der "BRD" aus einer Gebietskörperschaft in eine Personengesellschaft, genauer, in eine Firma mit der Struktur einer GmbH. Das Agieren der Firma "BRD" wird nach wie vor von den drei westlichen Besatzungsmächten bestimmt.

Weder der sogenannte "Einigungsvertrag" noch der sogenannte "2+4-Vertrag" sind jemals rechtswirksam zustande gekommen.

Unabhängig davon, daß die "BRD" keine Gebietskörperschaft ist, kann aufgrund der nach wie vor rechtsgültigen alliierten Bestimmungen insbesondere Berlin kein Bestandteil der "BRD" sein.

Die "BRD" ist eine Firma in Deutschland, sie ist jedoch nicht Deutschland. Deutschland ist gemäß den Bestimmungen der Alliierten das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937. Eine Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches in Gestalt der "BRD" war zu keiner Zeit gegeben. Repräsentanten der Firma "BRD" dürfen sich im Ausland nirgendwo als Repräsentanten von "Deutschland" ausgeben.

Auf internationalen Urkunden und der Vorderseite von Reisepässen verwenden "BRD"-Stellen als Hoheitszeichen den Reichsadler des Deutschen Reiches aus der Zeit der Weimarer Republik. Einen "Bundesadler" gibt es nicht.

Reisepässe und "Personalausweise" der Firma "BRD" sind selbst nach "BRD"-Bestimmungen aufgrund eines falschen Eintrages der "Staatsangehörigkeit" ungültig.

Sämtliche Stellen der Firma "BRD" sind lediglich "BRD"-Unterfirmen.

Die zahlreichen polizeiähnlichen Firmen des "BRD"-Systems sind rechtlich privaten Sicherheitsdiensten gleichzusetzen.

"BRD"-Gerichte sind lediglich private Schiedsgerichte.

Die sogenannte "Bundeswehr" ist eine Söldnertruppe, sie wird für illegale Angriffskriege und Kriegsverbrechen im Interesse ausländischer Machthaber eingesetzt, allein ihre Existenz ist eine massive Völkerrechtsverletzung.

Repräsentanten der Firma "BRD" versuchen mittels der Tatbestände "Täuschung im Rechtsverkehr" und "Amtsanmaßung" einen Staat zu simulieren. Sie verhalten sich damit wissentlich schwerstkriminell.

Da Stellen der "BRD" keinerlei Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt haben, können sie jedweden Personen, Unternehmen oder Gemeinden lediglich geschäftliche Angebote unterbreiten, deren Annahme ausschließlich auf Freiwilligkeit beruht.

Seit Beginn des zweiten Weltkrieges besteht völkerrechtlich der Kriegszustand fort, eine Friedensregelung und damit ein Ende des Besatzungsrechts in Deutschland ist nicht in Sicht.

Der einzige, nach wie vor völkerrechtlich legitime Staat auf deutschem Boden, ist das Deutsche Reich mit seinen Reichsländern beziehungsweise Bundesstaaten. Das Deutsche Reich erfüllt gegenwärtig zwei der drei völkerrechtlich notwendigen Merkmale der Drei-Elemente-Lehre. Es verfügt über ein Staatsvolk und über ein definiertes, international anerkanntes staatliches Territorium.

Das Deutsche Reich kann derzeit lediglich die Staatsgewalt nicht ausüben.

Das Deutsche Reich wird von den drei westlichen Besatzungsmächten, allen voran der Hauptsiegermacht USA, mit Hilfe der Firma "BRD" handlungsunfähig gehalten, damit es keinen Friedensvertrag einfordern, beziehungsweise schließen kann. Die Folge einer Friedensregelung mit dem Deutschen Reich wäre die Auflösung der UN, und damit das Ende der völkerrechtlichen Absicherung der absoluten Vormachtstellung der USA in der Welt. Es wäre das Ende der völkerrechtlichen Legitimation sämtlicher weltweiter Tötungs- und Zerstörungshandlungen der USA.

Die Massenmedien und Ersteller der Lehrpläne an den Schulen im "BRD"-System sind den drei westlichen Besatzungsmächten weisungsgebunden. Sowohl die Schulen als auch die Massenmedien erfüllen ihre Aufgabe zur Niederhaltung des Staatsvolkes des Deutschen Reiches, unter anderem mittels eines universellen, Kollektivschuldkonzeptes als Teil einer "BRD"-Religion, aber auch mittels gezielter Desinformation, Geschichtsfälschung, Verdummung, Verblödung und Verrohung.

Derzeit werden die Menschen in der westlichen Welt über einen juristischen Trick versklavt. Sämtliche Staaten werden allmählich handlungsunfähig gestellt, und Firmenkonstruktionen darüber errichtet, mittels derer die Menschen durch ausschließliche Anwendung von Privatbeziehungsweise Handelsrecht und Umgehung von jeglichem staatlichen Recht, ihrer Bürger- und Menschenrechte beraubt werden.

Die wirklichen Herrscher in der Welt sind die Vertreter der internationalen Hochfinanz. Deren Macht basiert auf einem betrügerischen, zinsbasierten Zentralbanksystem, mit dessen Hilfe die Menschen, Unternehmen und Staaten weltweit permanent schleichend enteignet werden.

Sämtliche "Staaten" sind nicht nur von diesem Herrschaftssystem abhängig, sie sind vielmehr die Erfüllungsgehilfen dieser internationalen Hochfinanz.

Die Akteure der internationalen Hochfinanz agieren als Rüstungs- und Kriegstreiber.

Ein sogenannter "Terrorismus" wird auf Geheiß der Hochfinanz weltweit geheimdienstlich inszeniert, um als Vorwand zu dienen, verbrecherische Kriege zu führen, die Grundrechte in den westlichen Ländern komplett abzuschaffen, und die Menschen für die Hochfinanz gläsern zu machen, um deren Enteignung und Versklavung weiter voranzutreiben.

Auf Betreiben der drei westlichen Besatzungsmächte, insbesondere der USA, wird der Kaufman/Morgenthau-Plan umgesetzt. Er beinhaltet die schleichende Auslöschung des Deutschen Volkes. Durch die Umsetzung dieses Planes lebt Deutschland auf Kosten der eigenen Substanz. Deutsche haben aufgrund der entsprechenden Anreiz- und Steuerungssysteme des "BRD"-Systems die geringste Kinderzahl der Welt, deutsche Kinder werden noch dazu gezielt schlecht gebildet und schlecht ausgebildet. Ein erheblicher Teil des deutschen Brutto-Inlandsproduktes fließt über dunkle Kanäle ins Ausland, damit es für die Reproduktion der physischen Lebensgrundlagen des Deutschen Volkes nicht mehr zur Verfügung steht.

Damit erbringt das Deutsche Volk Sklavenarbeit für die gesamte Welt, es wird zudem für die internationale Hochfinanz permanent schleichend enteignet und langfristig ausgelöscht.

12. Welche Zukunftschancen bestehen?

Vermutlich werden die meisten Leser aus den vorliegenden Ausführungen ebenfalls ableiten, daß es nicht sinnvoll sein kann, nunmehr die 98. Partei im "BRD"-System zu gründen, um zu rechtsstaatlichen Verhältnissen zu gelangen.

Alle Parteien, die einmal im "BRD"-System als Opposition begonnen haben (auch "Linke" oder "Grüne"), sind inzwischen zu Systemparteien verkommen, die das Volk belügen, und sich in ihre eigene Tasche wirtschaften.

Schließlich ist von den Systemparteien nichts Ehrliches zur Rechtslage in Deutschland oder zu den Mechanismen des internationalen Finanzsystems zu hören.

Die einzige Schlußfolgerung aus den Lügen und Betrügereien der oberen Vertreter des "BRD"-Systems kann deshalb nur heißen, daß man überhaupt nicht mehr an irgendeiner "BRD"-Wahl teilnimmt, wo man seine Stimme ohnehin nur abgibt. Man verschafft diesen Kriminellen noch eine Scheinlegitimation, die sie für ihre betrügerischen Machenschaften weiter mißbrauchen.

Demokratie unter einem kapitalistischen System ist eine Illusion. Wie der Name sagt, bedeutet Kapitalismus "Herrschaft des Kapitals", und nicht "Herrschaft des Volkes". Der Volksmund sagt es: "Geld regiert die Welt", folglich ist das Zentrum der Macht die Hochfinanz.

Dabei ist es nicht sinnvoll, gegen das "BRD"-System oder das Finanzsystem "anzukämpfen". Dies sollte man einfach nicht tun.

Es ist viel sinnvoller, sich für etwas Neues einzusetzen, als gegen etwas Altes zu kämpfen, und damit dieses Alte noch mit Energie zu versorgen.

Neuerdings gibt es engagierte Menschen, die Strafanzeigen stellen gegen "BRD"-Bedienstete (Merkel, Schäuble etc.) wegen Hochverrats etc, insbesondere im Zusammenhang mit dem "EU"-Ermächtigungsgesetz "ESM".

Sie berufen sich dabei auf den Artikel 20 des Grundgesetzes. Herr Professor Schachtschneider hat sich in diesem Zusammenhang einen Namen gemacht. Dabei fällt jedoch auf, daß diese Menschen mit staatsrechtlichen Argumenten gegen eine Firma argumentieren. In einer Firma bestimmt jedoch immer die Geschäftsführung, was das Personal zu tun hat, und nicht umgekehrt.

Dementsprechend dürftig sind auch die Ergebnisse von Herr Schachtschneider und seinen Mitstreitern, bei aller Anerkennung für deren Heraustreten aus der Masse der Abnicker.

Es gibt durchaus einige Wege, um sich kampflos dem "BRD"-System zu entziehen. Denn:

"Wahrlich siegt, wer nicht kämpft!" (altes chinesisches Sprichwort).

Es ist hilfreich, sich zu vergewissern, daß das "BRD"-System unnötig ist. Schließlich gab es zwischen 1945 und 1949 keine "BRD" und die Menschen sind in jener Zeit auch nicht aufeinander losgegangen oder über sich hergefallen. Es wird uns immer suggeriert, daß es ohne das "BRD"-System Chaos gebe.

Dies ist jedoch Unsinn. Wir brauchen keinen Schäuble, keine Merkel und keinen Gauck die uns sagen, was für uns richtig oder falsch sei.

Um aus dem Alten herauszukommen, ist es nötig, Selbstverantwortung zu übernehmen und der Begriff Selbstermächtigung spielt hierbei eine zentrale Rolle. Dies können sich die meisten Menschen leider noch gar nicht vorstellen.

Wenn man sich über die Frage Gedanken macht "Was macht Mächtige mächtig und Ohnmächtige ohnmächtig?", kommt man rasch zudem Ergebnis, daß diese Frage in aller Regel wenig mit Geld zu tun hat. Vielmehr hat dies mit Verhaltensweisen zu tun!

Was tun **Mächtige** den lieben langen Tag? Sie

- proklamieren, - delegieren, - postulieren, - erlassen, - gebieten,
- verordnen, - genehmigen.

Was tun **Ohnmächtige** - was macht "die Masse" den lieben langen Tag (wenn sie nicht gerade fern sieht)? Sie

- protestieren, - reklamieren, - demonstrieren, - befolgen, - petitieren und vor allem:
- beantragen!

Haben letztere Dinge schon einmal irgendwann irgendetwas gebracht?

Stichwort "Stuttgart 21", "Castortransporte", "Startbahn West", "Brockdorf", "Wackersdorf", "Stationierung von Mittelstreckenraketen" etc., etc..

Die "BRD"-Machthaber sind da offenbar viel eher der Meinung:

"Unsere fleißigen Steuerzahler haben das Recht, auch mal zu sehen, wie der Wasserwerfer funktioniert, den sie bezahlt haben!"

Ein typischer Deutscher meldet eine Demonstration ja auch an, er stellt einen Antrag bei der Obrigkeit, ob er gegen sie demonstrieren darf. Ist doch eine coole Nummer oder? Dazu sagt man dann Freiheit und Demokratie!

Lenin, einer der großen Verbrecher dieser Welt, hat einmal treffend formuliert:

"Mit den Deutschen kann man keine Revolution machen, wenn man denen sagt, sie sollen den Bahnhof erobern, kaufen die erst einmal eine Bahnsteigkarte."

Aus dem bisher Geschriebenen folgt, daß man bestimmte Dinge nicht tun sollte:

Man vermeide es in seinem Leben unbedingt, seine Stimme abzugeben und einen Antrag zu stellen !

Wenn man einen Antrag stellt, erkennt man die Zuständigkeit des Gegenübers an. Man schließt einen Vertrag und anerkennt dessen AGB's.

Damit hat man zumindest im "BRD"-System schon mal verloren.

Man verhalte sich im Alltag als mündiger Bürger, dann strahlt man das auch aus und dann wird man auch so gesehen und behandelt.

Hierzu passt ein schönes Zitat:

"Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen."

(Friedrich Schiller)

Aber die Frage ist nicht vordergründig, was man nicht tun sollte, sondern was man stattdessen tun kann! Denn: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es! Das Böse siegt allein dadurch, wenn das Gute nichts tut.

Es gibt Niemanden, der uns die Freiheit zurück gibt, die müssen wir uns selbst holen, und das ist auch gut so!

Dies ist mitunter schmerzhaft, da es sich hierbei für jeden einzelnen um einen Schritt aus seiner ganz persönlichen Komfort-Zone handelt.

Zunächst sollte man sich mit der Rechtslage vertraut machen.

Ein Volk, daß seine Rechte nicht kennt, hat keine Rechte!

Rechtskenntnisse sind keine Bringschuld der Oberen, sondern eine Holschuld von uns! Es ist wichtig, sich stets weiter zu informieren, und vor allem unabhängig, jenseits des Mainstreams!

Derzeit ist in unserem Lande sehr viel in Bewegung, auch wenn diese Bewegungen von den gleichgeschalteten "BRD"-Medien gegenwärtig noch gezielt totgeschwiegen werden.

Mitunter arbeiten Vertreter des "BRD"-Systems auch gezielt mit Angst und Einschüchterung, beispielsweise mit der Angst vor Kontopfändung, Führerscheinerkennung, etc. etc..

In diesem Zusammenhang ist sehr wichtig sich zu vergewissern, daß man sich nicht "absichern" kann, indem man untätig bleibt.

Es gilt der alte Satz von Benjamin Franklin:

"Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!"

(Benjamin Franklin, einer der Gründungsväter der U.S.A. (1706 bis 1790))

Es gibt sehr viele Gruppierungen, deren Mitglieder die Rechtslage erkannt haben, und auf dieser Basis Alternativen ausprobieren. Die wichtigsten seien kurz vorgestellt:

Handlungen Einzelner

Steuerboykott / Bußgeldboykott

Sehr viele Einzelne, die die Rechtslage erkannt haben, haben ihre Geschäftsbeziehung mit dem "BRD"-System in Form einer Personenstandserklärung beendet. Sie zahlen beispielsweise keine Bußgelder und keine Steuern mehr, da hierfür ja schließlich keine Rechtsgrundlage besteht, weder für Personen innerhalb des "BRD"-Systems und erst recht nicht für jene, die sich außerhalb des "BRD"-Systems gestellt haben.

Der Entzug des Geldes ist zudem eine wichtige Form des Widerstandes gemäß Art. 20 Abs. 4 "GG" gegen die Faschisierung der Gesellschaft über das Konstrukt "EU" und insbesondere das Ermächtigungsgesetz "ESM", sowie gegen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch das "BRD"-System.

Boykott der gleichgeschalteten Systemmedien

Eine wirksame Maßnahme ist, sich nicht mehr den Manipulationen und Lügen der gleichgeschalteten "BRD"-Massenmedien auszusetzen. Viele haben ihre Zeitungen und Zeitschriften abbestellt, und informieren sich aus dem Internet, bei den alternativen Quellen.

Nicht ohne Grund brechen die Auflagen der gleichgeschalteten "BRD"-Massenmedien immer weiter ein.

("Spiegel" und "Stern" schwach wie Jahrzehnte nicht; Medienmagazin DWDL.de, IVW 2/2011 und 4/2011)

Es gibt eben kaum noch Menschen, die Lust haben, sich mit den althergebrachten Lügen die Welt erklären zu lassen.

Wegen des persönlichkeitszerstörenden Effektes des Mediums Fernsehen in Verbindung mit den entsprechenden Verdummungsinhalten des "BRD"-Systems,

halten viele Eltern ihre Kinder von diesem Medium fern, aber auch sehr viele Erwachsene schützen sich auf diese Weise vor der Verblödung. In der Tat ist ein radikaler Schnitt das Beste: Alles abschalten, abmelden, und nur noch über unabhängige Medien informieren!

Die dauerhafte Meidung der "BRD"-Lügenmedien und insbesondere des Mediums Fernsehen ist schon mal ein guter Schutz vor Persönlichkeitszersetzung und Verdummung.

Die Gehirnwäsche der System-Medien ist so allgegenwärtig und so effektiv, daß man sie erst erkennen kann, wenn man sich ihr einige Wochen lang konsequent entzogen hat.

Schutz vor Enteignung durch das "BRD"-System

Man sollte sich verdeutlichen, daß die rechtlichen Grundlagen, sich kampfflos dem "BRD"-System zu entziehen, mitunter das System selbst liefert.

Es gibt viele Erfolge im Versuch, sich effektiv vor Enteignungsübergriffen durch das "BRD"-System beziehungsweise der internationalen Hochfinanz zu schützen.

Da nämlich nach bürgerlichem Recht nur Eigentum gepfändet werden kann, Besitz jedoch nicht, ist es unter Umständen sinnvoll, sich so intelligent von seinem Eigentum zu trennen, daß man auf Besitz nicht verzichten muß.

Durch die Gründung von Stiftungen oder Vereinen kann man sich von seinem Eigentum trennen, ohne auf den Besitz verzichten zu müssen.

Boykott der "BRD"-KiTa's und "BRD"-Schulen

Aufgrund des Manipulations- und Lügencharakters der Lehrpläne in Schulen des "BRD"-Systems haben sehr viele Eltern begonnen, ihre Kinder selbst zuhause zu unterrichten und sich der Schulpflicht des "BRD"-Systems zu entziehen.

Wegen terrorartigen Aktivitäten von Vertretern des "BRD"-Systems ("Jugendamt", "Gerichte") zur Erzwingung des Schulbesuches haben bereits zahlreiche Familien aus dem deutschen Besatzungsgebiet in den USA Asyl beantragt und auch bewilligt bekommen!

Unabhängig hiervon kann man auch im "BRD"-System freie KiTa's, freie Schulen und freie Universitäten gründen!

Freie KiTa's und Schulen gibt es bereits sehr viele, und die Kinder können so der alltäglichen Verdummung und Verrohung und der Geschichtsverfälschung von "BRD"-KiTa's und "BRD"-Schulen auf diese Weise entzogen werden.

Wirtschaftliche Förderung der eigenen Region

Große Konzerne stehen in der Regel im Eigentum Weniger im Hintergrund. Sie schöpfen oft Macht und Profite aus Kinderarbeit, Ausbeutung, Krieg, Umweltzerstörung und Korruption.

Alternativen bieten Wochenmärkte und regionale Hersteller, von deren Moral man sich vor Ort überzeugen kann. Außerdem fördert man damit die eigene Region wirtschaftlich.

Boykott der Pharmamafia

Darüber hinaus ist es hilfreich und wichtig, sich nicht mehr der Pharmaindustrie auszuliefern. Schließlich können die Medikamente der Konzerne keine Gesundheit bringen, da nur an chronischer Krankheit verdient werden kann. Der Einfluß der Pharma-Mafia auf Politik und Medizinstudiums-inhalte sowie auf Verschreibungsverhalten von Ärzten ist immens. Alternative Medizin bringt deshalb oft viel mehr.

Vom betrügerischen zinsbasierten Zentralbanksystem kann man sich befreien, indem man das Geld der internationalen Hochfinanz nicht mehr benutzt. Ein Weg hierzu ist als Sofortmaßnahme, daß man sein Geld nicht in "Euro" anlegt, sondern in Dinge, die man wiegen und messen kann, beispielsweise in Gold und Silber. Dies ist letztlich auch eine Möglichkeit der "Abstimmung mit den Füßen".

Aus gleichem Grunde haben viele Menschen eigene, zinsfreie Regionalwährungen entwickelt, die im Dienste der Gemeinschaft stehen, und nicht im Dienste einer privaten Clique.

Derzeit gibt es im Besatzungsgebiet über 700 Regionalgeldinitiativen, denen man sich anschließen kann,

Je mehr Menschen sich diesen Initiativen anschließen, indem Sie Regionalgeld akzeptieren, um so tragfähiger werden sie als Alternative zum gegenwärtigen Betrugsgeldsystem mit allen Gefahren wie Hochrüstung und Kriege.

Gewerbsmäßiger Tausch ohne Bankengeld ist gegenwärtig durch die Regeln des "BRD"-Systems verboten. Wenn beispielsweise ein Gärtner einem KfZ-Mechaniker den Garten richtet und dabei als Gegenleistung das Auto repariert bekommt, machen sich im "BRD"-System beide der "Steuerhinterziehung" schuldig.

Nichts desto trotz ist es wichtig, sich auf diese weise gegenseitig zu helfen und das kriminelle Hochfinanz-System durch den damit verbundenen Energieentzug zu schwächen.

Des Weiteren ist es wichtig, sich der Versicherungswirtschaft zu entziehen. Versicherungskonzerne sind lediglich eine Zusammenballung von Juristen, Statistikern und Verkäufern.

Sie kreieren und verkaufen Verträge, aus denen für ihre Opfer nur Beiträge entstehen, während Leistungen weitestgehend ausgeschlossen werden. Über ihre Kontakte in die Politik schreibt sich die Versicherungsmafia die Gesetze für ihre Branche selbst. Die meisten Versicherungen sind deshalb staatlich gedeckter Betrug.

Bekennen zu unserem Staat

Beispielsweise kann man "Flagge zeigen", indem man am Nummernschild seines Fahrzeuges schwarz-weiß-rote Aufkleber aufbringt. Hierdurch kann man sich auch ersparen, Reklame für eine verbrecherische Firma namens "EU" zu machen.



Aufkleber des Deutschen Reiches als Interimsregelung bis zum Aufbau reichseigener Kraftfahrtämter mit eigenen Nummernschildern.

Das blaue "EU"-Firmenlogo auf dem "BRD"- Nummernschild ist lediglich Werbefläche und gehört nicht zum Urkundenteil des Nummernschildes.

Zudem weisen sich immer mehr Menschen mit Interims- oder Reichsdokumenten aus.



Reichspersonalausweis und Reichsführerschein



Reichsreisepass

Das Entscheidende, wodurch Stellen der "BRD"-GmbH unzuständig werden, ist jedoch nicht, womit man sich ausweist, sondern daß man es unterläßt, sich mit einem "Bundespersonalausweis" auszuweisen!

Die Erfolge sind bereits seit Jahren sichtbar, weit über 95% derjenigen, die entsprechend rechtlich sauber argumentieren, werden vom "BRD"-System in Ruhe gelassen. Schließlich sind die meisten "BRD"-Polizisten einmal in diesen Beruf gegangen, weil sie erkannt haben, daß die Einhaltung von Recht und Gesetz für das Zusammenleben wichtig ist, und wenn man den normalen Polizisten die Rechtslage erklären kann, hat man schon einmal viel erreicht und gute Chancen, rechtskonform behandelt zu werden.

Organisation in der eigenen Gemeinde

Jede Gemeinde im Besatzungsgebiet kann selbst entscheiden, ob sie sich dem "BRD"-Recht unterordnet oder nicht. Viele Einzelne aber auch einige Gemeinden haben begonnen, die vormals vom "BRD"-System betriebenen Änderungen der rechtmäßigen Gebietsgliederung des Deutschen Reiches in Form von illegalen Gemeindegemeinschaften zurückzunehmen und in der Nachbarschaft und in der jeweiligen Gemeinde sich zu organisieren.

Bewegung "GG 146"

Man könnte sich zum Beispiel der Bewegung "GG 146" anschließen, es geht hierbei um die Beantragung der eigenen persönlichen Entnazifizierung, da mit der von der "BRD" vergebenen Staatsangehörigkeit "DEUTSCH" eine Nazifizierung eines jeden Inhabers eines "Bundespersonalausweises" betrieben wurde.

DPHW

Nichts desto Trotz gibt es immer wieder auch System-Rambos, die sich beispielsweise für "BRD"-Gerichtsvollzieher mit Dokumenten ohne richterliche Unterschrift mißbrauchen lassen, um irgendeine unrechtmäßige "Pfändung" oder sonstige Enteignungsmaßnahmen durchzusetzen.

Wie wir wissen, sollen wir ja für die Hochfinanz schleichend enteignet werden. Aus diesem Grunde gründen viele Menschen lokale Bürgerwehren, ein hierzu bestehender übergeordneter Verband ist das sogenannte DPHW (Deutsches Polizei Hilfswerk) und könnte zumindest eine erste Anlaufstelle für diejenigen sein, die am Aufbau einer volksdemokratischen Exekutive mitwirken wollen.

Hierdurch kann man sich und seine Nachbarn wirksam vor unrechtmäßigen Enteignungs- und sonstigen Übergriffen durch das "BRD"-System schützen.

Staatliche Selbstverwaltungen

Die Menschen, die diesen Weg begonnen haben zu gehen, stützen sich auf die UN-Resolution 56/83 die da lautet:

UN Resolution A/RES/56/83 vom 28. Jan. 2002/Art. 9:

Zitat:

Verhalten im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen: *"Das Verhalten einer Person oder Personengruppe ist als Handlung eines Staates im Sinne des Völkerrechts zu werten, wenn die Person oder die Personengruppe im Falle der Abwesenheit oder des Ausfalls der staatlichen Stellen faktisch hoheitliche Befugnisse ausübt, und die Umstände die Ausübung dieser Befugnisse erfordern".*

Aufgrund des Ausfalles der staatlichen Stellen hierzulande kann sich somit Einjeder in die staatliche Selbstverwaltung, beziehungsweise zu einem Ein-Mann-Staat erklären, aber auch Zusammenschlüsse zu Gruppierungen sind auf dieser rechtlichen Basis möglich.

Allerdings ordnet man sich hiermit dem UN-Recht, und damit dem Siegerrecht des zweiten Weltkrieges unter.

Die Staatlichen Selbstverwaltungen haben mittlerweile eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, ihr Vorsitzender ist Peter Frühwald, der im Politikgeschäft der "BRD" über 30 Jahre Erfahrung besitzt.

Durch eine Indiskretion im sächsischen Innenministerium wurde bekannt, daß sich bereits über 400.000 Menschen dieser Bewegung angeschlossen haben (Stand 03/2012).

Inzwischen haben die Staatlichen Selbstverwaltungen die "Republik Freies Deutschland" gegründet, und als Staat eine Registrierung bei den UN erreicht. Damit ist diese "Republik Freies Deutschland" mehr Staat als die sogenannte "BRD", die dort nur einen NGO-Status hat.

Deutsches Amt für Menschenrechte

Die Gründung des Deutschen Amtes für Menschenrechte wurde in erster Linie von Herrn Selim Sürmeli initialisiert, bei der Arbeit dort wird die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen durch das "BRD"-System, aber auch weltweit, in den Vordergrund gestellt.

Die Tätigkeit dieses Amtes basiert auf den geschilderten Rechtsgrundlagen, darüber hinaus beansprucht diese Gruppierung eine Weltanschauungsgemeinschaft im Sinne des Artikels 140 des "Grundgesetzes" zu sein, wobei Weltanschauungsgemeinschaften sowohl im "BRD"-System als auch nach der Weimarer Verfassung den Religionsgemeinschaften gleichgestellt sind und eigene gebietskörperschaftliche, das heißt hoheitliche Befugnisse zugestanden werden müssen, und zwar ohne daß hierfür ein besonderes Anerkennungsverfahren durchlaufen werden muß!

(vgl. GG Art. 140

in Verbindung mit

Art 137 (2), (3) und (7) WRV)

Die zugestandenen hoheitlichen Befugnisse beinhalten insbesondere auch die Bildung eigener Ämter und einer eigenen Gerichtsbarkeit!

Insofern sind Weltanschauungsgemeinschaften und Religionsgemeinschaften gleich zu behandeln.

Beispielsweise genießt die katholische Kirche gegenüber dem "BRD"-System diese Rechte, dies zeigt sich darin, das beispielsweise Kirchenfunktionäre, die Kinder sexuell mißbraucht haben, nicht vor "BRD"-Gerichten zur Verantwortung gezogen werden, sondern vor der eigenen Gerichtsbarkeit der katholischen Kirche. Das Amt für Menschenrechte beansprucht folgerichtig diese gleichen Rechte. Unabhängig hiervon werden die Mitarbeiter des Amtes für Menschenrechte jedoch von Vertretern des "BRD"-Systems in vielen Fällen an der Ausübung ihrer weltanschauungsgemeinschaftlichen Arbeit rechtswidrig gehindert.

Initiative "NeuDeutschland"

Die Initiative "NeuDeutschland" stellt die Schaffung autonomer Wirtschaftsbeziehungen sowie das Betreiben eines autonomen Währungssystem in den Vordergrund der eigenen Arbeit.

Die Gründung dieser Initiative geht auf die Pionierarbeit von Herrn Peter Fitzek und Herrn Andreas Clauss zurück und arbeitet hauptsächlich in der Region um Wittenberge. Dabei haben sich bereits viele Privatpersonen und mittelständische Firmen in Deutschland angeschossen, die das "Engel-Geld" akzeptieren sowie das Wirtschafts- und Rechtssystem dieser Initiative mit tragen.

Zur Vermeidung von Energieverlusten konnte die Initiative "NeuDeutschland" bereits zahlreiche Oberlandesgerichtsurteile des "BRD"-Systems erstreiten, in denen klar festgelegt wurde, daß "BRD"-Stellen für die einzelnen Unterbereiche dieser Initiative (eigene Gesundheitskasse, eigenes Bankensystem, eigene Währung - "Engel-Geld") keine Zuständigkeit haben.

Dabei hat sich interessanterweise herausgestellt, daß sehr viele Akteure im oberen Mittelbau des "BRD"-Systems bereit waren, offiziell und inoffiziell wichtige Unterstützung zu geben. Es ist offensichtlich, daß die dortigen Akteure des "BRD"-

Systems wissen, daß das "BRD"-System nicht heilbar ist, und daß es wichtig ist, alternative Strukturen zu unterstützen.

Die Initiative "NeuDeutschland" hat inzwischen viele tausend Mitglieder und vor allem sind hier viele mittelständische Betriebe organisiert. Diese haben keine rechtliche Verbindung mehr zum "BRD"-System und damit auch nicht zum "EU"-System, wodurch die Knebelbedingungen der genannten Firmenkonstrukte für sie keine Gültigkeit mehr haben.

Weitere Möglichkeiten der Mitarbeit bieten sich bei den Organisationen

Volksbundesrat

Der runde Tisch Berlin

Wissensmanufaktur mit Andreas Popp

Aufbruch Gold-Rot-Schwarz

zu denen man eigene Recherchen anstellen kann.

Regierungen der Reichsländer

In den vergangenen Monaten haben sehr viele engagierte Menschen begonnen, sich als Regierungen der Reichsländer zu formieren.

Als beispielhaft kann die Organisationsarbeit für die Republik Preußen von Frau Anette Lorenz in Potsdam genant werden.

Über das Internet sind die einzelnen Initiativen ausfindig zu machen. Einjeder kann hierbei mitwirken. Es ist wichtig, sich zu vernetzen, in der Gemeinde, in der Region und im jeweiligen Reichsland.

Exilregierung des Deutschen Reiches

Während man bei den früher recht aktiven kommissarischen Reichsregierungen gegenwärtig nicht mehr viel Aktivität beobachten kann, weist die Exilregierung des Deutschen Reiches sowohl einen hohen Organisationsgrad, als auch einen großen permanenten Mitgliederzuwachs auf.

Die Exilregierung des Deutschen Reiches konzentriert ihre Arbeit auf die Information großer Bevölkerungsteile bezüglich der erschütternden Rechtslage in Deutschland. Sie leistet somit eine wichtige informative Arbeit.

Folgerichtig gibt die Exilregierung des Deutschen Reiches eigene Personenausweise und Reisepässe (mit korrektem Eintrag der Staatsangehörigkeit) aus, wobei viele Reichsbürger mit diesen Dokumenten bereits um die halbe Welt gereist sind. Allein sich auf diese Weise zu unserem Staat Deutsches Reich zu bekennen, ist bereits eine sehr wichtige Handlung!

Man wirkt hiermit der allgemeinen Lethargie und Verdummung durch die "BRD"-Drahtzieher entgegen.

Die Besonderheit dieser Bewegung ist dabei ihre völkerrechtliche Position. Während andere Gruppierungen sich dem UN-Recht, das heißt dem Siegerrecht des zweiten Weltkrieges von vornherein unterordnen oder im Vereins- und Stiftungsrecht sich dem "BRD"-System und damit dem Besatzungsrecht unterordnen, hat eine Exilregierung hierbei eine völlig andere rechtliche Position:

Die Exilregierung des Deutschen Reiches hat sich durch den Exil-Status weder dem Besatzungsrecht, noch dem Siegerrecht des zweiten Weltkrieges untergeordnet. Sie unterliegt lediglich dem Völkerrecht. Dies bedeutet, daß die Exilregierung des Deutschen Reiches die einzige Organisation ist, die in völkerrechtlicher Hinsicht den Siegermächten des zweiten Weltkrieges auf Augenhöhe begegnen kann. Aus diesem Grunde ist die Exilregierung extrem unbequem, und zwar nicht nur bei den Akteuren des "BRD"-Systems, sondern insbesondere bei den Alliierten selbst. Dies

dürfte auch der Grund dafür sein, daß die Exilregierung des Deutschen Reiches von allen Organisationen und in den gleichgeschalteten "BRD"-Medien am meisten unter Zuhilfenahme der Schublade der "rechten Ecke" diffamiert wird.

Dies ist aber auch der Grund, weshalb es extrem wichtig ist, die Position der Exilregierung des Deutschen Reiches zu unterstützen, indem man sich zu ihr bekennt und mitarbeitet. Denn nur die Verhandlung mit den Siegermächten des zweiten Weltkrieges auf Augenhöhe kann dereinst einen gerechten Friedensvertrag, der diesen Namen auch verdient, ermöglichen.

Zusammenfassung

Auch wenn nicht alle Initiativen an dieser Stelle beschrieben werden können, ist ersichtlich, daß derzeit sehr viele engagierte Menschen an der praktischen Umsetzung von Alternativen auf der Basis der erkannten rechtlichen Gegebenheiten arbeiten. Natürlich werden sie dabei von einigen "BRD"-Machthabern nach Kräften behindert, die vermutlich um ihre Positionen im "BRD"-System fürchten oder einfach nur befürchten, daß man sie als Lügner erkennt.

Anstatt, daß der sogenannte "Verfassungsschutz" seine Arbeit aufnimmt, und die Herstellung der verfassungsmäßigen Ordnung voranbringt, ist er damit beschäftigt, uns davor zu "schützen", daß die rechtmäßige verfassungsmäßige Ordnung gelebt werden kann.

Letztlich ist die Frage, ob man sich für die Handlungsfähigkeit unseres Staates einsetzt, keine Frage, ob man am Wochenende eher im Gesangsverein tätig ist oder eben eine Informationsveranstaltung einer alternativen Gruppierung besucht oder mitgestaltet. Schließlich sind wir Staatsbürger sowohl eines Reichslandes als auch des Deutschen Reiches und als solche haben wir die staatsbürgerliche Pflicht, uns für das Funktionieren beziehungsweise die Handlungsfähigkeit unseres Staates einzusetzen. Letztlich ist jeder gefordert, das zu tun, was er tun kann, um hieran mitzuwirken. Dies ergibt sich aus der besonderen Loyalitätspflicht, die man als Staatsbürger nun einmal gegenüber seinem Staat hat.

Es gilt also, Verantwortung für unser Gemeinwesen zu übernehmen und aktiv zu handeln.

Es gibt nur einen Weg, der staatsrechtlich und völkerrechtlich sauber ist, und uns hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit weiterbringt.

Es ist die Herstellung der Handlungsfähigkeit unseres Staates und der Abschluß von Friedensverträgen.

Nur hierdurch ist es möglich, daß die Nationen wieder gleichberechtigt ihre Interessen aushandeln können, und nicht unter dem politischen, finanziellen und militärischem Diktat der Hochfinanz und der von ihr usurpierten USA stehen.

Dies ist letztlich auch der einzige Weg, daß wir als Menschen in Deutschland wieder Bürgerrechte erlangen und natürliche Personen werden können, deren Bürgerrechte, Freiheitsrechte und Menschenrechte geachtet werden.

Dabei kann man keinen Staat gründen, in einem Staat den es bereits gibt.

Somit ist für uns das Deutsche Reich mit seinen Reichsländern unser Staat, zumal dieser Staat niemals durch irgendeinen völkerrechtlichen Akt verschwunden ist.

Viele Menschen, die über die Jahrzehnte zu gelungenen Umerziehungsprodukten der Besatzungsmächte geworden sind, verabscheuen ohne Grund den Begriff "Deutsches Reich". Dabei ist dieser Begriff nur die völkerrechtlich korrekte Bezeichnung für unseren Staat.

Natürlich kann man ihn auch umbenennen, allerdings gibt es derzeit keine legitime, handlungsfähige Körperschaft, die hierzu eine Abstimmung ausrichten könnte. Dabei bedenke man, daß es sehr viele Länder gibt, die im Namen den Begriff "Reich" tragen, ohne daß hieran jemand Anstoß nimmt. Beispielsweise Länder wie die Republik Österreich, die Republik Frankreich, das Königreich der Niederlande, das Königreich Belgien, das Königreich Schweden, das Königreich Norwegen, das Königreich Spanien, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland.....reich.....reich..... reich.....

Warum sollte dann unser Staat nicht einfach Deutsches Reich heißen? zumal es doch schon immer, so viele Jahrhunderte lang, so geheißen hat?

Das Ziel muß ein souveräner und neutraler Rechtsstaat sein.

Die Staaten Schweiz, Österreich und Schweden geben hinsichtlich ihrer außenpolitischen Neutralität ein gutes Beispiel.

Durch eine verfassungsmäßig garantierte Neutralität könnten wir uns als Staatsvolk des Deutschen Reiches aus den zahllosen schmutzigen Kriegen dieser Welt effektiv heraushalten.

Darüber hinaus muß das Hoheitlichste, was ein Staat haben kann, nämlich die Macht und Kontrolle über das Finanzsystem, aus den Händen von mafiös organisierten Privatpersonen zurück unter die Kontrolle des Staates, das heißt unter demokratische Kontrolle gebracht werden.

Es ist dringend notwendig, daß bald eine Wahl zum Reichstag durch eine provisorische Regierung organisiert und abgehalten werden kann, dann können die übrigen Verfassungsorgane gewählt und vereidigt werden. Hierdurch wäre es möglich, eine Staats- und völkerrechtlich legitime Regierung sowie die sonstigen Institutionen des Staates Deutsches Reich und seiner Bundesstaaten handlungsfähig zu machen.

Die wohl beste Staatsform die wir kennen, ist die einer konstitutionellen Monarchie. Man mag sich fragen, wozu wir einen Adel brauchen und ob sich Derartiges nicht überlebt hat. Dies ist jedoch offensichtlich mitnichten der Fall.

Durch einen Adel kann gewährleistet werden, daß es Menschen mit politischem Einfluß gibt, die in der Region verwurzelt sind, sich mit dem Land identifizieren, und die nachhaltig zum Wohle ihres Landes mitdenken und neben dem übrigen Staatsvolk in besonderer Weise mitentscheiden.

In sogenannten "Demokratien" denken Politiker nur bis zur nächsten Wahl, wobei sie bis dahin alle Geschäftsabschlüsse zum Wohle ihrer Klientel und deren Lobbyisten erledigt haben müssen, da sie nicht sicher sein können, daß sie wiedergewählt werden. Es gebe mit Sicherheit viele Probleme wie Umweltschäden, Atommüll, Chemieabfälle, zunehmende soziale Verwerfungen etc. in Deutschland nicht, wenn wir einen politisch einflußreichen Adel hätten, der auch langfristig zum Wohle der jeweiligen Region und des gesamten Landes denkt und mitentscheidet.

Die Länder, in denen eine konstitutionelle Monarchie besteht, fahren hiermit sehr gut, beispielsweise die Niederlande, Belgien, Schweden, Norwegen, Spanien, und nicht zuletzt das vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland. Schließlich war die Zeit zwischen 1871 und 1914 eine Blütezeit in Deutschland, mit Bürgerrechten, einer Sozialgesetzgebung etc. etc.. Nicht zuletzt kann man dies noch heute an den unzähligen architektonischen und infrastrukturellen Leistungen der damaligen Zeit sehen.

Aber letztlich soll und muß hierüber das Staatsvolk des Deutschen Reiches selbst entscheiden, und zwar in freier Selbstbestimmung.

Die Zeit der Rechtlosigkeit, Bevormundung und Versklavung durch das "BRD"-System muß ein Ende haben!

In Zeiten wie diesen sind 10 Menschen, die aktiv werden, und ins Handeln kommen, und an der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit unseres Staates mitarbeiten, gewichtiger als Tausende interessierte Beobachter.

Das folgende Zitat bringt dies zum Ausdruck:

"Wir wenigen kommen zwar nicht an gegen die Masse der Heuchler und der denkfaulen "BILD"-Zeitungskonsumenten. Aber wir können denen, die vielleicht ähnlich empfinden, aber noch nicht den Schneid haben, dazu zu stehen, ein Beispiel geben. Es geht auch anders - und das werden solche Typen wie Merkel und ihre Helfershelfer zur Kenntnis nehmen müssen. Ich bin zuversichtlich: Der Tag ist näher als die meisten glauben. Und daß sich die Situation zunehmend verschärft, dafür sorgen schon die Verwalter des Systems. Weil sie ahnen, was auf sie zukommt."

(Armin Mühlbauer)

Die oberen Vertreter des "BRD"-Systems haben die Staatsbürger des Deutschen Reiches im Auftrag der Besatzungsmächte dazu erzogen, ihre Stimme abzugeben und sich sehenden Auges bevormunden und betrügen zu lassen.

Damit muß ein für allemal Schluß sein!

Zum Abschluß noch ein Zitat eines bekannten Liedermachers:

*"Reden ist Silber und Schweigen ist Gold,
Wer Gold hat kann schweigen, doch wer hat gewollt,
daß Du nach der Weise entmündigter Greise
nur heimlich und leise das Unrecht verfluchst?
Denn schweigst Du nur immer wird alles noch schlimmer,
siehst nie einen Schimmer vom Recht, das Du suchst.
Denn für den der nichts tut, der nur schweigt so wie Du,
kann die Welt wie sie ist auch so bleiben:
Wer schweigt, stimmt zu."*

(Herman van Veen)

Das liebe Leserinnen und Leser war Ihr Weckruf!!

13. Mustertexte und Beispielanschriften

13.1. Grundlegendes

Sofern man eine "BRD"-Behörde anschreibt, empfiehlt es sich, im Briefkopf bereits darauf hinzuweisen, daß man als natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB auftritt.

Beispielsweise in der folgenden Form:

Max Mustermann
(natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB)

Schindluderstraße 1
82736 Teufelstal
Fernsprecher: 0283 - 1234567
Fernkopierer: 0283 - 1234568
Funkfernsprecher: 0170 - 1234567

E-Post: [allemalachen\(a\)gmx.net](mailto:allemalachen(a)gmx.net)

Die jeweilige "BRD"-Behörde sollte man als das kennzeichnen was sie ist, nämlich eine Firma. Man schreibt sie deshalb am besten in der folgenden Form an, beispielsweise:

An die Firma
"DER POLIZEIPRÄSIDENT VON
HINTERTUPFINGEN"
Herrn Maier
Stubenstraße 11
28374 Kuhpläge

Ganz wichtig ist die Vergabe eines eigenen Zeichens / Aktenzeichens, welches man immer auch zuerst nennt. Man darf sich nämlich nicht auf das Zeichen des Gegenübers einlassen, weil hieraus bereits auf das Einlassen auf eine Geschäftsbeziehung geschlossen werden könnte.

Man schreibe etwa in der folgenden Form:

Mein Zeichen: WP BRD-GmbH 08/15
Ihr Zeichen: DR II 93/12

Im folgenden "Betreff" deklariert man das vormalige Anschreiben als das was es ist, nämlich ein geschäftliches Angebot einer Firma. Etwa in der folgenden Weise:

Betr.:

Ihre Werbepost an die juristische Person MUSTERMANN, Max vom TT.MM.JJJJ

Die Anrede kann man selbst gestalten. Wenn man nicht sehr wohlwollend gestimmt ist, schreibt man auch die Person als Sache beziehungsweise Firma an, mittels Verwendung von Großbuchstaben, wie etwa:

Sehr geehrter Herr MAIER,

Im folgenden Satz sollten Sie eindeutig das vormalige Schreiben Ihres Gegenübers als das klassifizieren, was es ist. Dies ist extrem wichtig, um jedwede Mißverständnisse und Angreifbarkeiten zu vermeiden. Man könnte dies in etwa so formulieren:

ich beziehe mich auf Ihre Werbepost an die von Ihnen kreierte juristische Person MUSTERMANN, Max vom TT.MM.JJJJ an meine oben genannte Adresse.

Es erscheint sinnvoll, im Weiteren klarzustellen, daß das von Ihnen gefertigte Anschreiben keine Geschäftsbeziehung mit dem Gegenüber begründet und kein Anerkenntnis der Zuständigkeit der betreffenden "BRD"-Stelle darstellt. Etwa dergestalt:

Dieses Schreiben wird lediglich zur Erfüllung des Schadensminderungsgebotes gemäß §254 BGB an Sie gerichtet, und begründet ausdrücklich keine Geschäftsbeziehung mit der Firma "DER POLIZEIPRÄSIDENT IN HINTERTUPFINGEN" und stellt ausdrücklich kein Anerkenntnis deren Zuständigkeit in der oben genannten Angelegenheit dar.

Hat man es mit einer "BRD"-Stelle zu tun, die Zwangsmaßnahmen durchführen will, empfiehlt sich folgende Ausführung:

Nach umfangreicher Prüfung der Rechtslage bin ich zu dem Ergebnis gelangt, daß Sie nicht berechtigt sind, Zwangsmaßnahmen gegen mich durchzuführen.

Eine mögliche Alternative wäre:

Das in Ihrem Schreiben vom 21.11.2012 gemachte geschäftliche Angebot lehne ich hiermit ausdrücklich ab, beziehungsweise weise es zurück.

An dieser Stelle müßten Sie sich entscheiden, wie weit Sie noch weitere Ausführungen machen wollen.

Je nach eigenem Geschmack könnte man die rechtliche Situation hiernach noch genauer schildern, beispielsweise in der folgenden Weise:

Bekanntermaßen ist die "BRD" kein Staat, noch nicht einmal eine Gebietskörperschaft, sondern lediglich eine Firma, das heißt eine Personengesellschaft.

Stellen der "BRD" haben somit keinerlei Legitimation zur Ausübung von Hoheitsgewalt gegenüber jedweden Personen, die sich dem "BRD"-Firmenrecht nicht freiwillig unterordnen.

Schließlich sind gemäß Allgemeiner Erklärung der Menschenrechte Zwangsmittelschaften in jedweden Vereinigungen unzulässig.

(vgl. AEMR Artikel 20 Satz 2)

Ich stelle hiermit klar, kein Personalangehöriger der Firma "BRD" zu sein. Ich bin dementsprechend auch nicht im Besitz eines sogenannten "Personalausweises" der Firma "BRD".

Jedwede Stellen der Firma "BRD" sind für mich deshalb nicht zuständig.

Wie beiliegend nachgewiesen, habe ich mit Erstellung und Bekanntgabe meiner Erklärung zum veränderten Personenstand als natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB keinerlei geschäftliche Beziehungen zur Firma "BRD". Meine Erklärung zum veränderten Personenstand habe ich an die Geschäftsführung der

Firma "BRD", die Herrschaften Gauck und Merkel, am TT.MM.JJJJ mit Einseitennachweis gefaxt, auf Nachfrage ist eine Kopie erhältlich.

Unabhängig hiervon gestatte ich mir den Hinweis, daß die Forderungen in Ihrem Schreiben auch nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" ohne Rechtsgrundlage sind.

13.2. Bußgeldsachen / Ordnungswidrigkeiten

Gemäß §5 des sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetzes" können

(Zitat):

"...nur Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, die im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes oder außerhalb dieses Geltungsbereichs auf einem Schiff oder in einem Luftfahrzeug begangen werden, das berechtigt ist, die Bundesflagge oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen".

(vgl. §5 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) neugefaßt durch B.v. 19.02.1987 BGBl. IS. 602; zuletzt geändert durch Artikel 2 G. v. 29.07.2009 BGBl. I S. 2353; Geltung ab 01.01.1975)

Nachdem die drei westlichen Besatzungsmächte das Einführungsgesetz zum sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz" durch das sogenannte "Zweite Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz" ("2. BMJBBG") vom 23.11.2007, Art. 57 aufgehoben haben,

(siehe Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG), Artikel 57 (G. v. 23.11.2007 BGBl. I S. 2614)

ist ein räumlicher Geltungsbereich dieses sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetzes" weder im sogenannten "Ordnungswidrigkeitengesetz", selbst, noch anderenorts definiert.

Insbesondere ist auch im sogenannten "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" ein territorialer Geltungsbereich nicht definiert.

Zudem stellt es eine offensichtliche Tatsache dar, daß es sich bei dem von Ihnen beschriebenen Fahrzeug OPEL MANTA B-XY 6969 weder um ein Flugzeug noch um ein Schiff handelt.

Auch die von Ihnen beschriebene Lokalität (Hintertupfingen, Schifferstraße Höhe HsNr. 10) ist eine Straße und kein Flugzeug oder Schiff.

Ich gehe deshalb davon aus, daß Sie das Fehlen einer Rechtsgrundlage hinsichtlich Ihrer Forderung erkennen und jedwede weitere Anschreiben in der oben genannten Angelegenheit unterlassen.

13.3. Geldschulden mit Haftandrohung

Im Protokoll Nr. 4 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) wurde mit Datum vom 16. September 1963 das Verbot der Freiheitsentziehung wegen Schulden ausdrücklich normiert.

Zitat:

"Niemandem darf die Freiheit allein deshalb entzogen werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen."

Dabei kann keine Haft angeordnet werden, wenn der Wille des Betreffenden besteht und ihn andere Gründe hindern, das Gebotene zu tun.

13.4. Richterliche Legitimation

Selbst unter der rechtsirrtümlichen Annahme, daß eine Zuständigkeit durch Sie gegeben ist, ist festzustellen, daß es Staatsgerichte in der "BRD" nicht gibt (vgl. §15 GVG, aufgehoben durch die Besatzungsmächte im Jahre 1950). Es handelt sich somit offenbar bei jedem "Gericht" in der so genannten "BRD" um ein Ausnahme- beziehungsweise Sondergericht. Deren Unstatthaftigkeit brauche ich Ihnen sicher nicht näher darzulegen.

Anderenfalls weisen Sie mir bitte gemäß §99 VwGO, §§ 138, 139 ZPO sowie §§ 16,21 GVG und Art. 97 Absatz 1 GG nach, daß Sie der für mich zuständige staatliche und gesetzliche Richter gemäß Art. 101 Grundgesetz sind.

Hierzu senden Sie mir bitte freundlicherweise eine Kopie Ihrer Bestallungsurkunde, Ihres Amtsausweises (und nicht etwa eines Dienstausweises) sowie eine Kopie des Geschäftsverteilungsplanes des Gerichtes, an dem Sie angeblich legitimerweise tätig seien.

Ich bitte deshalb um Rücksendung der beigelegten und von Ihnen unterschriebenen Eidesstattlichen Versicherung:

Vorlage gemäß Art. 1, 25, 101, 140 GG, §§359, 206 StPO, §§1, 11132, 221, 357, 267, 348 StGB, §§ 25, 99, 117 VwGO, §§ 41, 138, 139, 415, 444, 579, 580 ZPO, §§ 117, 119, 125-129, 134-136, 179, 307, 415, 444 BGB, Art. 29 EGBGB, gemäß §§ 1, 15, 16, 21 GVG, §§ 33, 43, 44, 48 VwVfG gegenüber einer Prozesspartei / Öffentlichkeit

Eidesstattliche Versicherung

Ich

Vorname: _____

Familienname (gemäß §1 BGB): _____

Geburtsdatum: _____ Geburtsort: _____

Wohnsitz: _____

Versichere hiermit gerichtsverwertbar an Eides statt,

in Kenntnis und Bewußtsein der Strafbarkeit einer falschen fahrlässigen oder vorsätzlich falschen eidesstattlichen Versicherung, daß ich nach deutschem Recht staatlicher Richter mit einer wirksamen Ernennung und somit staatlicher Amtsträger bin.

Ich versichere auch die Mängellosigkeit und Gültigkeit des Geschäftsverteilungsplanes des angehörenden Gerichts nach §§ 33, 34, 43, 44, 48 VwVfG und versichere an Eides statt, daß ich die / der gesetzlich-amtierende Richte/r Richter/in in dem Verfahren **AZ:** _____ bin.

Ich bin im genannten Verfahren bei einem Staatsgericht, und nicht bei einem Privat-, Ausnahme-, Sonder- oder Schiedsgericht tätig.

Mir ist bekannt, daß das deutsche Recht sowohl für mich, als auch für die Prozeßbeteiligten gilt. Ich bin mit den Prozeßparteien nicht Partei (auch nicht über Standesrecht oder Auftraggeber / Arbeitgeber).

Es gilt im oben genannten Verfahren ausschließlich das Gerichtsverfassungsgesetz und nicht eine Geschäftsordnung nach dem ArbGG oder dem Kontrollratsgesetz Nr. 35

Mir sind die SMAD-Befehle und SHAEF-Gesetze bekannt.

Diese Eidesstattliche Versicherung gebe ich ab, als Natürliche Person im Sinne des §1 BGB. Als Unterzeichner ist mir gleichwohl bewußt, daß diese Erklärung gegenüber einer Natürlichen Person im Sinne §1 BGB abgegeben wird.

Ort, Datum Unterschrift Amtssiegel Unterschriftsbeglaubigung
(bitte gerichtsverwertbar nach Gesetz gültig ausweisen §§ 33, 34 VwVfG, §§ 125-129 BGB, §§ 415, 444 ZPO)

Ich gestatte mir den Hinweis, daß selbst nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD", insbesondere nach §126 BGB Ihre Anschreiben keine Rechtswirksamkeit und damit keine Rechtskraft entfalten können, da Ihre Anschreiben nicht unterschrieben sind.

Zitat:

"Ist durch Gesetz schriftliche Form vorgeschrieben, so muß die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden"

(vgl. §126 BGB)

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den §44 des "Verwaltungsverfahrensgesetzes" (VwVfG):

Zitat:

".... ist ein Verwaltungsakt nichtig, der nach einer Rechtsvorschrift nur durch die Aushändigung einer Urkunde erlassen werden kann, aber dieser Form nicht genügt."

(vgl. BGBl. I 2003 S. 102; zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 1 G. v. 14.08.2009 BGBl. I S. 2827; Geltung ab 30.05.1976)

Ich habe deshalb den Inhalt Ihres Schreibens vom TT.MM.JJJJ in vollem Umfang ignoriert.

13.6. speziell richterliche Unterschrift

Ich gestatte mir den Hinweis, daß selbst nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" Ihr "Beschuß", "Haftbefehl", "Urteil" etc. keine Rechtswirksamkeit und damit keine Rechtskraft entfalten kann, da eine richterliche Unterschrift unter diesem nicht vorhanden ist.

(vgl. §126 BGB) (grundlegend für jedwede rechtsgeschäftliche Handlungen)

(vgl. §§315, 317 ZPO) (für zivilprozessuale gerichtliche Schriftstücke)

(vgl. §257 StPO) (für strafprozessuale gerichtliche Schriftstücke)

Zum Thema richterliche Unterschrift unter Beschlüssen, Urteilen, Haftbefehlen etc. empfehle ich ferner folgende Quellen:

(§§ 315 I ZPO, 275 II StPO, 12 RPfIG, 117 I VwGO und 37 III VwVfG)

sowie

(Urteil vom 6. Dezember 1988 BVerwG 9 C 40.87; BVerwGE 81, 32 Beschluß vom 27. Januar 2003; BVerwG 1 B 92.02 NJW 2003, 1544)

Zwar hat der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des "Bundes" entschieden, daß bei Übermittlung bestimmender Schriftsätze auf elektronischem Wege dem gesetzlichen Schriftformerfordernis unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne eigenhändige Unterschrift genüge getan ist

(vgl. Beschluß vom 5. April 2000 GmS-OBG 1/98 Buchholz 310 § 81 VwGO Nr. 15);

dies gilt aber nur in den Fällen, in denen aus technischen Gründen die Beifügung einer eigenhändigen Unterschrift unmöglich ist, und nicht für die durch normale Briefpost übermittelten Schriftsätze, deren Unterzeichnung möglich und zumutbar ist.

(vgl. BFH, Urteil vom 10. Juli 2002 VII B 6/02 BFH/NV 2002, 1597; Beschluß vom 27. Januar 2003 BVerwG 1 B 92.02 a.a.O.)

Die kommentierte Fassung der Zivilprozeßordnung sagt eindeutig:

"Unterschriften von Richtern müssen stets mit dem Namen oder zumindest so wiedergegeben werden, daß über ihre Identität kein Zweifel aufkommen kann. Denn für den Zustellempfänger muß nachprüfbar sein, ob die Richter, die an der Entscheidung mitgewirkt haben, das Urteil auch unterschrieben haben. Deshalb genügt insoweit die Angabe "gez. Unterschrift" nicht."

(vgl. RGZ 159, 25, 26, BGH, Beschlüsse v. 14.07.1965 - VII ZB 6&65 = Vers.R 1965, 1075, v. 15.04.1970 - VIII ZB 1/70 = VersR 1970, 623, v. 08.06.1972 - III ZB 7/72 = VersR 1972, 975, Urt. v. 26.10.1972 - VII ZR 63/72 = VersR 1973, 87)

"Eine eigenhändige Unterschrift liegt vor, wenn das Schriftstück mit dem vollen Namen unterzeichnet worden ist. Die Abkürzung des Namens - sogenannte Paraphe - anstelle der Unterschrift genügt nicht."

(BFH-Beschluß vom 14. Januar 1972 III R 88/70, BFHE 104, 497, BStBI II 1972, 427; Beschluß des Bundesgerichtshofs - BGH - vom 13. Juli 1967 I a ZB 1/67, Neue Juristische Wochenschrift - NJW - 1967, 2310)

Es wird zwar nicht die Lesbarkeit der Unterschrift verlangt. Es muß aber ein die Identität des Unterschreibenden ausreichend kennzeichnender individueller Schriftzug sein, der einmalig ist, entsprechende charakteristische Merkmale aufweist und sich als Unterschrift eines Namens darstellt. Es müssen mindestens einzelne Buchstaben zu erkennen sein, weil es sonst an dem Merkmal einer Schrift überhaupt fehlt."

(BGH-Beschlüsse vom 21. März 1974 VII ZB 2/74, Betriebs-Berater - BB - 1974, 717, Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung - HFR - 1974, 354, und vom 27. Oktober 1983 VII ZB 9/83, Versicherungsrecht - VersR - 1984, 142)

"Wird eine Erklärung mit einem Handzeichen unterschrieben, das nur einen Buchstaben verdeutlicht, oder mit einer Buchstabenfolge, die erkennbar als bewußte und gewollte Namensabkürzung erscheint, liegt keine Namensunterschrift im Rechtssinne vor."

(vgl. st. Rspr. vgl. BGH, Beschluß vom 27. September 2005 - VIII ZB 105/04 - NJW 2005, 3775 unter II 2 a und b)

13.7. Anwaltszwang

Der im "BRD"-System postulierte Anwaltszwang ist auch nach den AGB's der Firma "BRD" nicht zulässig:

Zitat:

"Jeder hat das Recht, überall als rechtsfähig anerkannt zu werden."

(vgl. UN-Resolution 217 A (III) Artikel 6 der Generalversammlung vom 10.12.1948;

in Verbindung mit

"Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" Art. 25).

13.8. "Steuern" im "BRD"-System allgemein

Grundsätzlich hat nur ein Staat das Recht, von seinen Bürgern Steuern zu verlangen. Da die sogenannte "Bundesrepublik Deutschland" kein Staat ist, und es keine Staatsbürger der "BRD" gibt, gibt es keine Steuerpflichtigen und demzufolge keine Steuerpflicht im "BRD"-System.

Sofern Sie anderer Rechtauffassung sind, teilen Sie mir bitte rechtsverbindlich mit, wie der Staat heißt, dessen Bürger ich bin, und dann weisen Sie bitte Ihre durch diesen Staat erteilte Legitimation zur Erhebung von Steuern nach.

Unabhängig von der Tatsache, daß ich als natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB keine Geschäftsbeziehung mit der Firma "STEUERVERWALTUNG

HINTERTUPFINGEN" habe, gestatte ich mir den Hinweis, daß auch nach den AGB's der Firma "BRD" keine rechtliche Grundlage für die Erhebung von "Steuern" besteht.

Bekanntermaßen ist im sogenannten "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" eine Steuerpflicht generell nicht definiert, insbesondere bestehen keine Regelungen über die Grundsätze der Art einer Besteuerung.

Zitat:

"Die Besteuerungsmöglichkeit im Verhältnis zum Bürger wird vom GG stillschweigend vorausgesetzt"

(vgl. BVerfGE 55, 274/30 1)"

Insoweit ist der Nachweis geführt, daß das sogenannte "Grundgesetz" keine Steuerpflicht erklärt. Stillschweigende Voraussetzungen zu Lasten Dritter, ohne deren Kenntnis vom Stillschweigen, sind aber grundsätzlich unzulässig, da sie gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstoßen.

Gemäß Art. 96 Abs. 1 EGAO heißt es zudem:

Zitat:

"Mit Inkrafttreten der Abgabenordnung treten außer Kraft:

1. Die Reichsabgabenordnung vom 22.Mai 1931 (Reichsgesetzblatt I, Seite 161)"

Damit ist auch die Steuerpflicht nach der Weimarer Verfassung ersatzlos entfallen.

13.9. "Steuern" im "BRD"-System, speziell "Umsatzsteuer"

Mit dem Einfügen des §27b wurde in das Grundrecht des Art. 13 des "Grundgesetzes" (Unverletzlichkeit der Wohnung) eingegriffen. Dabei ist im Art. 19 Absatz 1 Satz 2 des "Grundgesetzes" verbindlich festgeschrieben, daß in einem Gesetz, welches die Grundrechte mehr als im Grundrecht selbst schon angelegt ist, einschränkt, dieses einzuschränkende Grundrecht namentlich zitiert werden muß (Zitiergebot). Die zwingende Rechtsfolge ist im Fall des Unterlassens, die Nichtigkeit des Gesetzes zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens, um ausdrücklich eine "Grundgesetz"-Verletzung durch die vollziehende Gewalt zu verhindern.

Damit ist das gesamte Umsatzsteuergesetz spätestens seit dem 01.01.2002 nichtig.

13.10. Geltungsbereich von Gesetzen allgemein

Ohne die Definition eines territorialen Geltungsbereiches sind die entsprechenden Gesetze ungültig:

Zitat:

"Jedermann muß, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich einer Satzung ohne weiteres feststellen können. Eine Verordnung, die hierüber Zweifel aufkommen läßt, ist unbestimmt, und deshalb wegen des Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig."

(vgl. BVerwGE 17,192=DVBl 1964, 147)

Zitat:

"... diese Norm muß rechtsstaatlich in jeder Hinsicht einwandfrei sein. Dazu gehört in erster Linie die unbedingte Klarheit und Nachprüfbarkeit des räumlichen Geltungsbereiches."

(vgl. BVerwGE I C 74/61)

Zitat:

"... Die erlassene Verordnung ist jedoch nichtig. Denn sie verstößt gegen die Formvorschrift. Danach muß eine Verordnung den räumlichen Geltungsbereich angeben Die Angabe des räumlichen Geltungsbereichs ist zwingend erforderlich. Der Verstoß..... führt zu Nichtigkeit der gesamten Verordnung"

(vgl. VerwGE Hannover, Beschluß vom 11. Juli 2001, Az. 10 A 2120/01)

Zitat:

"Hierbei hat der Normgeber überdies zu beachten, daß sich eine derartige Norm in aller Regel nicht an einen fachlich qualifizierten Personenkreis wendet, er mithin nicht davon ausgehen kann, jedermann könne Karten oder Texte mit überwiegendem juristischen Inhalt lesen."

(vgl. BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963)

Gleiches gilt übrigens auch für die Strafprozeßordnung (StPO), das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) und die Zivilprozeßordnung (ZPO). Auch hier ist der Geltungsbereich aufgehoben worden.

13.11. Demarkationslinie / Pass

Der folgende Text ist interessant für Leute, die aus Mitteleuropa nach Ostdeutschland (in die polnisch verwalteten Gebiete des Deutschen Reiches) reisen, und dabei ausschließlich Reichspersonendokumente bei sich führen und keinen "Bundespersonalausweis" und keinen "BRD"- "Reisepaß":

In ihrem Schreiben vom beziehen Sie sich auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" insbesondere den §1 des sogenannten "Paßgesetzes".

Hierbei werde eine Pflicht postuliert, einen Paß oder Paßersatz mit sich zu führen, sofern man

Zitat:

"über eine Auslandsgrenze aus dem Bundesgebiet aus- oder einreist."

Ein sogenanntes "Bundesgebiet" sowie hieraus ableitbare "Außengrenzen" sind jedoch im sogenannten "Paßgesetz" nicht definiert.

Auch andernorts, wie beispielsweise im sogenannten "Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland" ist eine Definition eines territorialen Geltungsbereiches und damit eines "Bundesgebietes", aus dem man "Außengrenzen" ableiten könnte, nicht gegeben.

Sie haben in ihrem Schreiben geltend gemacht, ich hätte eine Auslandsgrenze überschritten.

Dies ist jedoch mitnichten der Fall, da nach geltendem Völkerrecht Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937 fortbesteht.

(vgl. SHAEF Gesetz Nr. 52, Artikel VII Absatz e)

Es handelt sich somit bei der von Ihnen beschriebenen "Grenze" lediglich um eine Demarkationslinie zwischen Besatzungsgebiet und polnisch verwaltetem Gebiet des Deutschen Reiches, nicht jedoch um eine "Auslandsgrenze".

Zudem steht Ihre Forderung im Gegensatz zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 13 Satz 1 in dem es heißt:

Zitat:

"Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen."

(vgl. UN-Resolution 217 A (III) Artikel 13 Satz 1 der Generalversammlung vom 10.12.1948; in Verbindung mit "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" Art. 25) .

Im Übrigen sind die von der Firma "BRD" ausgegebenen Pässe auch nach den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" sämtlich ungültig, da gemäß "Paßgesetz" §4 Punkt 10 die Staatsangehörigkeit zwingend angegeben werden muß. Der Eintrag unter der Rubrik »Staatsangehörigkeit« erfolgt in "BRD"-Pässen mit "DEUTSCH". Einen Staat namens "DEUTSCH" gibt es jedoch nicht. Die Bezeichnung "DEUTSCH" ist zudem im Rechtsverkehr irreführend, da auch Österreich sowie der völkerrechtlich nach wie vor existierende Staat "Freistaat Danzig" deutsche Staaten sind.

Somit sind alle "Personaldokumente" der Firma "BRD" auch nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma "BRD" ungültig.

13.12. Besatzungsrecht in Kraft, hoheitlich Handelnde benötigen

Erlaubnis des SHAEF-Gesetzgebers

Mit dem "2. Bundesbereinigungsgesetz" vom 23.11.2007, werden im Artikel 4 ("Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts") wesentliche Teile des Besatzungsrechtes wieder vollständig hergestellt.

Letzteres hatte zur Folge, daß gemäß der SHAEF - Proklamation Nr. 1 Punkt II und III, in Verbindung mit dem SHAEF - Gesetz Nr. 1 Artikel II, Punkt 3b und SHAEF - Gesetz Nr. 2 Artikel I Punkt 1a, Artikel III Punkt 5, Artikel IV Punkt 7, Artikel V Punkt 8 und 9 alle mit hoheitlichen Aufgaben befaßte Organe für ihre Tätigkeit ausdrücklich die Genehmigung und Autorisation durch den SHAEF - Gesetzgeber bedürfen, ansonsten wirken sie illegal.

Bitte weisen Sie mir freundlicherweise ihre Legitimation der Alliierten nach, die Sie berechtigt, sogenanntes "Bundesrecht" mir gegenüber zur Anwendung zu bringen.

13.13. Formwahrung

Ich gehe deshalb davon aus, daß Sie das Fehlen der Rechtsgrundlage Ihrer Forderungen einsehen, und Ihre Anschreiben in obiger Angelegenheit einstellen werden.

Im Falle einer Weiterverfolgung durch Sie bestehe ich auf die Zusendung eines rechtsmittelfähigen Bescheides mit richterlicher Unterschrift durch einen gesetzlichen Richter / eine gesetzliche Richterin.

Sofern diese von Ihnen nicht beigebracht werden kann, muß ich davon ausgehen, daß Sie ohne gesetzliche Grundlage, das heißt aus privaten, beziehungsweise persönlichen Motiven, sozusagen auf eigene Rechnung handeln. Somit wären Sie für die Konsequenzen Ihres Handelns persönlich haftbar zu machen.

Die von Ihnen angedrohte "Erzwingungshaft" erfüllt den Tatbestand der Nötigung, bei Ausführung den Tatbestand der Geiselnahme und bei Einziehung von Geldern den Tatbestand der Plünderung im besetzten Gebiet.

13.15. Klärung der Haftung

13.15.1. Klarstellung - keine Staatshaftung

Allgemein gilt der Grundsatz, daß Bedienstete der Firma "BRD" sich über ihren Rechtsstand eigenverantwortlich selbst Klarheit verschaffen müssen. Bekanntermaßen gibt es keine Staatshaftung im Besatzungsgebiet, da die "BRD" kein Staat ist. Folgerichtig heißt es im §63 des sogenannten "Bundesbeamtengesetzes"

Zitat:

(1) "Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung."

Zudem besteht Remonstrationspflicht, wenn gegen die Rechtmäßigkeit von Anordnungen Bedenken bestehen.

Zitat:

(2) "Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich bei der oder dem unmittelbaren Vorgesetzten geltend zu machen. Wird die Anordnung aufrechterhalten, haben sie sich, wenn ihre Bedenken gegen deren Rechtmäßigkeit fortbestehen, an die nächsthöhere Vorgesetzte oder den nächsthöheren Vorgesetzten zu wenden. Wird die Anordnung bestätigt, müssen die Beamtinnen und Beamten sie ausführen und sind von der eigenen Verantwortung befreit. Dies gilt nicht, wenn das aufgetragene Verhalten die Würde des Menschen verletzt oder strafbar oder ordnungswidrig ist und die Strafbarkeit oder Ordnungswidrigkeit für die Beamtinnen und Beamten erkennbar ist. Die Bestätigung hat auf Verlangen schriftlich zu erfolgen."

(3) "Verlangt eine Vorgesetzte oder ein Vorgesetzter die sofortige Ausführung der Anordnung, weil Gefahr im Verzug ist und die Entscheidung der oder des höheren Vorgesetzten nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, gilt Absatz 2 Satz 3 bis 5 entsprechend."

Ansonsten besteht z.B. begründeter Tatverdacht der:

- Rechtsbeugung (§339StGB)
- Umdeutung von Unrecht zu Recht (§138 ZPO)
- Nötigung im Amt (§240 StGB).

Jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst, der auch nur einen Fall von juristischer Willkür oder Rechtsbeugung zur Kenntnis nimmt und nicht zur Bewahrung der grundgesetzmäßigen Ordnung alles Notwendige unternimmt, ist auch bei bloßem Wegsehen oder billigender Duldung, Mittäter.

(vgl. §25 StGB)

13.15.2. Klarstellung - strafrechtliche Verfolgung

Sofern Sie den Inhalt dieses Schreibens ignorieren sollten, beziehungsweise nicht von Ihrem illegalen Handeln abzubringen sind, erfolgen unmittelbar die entsprechenden Strafanträge beim IStGH, auf Grundlage der Römischen Statuten vom 04. November 1950

(vgl. Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Fassung der Protokolle Nr. 11 und 14 samt Zusatzprotokoll und Protokolle Nr. 4,6,7,12 und 13)

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die bereits bestehenden Aktenzeichen beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gegen Bedienstete des "BRD"-Systems (unter anderen):
OTP-CR-307/10
OTP-CR-3/11
OTP-CR-127/11.

Ich fordere Sie deshalb vorsorglich auf, mir Ihre Haftpflichtversicherung mit Policennummer und Deckungssummen, sowie Ihre ladungsfähige Anschrift zu übermitteln.

13.15.3. privatrechtliches Gegenangebot

Man kann je nach eigenem Gusto seinem Gegenüber im "BRD"-System ein geschäftliches Gegenangebot machen, hierdurch erhöht man die Hemmschwelle für Übergriffe. Etwa in folgender Form:

Das in Ihrem Schreiben vom TT.MM.JJJJ gemachte privatrechtliche Angebot lehne ich hiermit ausdrücklich ab, beziehungsweise weise es zurück.

Ich mache Ihnen hiermit jedoch folgendes Gegenangebot:

Sofern Sie von mir 25 "Euro" einnehmen, gehen Sie durch konkludentes Verhalten folgenden Vertrag ein:

Durch Einnahme von 25 "Euro" verpflichten Sie sich zur Zahlung eines Gesamtbetrages von 10 Kg 999-er Feingold (in Worten: zehn Kilogramm) an mich, innerhalb von 21 Tagen.

Im Gegenzug erwerben Sie das Recht, von mir innerhalb von 24 Stunden nach Einnahme der besagten 25 "Euro" durch Sie, eine Rechtsberatung von mir in Anspruch zu nehmen.

Gleiches gilt für den Fall, daß durch Ihr Handeln ein Kontakt zu Bediensteten der Firma "BRD" wie beispielsweise sogenannte "Polizeiangehörige" oder "Justizvollzugsangestellte" in dieser Angelegenheit hergestellt, beziehungsweise vermittelt wird. Ich gehe dann davon aus, daß es das ganz persönliche vertragliche Anliegen und die ganz persönliche vertragliche Forderung von Ihnen ist, daß diese Herrschaften innerhalb von 24 Stunden nach Kontaktherstellung eine umfassende Rechtsberatung von mir, für einen Betrag in Höhe von 10 Kg 999-er Feingold erhalten sollen, und daß Sie persönlich diese Kosten tragen wollen.

13.15.4. Recht am eigenen Namen

Des Weiteren untersage ich Ihnen hiermit die Verwendung der Kombination aus meinem Familiennamen und meinem Vornamen zur Bezeichnung von juristischen Personen oder sonstigen artifiziellen Gebilden.

Ich biete Ihnen in diesem Zusammenhang folgenden weiteren Vertrag an: Sofern Sie die Kombination aus meinem Familiennamen und meinem Vornamen zur Bezeichnung von juristischen Personen oder sonstigen artifiziellen Gebilden verwenden, schließen Sie durch konkludentes Verhalten einen Vertrag, in dem Sie sich im Gegenzug dazu verpflichten, mir hierfür 30kg 999-er Feingold (in Worten: dreißig Kilogramm) innerhalb von 21 Tagen nach Nutzung meines Familiennamens und meines Vornamens zu zahlen.

13.16. PSE-Kurzform

Zur Vermeidung von Mißverständnissen erkläre ich, Max Mustermann, geboren am TT.MM.JJJJ in XXXXX, hiermit, daß ich mich in Geschäftsführung ohne Auftrag (nach BGB §677) wegen Personenstandsänderung und Abwesenheit/Ausfall der staatlichen Stellen in Gebrauch meiner latenten Rechtsfähigkeit durch Selbstermächtigung in alle meine Rechte als natürliche Person nach §1 des staatlichen BGB eingesetzt habe. Es besteht keine Identität zwischen mir, der natürlichen Person Max Mustermann einerseits, und einer etwaig behaupteten artifiziellen, juristischen Person MUSTERMANN, Max andererseits.

Ich, die natürliche Person Max Mustermann bin nicht das Organ einer etwaig behaupteten, artifiziellen juristischen Person MUSTERMANN, Max, und kann mitnichten gezwungen werden, für eine solche als Organ zu handeln.

Ich erkläre weiterhin, daß ich keiner etwaig behaupteten juristischen Person MUSTERMANN, Max wesentlich Vertretungsvollmacht erteilt habe.

Eine Fremdgeschäftsführung durch die Staats-Simulation "BRD" oder sonstige juristische Personen ist somit definitiv nicht gegeben.

Als natürliche Person Max Mustermann untersage ich Ihnen jedwede mißbräuchliche Nutzung meines Namens für die Benennung etwaiger juristischer Personen oder sonstiger artifizieller Gebilde.

13.17. Einladung

Man sollte die Chance immer nutzen, freundlich die Mitarbeiter des "BRD"-Systems auf Alternativen und Mitwirkungsmöglichkeiten hinzuweisen. Hier sind der eigenen Kreativität keine Grenzen gesetzt. Nachfolgend ein kleines Beispiel:

Angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen der Firma "BRD" möchte ich Sie herzlich einladen, daran mitzuwirken, daß rechtsstaatliche Verhältnisse in Deutschland erreicht werden können, was für Ihre Arbeit ja schließlich auch wichtig wäre.

Anregungen hierfür finden sich im Internet zuhauf, beispielsweise unter den Rubriken >>"BRD"-Schwindel«, »Neudeutschland«, »staatliche Selbstverwaltungen«, »Exilregierung Deutsches Reich«, »volksbetrug.net« etc. etc..

13.18. Abschluß

Für eventuelle Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung, mit freundlichen Grüßen

Hintertupfingen, den TT.MM.JJJJ

Unterschrift

Max Mustermann

(natürliche Person gemäß §1 des staatlichen BGB)

Und auf die folgende ironische Abschlußbemerkung sollte man auch nicht verzichten:

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und trotzdem gemäß §126 BGB - der auch für Sie gilt - unterschrieben, wofür um Verständnis gebeten wird, vielen Dank!

*Das ist nicht des Deutschen Größe,
obzusiegen mit dem Schwert,
in das Geisterreich zu dringen,
männlich mit dem Wahn zu ringen,
das ist seines Eifers wert.*

*Schwere Ketten drücken alle
Völker auf dem Erdenballe,
als der Deutsche sie zerbrach,
Fehde bot dem Vatikane,
Krieg ankündigte dem Wahne,
der die ganze Welt bestach.*

*Höheren Sieg hat der errungen,
der der Wahrheit Blitz geschwungen,
der die Geister selbst befreit.
Freiheit der Vernunft erfechten,
heißt für alle Völker rechten,
gilt für alle ewge Zeit.*

(Friedrich Schiller 1800)



Die
Exilregierung
Deutsches Reich

www.friedensvertrag.org



ISBN:



9 9783000402296